



25. Sitzung

am Dienstag, dem 30. September 2014, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches.....	1671
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Manuel Westphal	1671
Mandatsverzicht der Abgeordneten Ulrike Müller	1671
Landtagsmandat für Johann Häusler	1671
Erinnerung an die Ereignisse vom 30. September 1989 als Meilenstein zur Deutschen Einheit	1671
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vor- schlag der SPD-Fraktion "GBW-Mieter schützen statt Gewinnmaximie- rung fördern - für mehr Menschlichkeit in der bayerischen Wohnungspolitik!"	
Andreas Lotte (SPD).....	1671
Ernst Weidenbusch (CSU).....	1673
Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER).....	1675
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	1676
Eberhard Rotter (CSU).....	1677
Harald Güller (SPD).....	1678
Karl Freller (CSU).....	1679 1680 1681
Staatsminister Dr. Markus Söder.....	1681

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
und der Verordnung zur Durchführung des Ge-
setzes über den Finanzausgleich zwischen
Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)**
(Drs. 17/2870)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**über die Feststellung des Haushaltsplans des
Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015
und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG
2015/2016)** (Drs. 17/2871)

- Erste Lesung -

Staatsminister Dr. Markus Söder.....	1684	1714
Volkmar Halbleib (SPD).....	1691	1702 1703
Peter Winter (CSU).....	1698	1703 1704
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	1704	
Claudia Stamm (GRÜNE).....	1708	
Günther Knoblauch (SPD).....	1713	1714

Verweisung gem. § 148 GeschO in den Haushalts-
ausschuss..... 1717 |

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Verwaltungs-
verfahrensgesetzes und anderer Rechtsvor-
schriften** (Drs. 17/2820)

- Erste Lesung -

Staatssekretär Gerhard Eck.....	1717
Franz Schindler (SPD).....	1718
Josef Zellmeier (CSU).....	1719
Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	1719

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 1720
 Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 1721

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Kirchensteuergesetzes
 (Drs. 17/2821)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Haushaltsausschuss..... 1721

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Oliver Jörg, Karl Freller, Robert Brannekämper u.
 a. (CSU),

Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Marti-
 na Fehlner u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael
 Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes

(Drs. 17/2891)

- Erste Lesung -

Dr. Thomas Goppel (CSU)..... 1721

Helga Schmitt-Bussinger (SPD)..... 1722

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 1722

Rosi Steinberger (GRÜNE)..... 1723

Verweisung in den Wissenschaftsausschuss..... 1723

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Sparkassengesetzes und
weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 17/3016)

- Erste Lesung -

Staatssekretär Gerhard Eck..... 1723

Dr. Paul Wengert (SPD)..... 1724

Norbert Dünkel (CSU)..... 1725

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 1725

Jürgen Mistol (GRÜNE)..... 1725

Verweisung in den Kommunalausschuss..... 1726

Benennung
eines stellvertretenden Mitglieds für den Aus-
schuss der Regionen

Beschluss..... 1726

Bestätigung
eines neuen Mitglieds für den Landessportbei-
rat

Beschluss..... 1726

Bestätigung
eines neuen Mitglieds und eines neuen stell-
vertretenden Mitglieds des Landesgesund-
heitsrats

Beschluss..... 1727

Bestellung
eines neuen Mitglieds für den Landesdenkmal-
rat

Beschluss..... 1727

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage)

Beschluss..... 1727

Schluss der Sitzung..... 1727

(Beginn: 14.05 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 25. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, darf ich noch einen Glückwunsch aussprechen. Am 23. September feierte Herr Kollege Manuel Westphal einen runden Geburtstag. Im Namen des gesamten Hauses und persönlich wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf Ihnen mitteilen, dass Kollegin Ulrike Müller am 16. September 2014 vor Frau Präsidentin Barbara Stamm zur Niederschrift erklärt hat, mit Ablauf des 30. September 2014 auf ihr Landtagsmandat zu verzichten. Die Kollegin scheidet damit gemäß Artikel 56 Absatz 2 des Landeswahlgesetzes mit Ablauf des 30. September 2014, das heißt, des heutigen Tages, aus dem Bayerischen Landtag aus.

Frau Kollegin Müller gehört dem Bayerischen Landtag seit dem Jahr 2008 an. Während der 16. Legislaturperiode war sie Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. In der aktuellen Legislaturperiode hat sie zusätzlich das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der FREIEN WÄHLER inne.

Ich spreche der Kollegin im Namen des gesamten Hauses meinen Dank für ihre parlamentarische Arbeit und ihr Engagement im Bayerischen Landtag aus und wünsche ihr für ihre künftigen politischen Aufgaben im Europäischen Parlament viel Erfolg, viel Glück und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Listennachfolger ist nach der Mitteilung der Landeswahlleiterin ab dem 1. Oktober 2014 Herr Johann Häusler.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 12. September hat der Bayerische Landtag in Passau an den 25. Jahrestag der Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich erinnert, und in wenigen Wochen, am 9. November, werden wir mit großer Freude auf ein Vierteljahrhundert seit dem Mauerfall zurückblicken können.

Doch auch heute vor 25 Jahren war ein Tag, der historisch genannt werden muss, ein Tag, den man nicht

vergisst. Damals sprach Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher jenen unvollendeten Satz, der im Jubel der Menschen unterging, die auf dem Gelände der Deutschen Botschaft in Prag unter schwierigsten Bedingungen ausgeharrt hatten. Einen Tag später, in den frühen Morgenstunden des 1. Oktober 1989, kamen die ersten Züge mit DDR-Bürgerinnen und -Bürgern bei uns in Hof an. Müde und erschöpft waren sie, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber voller Erleichterung, endlich in Freiheit zu sein. Sie wurden bei uns in Bayern und überall in Deutschland mit offenen Armen empfangen. Der 30. September 1989 war mit seinen hoch emotionalen Momenten, für die wir, denke ich, alle gemeinsam dankbar sein können, ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Deutschen Einheit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich trete nun in die Tagesordnung ein und rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"GBW-Mieter schützen statt Gewinnmaximierung fördern - für mehr Menschlichkeit in der bayerischen Wohnungspolitik!"

Erster Redner ist Herr Kollege Lotte von der Sozialdemokratischen Partei. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Schöne Berge, glückliche Kühe, glückliche Menschen, das Paradies auf Erden – wenn es denn so wäre, wenn nicht 80.000 bayerische Bürgerinnen und Bürger unter diesem weiß-blauen Himmel Angst haben müssten, dass sie bald ohne Dach über dem Kopf unter diesem weiß-blauen Himmel übernachten müssten.

Erinnern wir uns. Am 8. Mai des letzten Jahres war der Deal perfekt: Die BayernLB stößt die Immobilien-tochter GBW für knapp 2,5 Milliarden Euro an ein Konsortium unter der Führung der Augsburger Patrizia ab. Der Name "Patrizia" suggeriert Solidität, Beständigkeit und Verantwortung. Dass dahinter aber in Wirklichkeit die Pearl AcquiCo Eins GmbH & Co. KG steckt, von der wiederum nur eine Gesellschaft mit dem klingenden Namen Blitz 13-308 GmbH haftet, während die beiden anderen Gesellschafter zwei Luxemburger Unternehmen sind, wird tunlichst verschwiegen. Die Patrizia ist eben ein grundsolides Unternehmen. Um die letzten Zweifler mundtot zu machen und weil so viele Mieter schon im Rentenalter, sozial schwach oder kinderreiche Familien sind, vereinbart man eine Sozialcharta – nicht eine wie in Baden-Württemberg, nein, eine Sozialcharta plus, ach

was, eine Sozialcharta XXL. Herausgekommen ist das sogenannte Projekt Oskar. Wie und warum es zu diesem Namen kam oder wer es verfasst hat, weiß niemand so genau. Vielleicht geschah es nach dem Spruch "Frech wie Oskar". Nun, eine Frechheit ist, was einem da geboten wird; aber dazu später. Projekt Oskar – darauf kann man stolz sein. Das klingt so toll, dass man sich fast selbst darüber täuschen könnte. Sie, Herr Dr. Söder sagten noch am 12. Oktober letzten Jahres – ich zitiere –:

Wir entwickeln eine Firewall, um den Schutz der Mieter zu gewährleisten. Dazu gehören Mietpreisbindungen, also nicht Erhöhungen. Damit macht man keinen schnellen Euro. Das ist nur etwas für solide Investoren. Deswegen sind wir auch sicher, dass sich die Mieter keine Sorgen machen müssen.

Schließlich versteigen Sie sich sogar noch zu Folgendem: "Insofern sind GBW-Mieter am Ende sogar bevorzugt."

Eine Firewall – ja, ja. Als Erstes kündigt die GBW Wohnungsbesichtigungen an und setzt hierfür einseitig Termine fest, wobei diejenigen, die die Termine nicht einhalten können, gleich mal ein Strafgeld ange droht wird. Dann wurden Schreiben verschickt, die so verklausuliert formuliert waren, dass der Normalsterbliche deren Inhalt ohne Rechtsbeistand gar nicht verstehen konnte. Dann wurden Abrissvorhaben angekündigt und wieder zurückgenommen. Anderswo wurden exorbitant hohe Mieterhöhungen – Pardon: -anpassungen – vorgenommen; aber nicht nur eine, in manchen Fällen gab es schon zwei solcher Anpassungen in kürzester Zeit, und das um saftige Beträge von teilweise mehreren hundert Euro. Brandmeldungen, Notrufe aus Erlangen, Fürstfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Herzogenaurach, Höchstadt, Landshut, München, Nürnberg und Puchheim – Ihre Firewall, Herr Staatsminister Söder, wurde zum Flächenbrand in Bayern.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

"Die Mieter müssen sich keine Sorgen machen", - haben Sie das eigentlich wirklich geglaubt, Herr Dr. Söder? Ich wünsche Ihnen, dass Ihnen das erspart bleibt, was ich in meinem Stimmkreisbüro erlebe: weinende Menschen und verzweifelte Mieter, die fürchten, ihre Wohnung zu verlieren, weil Rente und GBW-Miete nicht mehr miteinander vereinbar sind, und das, obwohl diese Wohnungen einmal vom Staat gefördert waren, und das trotz bzw. gerade wegen des von Ihnen ausgehandelten Projekts Oskar.

Wollen wir doch einmal einen Blick darauf werfen, wie man einen bayerischen Staatsminister über den Tisch ziehen kann, Stichwort Mieterhöhung: Das Projekt Oskar sieht vor, dass die Mieten in den ersten drei Jahren um maximal 15 % steigen dürfen, allerdings im bayernweiten Durchschnitt. Das bedeutet: Starke Mieterhöhungen in teuren Ecken, niedrige in günstigen Regionen. Die Ausreißer werden durch die Durchschnittsbetrachtung auf das gewünschte Niveau nivelliert, so geschehen in Herzogenaurach und in Höchstadt, wo die Mietpreissteigerungen teilweise über 20 % betragen.

Stichwort Wohnungsverkäufe: Das Projekt Oskar sieht vor, dass Investitionen und Verkäufe saldiert werden. Bis zum Jahr 2018 darf die GBW pro Jahr nicht mehr als 1.500 Wohnungen verkaufen – beinahe ein Triumph fränkisch-bayerischer Verhandlungskunst, wenn da nicht ein Hintertürchen wäre: Zugekaufte oder neu gebaute Wohnungen können verrechnet werden. In ihren bayernweiten Mietdurchschnitt darf die GBW zudem auch Wohnungen einrechnen, die sie bereits verkauft hat. Wenn dann noch örtlich bis zu 150 % teurere Stellplatzkosten oder Sanierungsumlagen von 11 % dazukommen, kann es schnell unbezahlbar werden, so geschehen in Fürstfeldbruck.

Stichwort Vorkaufsrecht der Mieter: Bietet die GBW Wohnungen zum Verkauf an, bleibt dem interessierten Mieter nicht viel Zeit zur Entscheidung. Ein GBW-Mieter hat sich innerhalb von vier Wochen zum Kauf entscheiden und die Finanzierung klären sollen. Rückfragen zum Stand der Haustechnik oder zum Reparaturbedarf hat die GBW bis heute nicht beantwortet, so geschehen in Puchheim. Kauft der Mieter nicht, ist die Kommune am Zug. Allerdings schließt die GBW vorher einen Kaufvertrag mit einem privaten Interessenten ab. Dann erst wird die Gemeinde informiert, und diese muss dann zusätzlich auf den Kaufpreis des Privatinvestors einen Aufschlag von 5 % zahlen. Da fragt man sich doch nach dem Grund. Wegen des höheren Verwaltungsaufwands? Dazu kommt, dass das Verbot von Luxussanierungen für diese ehemals staatlich geförderten Wohnungen gerade einmal für fünf läppische Jahre gilt. Die Schutzgarantie, also das lebenslange Wohnrecht, für Mieter über 60 Jahre ist auch nicht viel wert; denn sie verhindert nicht, dass diese Rentner innerhalb des GBW-Bestandes umziehen müssen, wenn die angestammte Wohnung abgerissen, saniert oder sonst etwas mit ihr gemacht wird. Das Komischste ist, wenn es nicht so traurig wäre: Die bei Nichteinhaltung des Projekts Oskar fälligen Strafzahlungen gehen nicht etwa an die, die am meisten darunter zu leiden hätten, nein, sondern an die Landesbank.

Nun kommen wir zum absoluten Tiefpunkt, oder um mit den Worten von Herrn Kreuzer zu sprechen: Hier wird es unterirdisch. Die Bayerische Staatsregierung beschließt das Umwandlungsverbot, und die GBW hat nichts Eiligeres zu tun, als hochrangige Mitarbeiter des eigenen Unternehmens in das Notariat von Herrn Dr. Bernhard Schaub zu karren, um noch rasch, ehe das Gesetz in Kraft tritt, zehn Vormerkungen im Grundbuch eintragen zu lassen. Durch diesen Coup hat sich die GBW für 402 Wohneinheiten in 34 Gebäuden die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschlichen, und zwar trotz Erhaltungssatzung. Und der Minister? – Markus Söder gibt sich damit zufrieden, wenn die GBW ihm erklärt, diese Mitarbeiter hätten schon lange geplant, dort Eigentumswohnungen zu erwerben. Sonstige Maßnahmen? - Fehlanzeige. Stellungnahmen? - Kein Kommentar. Man wartet erst einmal ab, was die Klagen der GBW gegen die Landeshauptstadt bringen. Nur der Oberbürgermeister Dieter Reiter hat den Mut besessen, der GBW die Umwandlung zu untersagen.

(Beifall bei der SPD)

Warum sind Sie so schweigsam, Herr Dr. Söder, wo es doch um Ihr Projekt Oskar geht? Machen Sie doch einmal, was Ihr Chef sagt, zumindest solange Sie den Hof noch nicht selbst übernommen haben. Machen Sie doch einmal Politik nahe am Menschen, oder nehmen Sie sich wenigstens ein Beispiel an Ihrem Kabinettskollegen Joachim Herrmann. Dieser hat nämlich am 23.04. – ich zitiere – gesagt:

Wenn ich jetzt höre, dass Patrizia versucht, mit allen möglichen Tricks schon im Vorfeld zum Beispiel das Umwandlungsverbot zu umgehen, indem kurz vor Inkrafttreten zum Beispiel Vormerkungen für eigene Mitarbeiter im Grundbuch eingetragen worden sind, dann ist das für ein Unternehmen, das ansonsten mit einem solchen Anspruch in der Öffentlichkeit auftritt wie Patrizia, aus meiner Sicht nicht seriös.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen. Die GBW wurde ohne Not verkauft, und zwar an ein Unternehmen, das unseriöse Geschäftspraktiken pflegt. Sie haben ganz recht, Herr Staatsminister Herrmann: Das sind Methoden von klassischen Immobilienhaien: billig aufkaufen, entmieten und filetieren. Also bleiben, um die Bürgerinnen und Bürger wenigstens ein bisschen vor dem Projekt Oskar zu schützen, eigentlich nur die Kommunen. Daher möchte ich hier die Auflage eines staatlichen Fonds anregen, um rückkaufwilligen Gemeinden wenigstens den fünfprozentigen Aufschlag

zu ersetzen, der auf das höchste Gebot eines Privatinvestors noch aufgeschlagen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle sind hier in der Pflicht. Die Menschen sind verunsichert, sie haben Angst, und wir müssen gemeinsam versuchen, ihnen diese zu nehmen. Ich appelliere an Sie: Fördern Sie nicht die Profitgier, schützen Sie die GBW-Mieter, und sorgen Sie für mehr Menschlichkeit in der bayerischen Wohnungspolitik!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Ernst Weidenbusch von der Christlich-Sozialen Union das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist notwendig, dass man einiges zu dem Thema richtigstellt.

(Florian von Brunn (SPD): Das wäre schön!)

Der Umwandlungsschutz hat bisher in vollem Umfang funktioniert. Bisher wurden alle Anträge auf Umwandlung abgelehnt, und zwar mit zwei Bescheiden der Landeshauptstadt München vom Juni; Sie haben das zutreffend dargestellt. Diese Bescheide beruhen auf intensiven Beratungen der Landeshauptstadt München mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und einem Gespräch des Finanzministers mit den Mieterverbänden am 16. Mai. So gesehen beruht die Ablehnung der Anträge also nicht auf einer mutigen Entscheidung von Dieter Reiter, dem ich trotzdem dankbar bin, dass er sie so mitgetragen hat, sondern auf einer vernünftigen Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Landeshauptstadt München und den Vertretern der Staatsregierung, namentlich im Innen- und im Finanzministerium. Das Innenministerium hat die gesamte rechtliche Grundlage dafür geliefert. Mittlerweile hat die GBW dagegen geklagt. Die Klagen sind anhängig; aber es ist keine einzige Umwandlung wirksam geworden.

Nun zur Sozialcharta. Sie ist notariell beurkundet und hat im Wesentlichen zwei Teile, die man unterscheiden muss. Da ist zum einen der Teil, in dem eine Umsetzung in individualvertragliche Regelungen vereinbart ist, und zum anderen der Teil, der unmittelbar aus der Sozialcharta gilt.

Um vielleicht auch das gleich abzuräumen: Wenn Sie sagen, bei der Muttergesellschaft haftet nur die Blitz 13-308 GmbH, dann muss man sagen: Das ist völlig irrelevant, weil bei der Patrizia AG das komplette Immobilienvermögen vorhanden ist und insofern

Strafzahlungen, wenn sie denn anfallen, jederzeit geleistet werden können. Da brauche ich gar keine Muttergesellschaft, weil ich bei dem, der Immobilienvermögen in diesem Umfang hat, direkt verwerten kann.

Der Verkauf der Beteiligung der BayernLB erfolgte auf Basis der EU-Beihilfeentscheidung.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Darin wurde festgelegt, dass die Anteile im Rahmen eines an Wettbewerbsgrundsätzen orientierten Bieterverfahrens veräußert werden. Diese Veräußerung ist erfolgt, und im Rahmen dieser Veräußerung ist die Sozialcharta einbezogen worden.

(Florian von Brunn (SPD): Allein aus haushaltspolitischen Gründen!)

Die GBW verfügte zum 31. Dezember 2012 über 32.000 Wohnungen und rund 300 Gewerbeeinheiten. Bei den Inhalten der Sozialcharta wurde von der Bayerischen Staatsregierung in enger Abstimmung mit der BayernLB der aus Brüsseler Sicht beihilferechtlich zulässige Rahmen zugunsten der Mieterinteressen voll ausgeschöpft.

(Florian von Brunn (SPD): Wann sagen Sie eigentlich mal die Wahrheit zu dem Thema?)

Das Erwerberkonsortium hat sich verpflichtet, die Sozialcharta einzuhalten. Sie ist auch verpflichtet, der Verkäuferin darüber zu berichten. Ich nehme an, das wissen Sie. Dieser Bericht hat jährlich zu erfolgen. Der erste Bericht liegt bereits vor. - Die Einhaltung der Regelungen der Sozialcharta wird von der BayernLB überwacht, die diese als Verkäuferin vorgegeben hat. Der BayernLB wird dazu jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer ein schriftlicher Bericht zur Einhaltung vorgelegt. Der erste geprüfte Bericht für den Prüfzeitraum 2013 liegt der BayernLB seit 4. April vor. Ich nehme an, er liegt auch Ihnen vor. Er ist nämlich den Parlamentsmitgliedern, jedenfalls den Mitgliedern des Haushaltsausschusses übermittelt worden. Im Übrigen ist er auf der Internetseite der GBW-Gruppe veröffentlicht. Die Patrizia AG hat zudem Herrn Ministerpräsidenten a. D. Dr. Beckstein zum Ombudsmann in Fragen der Sozialcharta ernannt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Umso schlimmer!)

Damit steht den Mieterinnen und Mietern der GBW-Gruppe in dieser Angelegenheit eine unparteiische Schiedsperson zur Verfügung. Die Kommunikation durch die GBW, wie Günther Beckstein erreicht werden kann, war – das räume ich ein – mit Sicherheit anfänglich nicht ausreichend. Aber auch das ist bei

dem Gespräch vom Mai bereits geklärt und in der Folge verbessert worden.

Individualvertragliche Umsetzung von Schutzrechten hat in erheblichem Umfang stattgefunden. Dazu gehört insbesondere die Verpflichtung, den einzelnen Mieter schützende explizite Regelungen schnellstmöglich, spätestens aber binnen 15 Monaten nach Übernahme der Aktienanteile zu übernehmen. Die GBW hat dazu zunächst die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, indem sie die Minderheitsaktionäre ausgeschlossen hat. Diese haben dagegen geklagt, und diese Klagen wurden nach entsprechenden Verhandlungen zwischen GBW und ihnen zurückgenommen, ich glaube, Anfang des Jahres 2014. Damit konnte die individualvertragliche Umsetzung begonnen werden, und sie ist zwischenzeitlich abgeschlossen, also deutlich vor Ablauf der 15 Monate.

Eine Bestätigung der Wirtschaftsprüfer über den Versand der Schreiben an alle bekannten Bestandsmieter liegt der BayernLB vor. Die Wirtschaftsprüfer haben zudem bestätigt, dass ein interner Prozessablauf implementiert wurde. Sofern sich herausstellt, dass ein Bestandsmieter ein Angebot nicht erhalten hat, wird durch den Prozessablauf gewährleistet, dass dies unverzüglich erfolgt. Damit haben die Mieter einen individuellen Schutz, der auch im Falle des Weiterverkaufs von Wohnungen gilt.

Ausweislich des von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche mit Datum vom 27. März bescheinigten Berichts wurden vom 27.05., dem Tag der Aktienanteilsübernahme, bis 31.12.2013 alle Vorgaben aus der Sozialcharta eingehalten. Im Einzelnen sind dies: der allgemeine Kündigungsschutz auf Dauer von 10 Jahren - es erfolgten weder Kündigungen wegen Eigenbedarfs noch wegen Verhinderung der angemessenen wirtschaftlichen Verwertung -, lebenslanger Kündigungsschutz für Bestandsmieter über 60 Jahre und deren Familienangehörige sowie Schwerbehinderte – es gab keine derartigen Kündigungen –,

(Florian von Brunn (SPD): Das können Sie den betroffenen Mietern vortragen!)

der Ausschluss von Luxusmodernisierungen – es wurden keine Luxusmodernisierungen ohne Einwilligung der Mieter durchgeführt –, portfoliobezogene Beschränkung von Mieterhöhungen – im Zeitraum vom 27.05. bis 31.12. wurden die Bestandsmieten nicht etwa um 3,5 %, wie das in Ihrem Beitrag suggeriert worden ist, sondern durchschnittlich um 0,59 % erhöht, und im Übrigen liegt der Grenzwert für die ersten drei Jahre für jeden Einzelfall bei 15 %. So gese-

hen würde ich Sie bitten, Einzelfälle von Verstößen gegen diese Charta, wenn Sie solche kennen, mitzuteilen, damit man Deloitte & Touche darauf hinweisen kann, dass das in die Prüfung einbezogen wird, ob das stimmt.

(Florian von Brunn (SPD): Es gibt eine Vielzahl von Einzelfällen!)

Die Maßgabe, im Kalenderjahr einen durchschnittlichen Mindestinvestitionsbetrag von 15 Euro pro Quadratmeter für Instandhaltung und Modernisierung von Bestandswohnungen aufzuwenden, wurde mit einem tatsächlichen Investitionsbetrag von 19,86 Euro eingehalten bzw. überschritten. Der Gesamtwohnungsbestand verringerte sich, saldiert mit Zugängen, im Jahr 2013 um 741 Wohnungen. Damit ist die Maximalzahl von 1.500 Wohnungen deutlich eingehalten.

Das Vorkaufsrecht für Kommunen wurde beim jeweiligen Verkauf den Belegenheitskommunen eingeräumt und in zwei Fällen ausgeübt. Die Patrizia hat sich zudem freiwillig bereit erklärt, der jeweiligen Kommune die Möglichkeit zu geben, ein von ihr benanntes und mehrheitlich gehaltenes kommunales Wohnungsunternehmen in ihr Vorkaufsrecht eintreten zu lassen.

Der Verpflichtung, beim Verkauf von Wohnungen die Erwerber zur Einhaltung der Sozialchartaklausel zu verpflichten, wurde in jedem Einzelfall nachgekommen. Den Regelungen zum Arbeitnehmerschutz wurden in jedem Fall entsprochen.

Der Finanzminister – ich habe schon darauf hingewiesen – hat am 16. Mai ein Gespräch mit den bayerischen Mieterverbänden und der GBW-Gruppe geführt. Daran haben teilgenommen: der "Mieterverein München e. V.", "Deutscher Mieterbund Nürnberg und Umgebung e. V.", "Bündnis Bezahlbares Wohnen", der Mieterbeirat der Landeshauptstadt München, die GBW durch ihren Vorsitzenden der Geschäftsführung, die Bayerische Landesbank durch ihren stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden, Herr Dr. Günther Beckstein als Ombudsmann, Herr Ministerialdirigent Paas vom Staatsministerium des Innern. In diesem Gespräch wurde abgesprochen,

(Florian von Brunn (SPD): Sie lesen viel vor, sagen aber wenig zur Sache, muss ich feststellen!)

dass im Falle von geplanten Abrissen bestehender Wohnanlagen Mieter künftig früher informiert und in die Planung integriert werden, dass die GBW in Zukunft auf die Androhung von Zahllast bei angekündigten Wohnungsbesichtigungen verzichtet, dass bereits vorgenommene rechtlich zulässige Mieterhöhungen in sozial schwierigen Fällen - zum Beispiel in dem Fall,

dass eine Rentnerin nicht zahlen kann - erneut überprüft werden, dass die GBW Mieterhöhungen, die in Gebieten mit EOF-Wohnanlagen vorgenommen worden sind, zurücknimmt.

Strittig blieb letztlich die Frage der Umwandlung, wobei die GBW der Meinung ist, dass diese zulässig ist. Deshalb hat sie ja auch geklagt. Wir werden abwarten müssen, wie die Gerichte entscheiden.

Nach alledem ist, glaube ich, deutlich geworden, dass es für die heutige Aktuelle Stunde den Anlass in der Überschrift nicht gibt.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eine großartige Rede! Eine historische Rede! Tosender Applaus!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Professor Dr. Michael Piazo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Ernst Weidenbusch, glauben Sie, dass Ihre Ausführungen am Rednerpult irgendeinen Mieter der Wohnungen beruhigt haben? Glauben Sie das?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Desinteresse!)

Die Art und Weise, wie Sie das vorgetragen haben, hat Emotionen und Empathie gegenüber den Mietern vermissen lassen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Da ist kein Raum für Empathie!)

- Doch, ich glaube, da ist Raum für Empathie, da ist auch Raum für Emotionen. Es geht hier sicherlich nicht um die Reichsten unserer Gesellschaft. Sie sehen sich in Städten, in denen Mieten ständig steigen, großen Problemen gegenüber. Wir als Politiker sind dafür verantwortlich. Und da ist Raum für Empathie und auch für Emotionen, Herr Weidenbusch. Das sehe ich so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das Thema GBW-Wohnungen begleitet uns seit 2010. Seit vier Jahren diskutieren wir im Bayerischen Landtag darüber. Ich sage Ihnen: Wenn Sie gute Lösungen gefunden hätten, dann wäre dieses Thema jetzt nicht zum wahrscheinlich zehnten Mal im Bayerischen Landtag. Wenn Sie gute Lösungen gefunden

hätten, dann würden auch die Medien nicht ständig darüber berichten. Wenn Sie gute Lösungen gefunden hätten, dann wären auch die Mieter zufrieden, dann wären die Menschen, die in den mehr als 30.000 Wohnungen wohnen, nicht ständig bei den Medien und bei der Politik auf den Barrikaden.

Insofern, glaube ich, ist es sehr gut, dass wir uns hier die Zeit nehmen und darüber intensiv reden. Ich sage Ihnen auch, wo ich in dieser Debatte den Geburtsfehler sehe. Der liegt nämlich schon in der Ressortierung. Ich weiß, dass der Finanzminister für diese Wohnungen zuständig war und ist. Wenn ein Finanzminister über wichtige soziale Fragen allein entscheidet, dann ist das schon ein Problem an sich; denn dem Finanzminister geht es im Wesentlichen um Geld. Wenn Sie die Geschichte der GBW-Wohnungen betrachten, dann sehen Sie: Das ist im Vordergrund eine Geschichte um Geld und nicht um Sozialrechte. Darin liegt eines der Probleme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Es ist interessant und auch bedenklich, dass Finanzminister Söder anscheinend inzwischen das soziale Gesicht der CSU ist. In dieser Debatte reden immer nur der Finanzminister und der ehemalige Innenminister. Wo sind eigentlich die Sozialpolitiker der CSU bei diesem Thema geblieben? Wo sind sie geblieben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Hier geht es nicht zentral ums Geld. Hier geht es um Menschen, um menschenwürdiges Leben und um eine menschenwürdige Miete.

Ich sage ganz deutlich – auch Kollege Lotte hat es ausgeführt -: Die Patrizia hat die Staatsregierung in vielen Bereichen über den Tisch gezogen. Wenn ich an das Wort des Innenministers denke – nicht des Innenministers, sondern des Finanzministers; sehen Sie, ich ordne Sie auch schon falsch zu - "Das Immobilienunternehmen aus Augsburg gewährleistet ein Höchstmaß an Sicherheit für die Mieter", dann frage ich mich, ob man trotz Ihres Berichtes dazu noch stehen kann. Ich glaube, diese Patrizia, die erfahren ist, hat Sie im Grunde genommen ausgetrickst wie Arjen Robben einen Kreisklasse-Spieler austricksen würde: mal rechts vorbei, mal links vorbei, und dann steht er schon vor dem Tor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir haben hier einiges gehört: Grundbuchvormerkungen schon vor dem Umwandlungsverbot - sie reagie-

ren als Unternehmen sehr schnell, wenn sie merken, hier tut sich etwas -, interne Weiterverkäufe an Mitarbeiter - das ist eine Umstrukturierung der Firma; es ist gerade geschildert worden, ich kann mir das ersparen -, Verkauf derjenigen Wohnungen, die sich am besten verkaufen lassen, bis zu der Grenze des Möglichen und Mieterhöhungen. Das alles geht rechtlich, und all das schöpft die Patrizia bis zum Letzten aus.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist doch nicht wahr! Das ist Unsinn!)

- Es ist wahr, Herr Weidenbusch. Wenn man einem Löwen ein Rudel Antilopen zum Hüten gibt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Löwe bei den Verhandlungen noch die Krallen einzieht und danach zuschlägt. So ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Ernst Weidenbusch (CSU): Das hilft dem Mieter nicht! Das ist hochgradig unseriös, was Sie hier machen!)

- Nein, unseriös ist das, was Sie getan haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie müssen für den Schutz der Mieter und für sozial verträgliche Mietpreise sorgen, und davon sind Sie noch sehr weit entfernt, Herr Weidenbusch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Un-Patriziös!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. - Als Nächster hat Kollege Mistol vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kreuzer ist jetzt leider nicht da. Ich hätte noch eine kurze Vorbemerkung gehabt. Aber vielleicht können Sie, Herr Kollege Zellmeier, ihm das ausrichten. Das ist jetzt meine 15. Plenarrede. Ich erwähne das, damit das nicht untergeht und er weiterhin auf dem Laufenden ist.

(Heiterkeit – Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Wir werden nachzählen!)

Jetzt zum Thema: Die GBW hatte einmal den Ruf einer sozialen Vermieterin. Doch seit die Patrizia als neue Eigentümerin buchstäblich aus Steinen Geld macht, herrschen unter den rund 80.000 Mieterinnen und Mietern begründete Zweifel daran. Bei den GBW-Wohnungen passiert nämlich genau das, wovon wir GRÜNE die Staatsregierung beim Verkauf der Woh-

nungsbestände von Anfang an gebetsmühlenartig gewart hatten: Die neuen Eigentümer maximieren ihren Gewinn. Vor allem dort, wo Wohnungsmangel herrscht, werden Wohnungen veräußert beziehungsweise steigen die Mieten drastisch – zum Leidwesen der Mieterinnen und Mieter; denn die von Staatsminister Söder viel gepriesene Sozialcharta ist und bleibt ein zahloser Tiger. Sie lässt der GBW genau so viel Spielraum, um unter dem Feigenblatt der Sozialverträglichkeit und teilweise haarscharf am Rande der Legalität den größtmöglichen Profit aus den GBW-Beständen herauszuquetschen. Dass das Vertragswerk der Sozialcharta Lücken hat, mussten Teile der CSU bereits eingestehen. Trotzdem hält es die Staatsregierung nicht für notwendig, die Reißleine zu ziehen und ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen.

Unser Antrag, der einen Einstieg in das von den Kommunen ausgehandelte Vorkaufsrecht forderte, war aus meiner Sicht im Grunde die letzte Chance, um den weiteren Ausverkauf der Wohnungsbestände zu verhindern. Es reicht nicht, dass Staatsminister Herrmann – jetzt ist er nicht da – das Jahr 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen hat. Das hat er kurz vor Silvester getan. Diese billige Ankündigung wird völlig konterkariert, wenn in dem von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt die Landesmittel für die Wohnraumförderung um über 50 Millionen Euro sinken sollen, und zwar in dem von der Staatsregierung ausgerufenen Jahr des Wohnungsbaus.

Kolleginnen und Kollegen, Wohnen ist keine Ware, sondern ein Grundbedürfnis.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Grundrecht!)

Der öffentlich geförderte Wohnungsbau hierzulande beschränkt sich jedoch viel zu sehr auf Wirtschaftsförderung mit sozialer Zwischennutzung. Nach Ablauf der Zweckbindung und Tilgung der öffentlichen Darlehen verwandeln sich Sozialwohnungen in ganz normale Mietwohnungen.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt sind wir bei der Frage, die mir am meisten auf den Nägeln brennt: Wie schaffen wir es aktuell und auch zukünftig, dass öffentlich geförderte und auch sonst günstig errichtete Wohnungen durch entsprechende Rahmensetzung auf Dauer sozialverträglich und gemeinwohlorientiert bewirtschaftet werden? Wie bringen wir die Konstanz hinein, damit es eben nicht so läuft wie aktuell bei der GBW, dass junge Familien, wenn sie Glück haben, vielleicht in den Genuss einer öffentlich geförderten Wohnung kommen, nach Ablauf der Bindung die Mieten aber so hoch steigen, dass sie sich die ange-

stammte Wohnung im Alter, gerade dann, wenn es wichtig wäre, nicht mehr leisten können? Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht ist es unabdingbar, endlich wieder verstärkt auf Bewirtschaftungsmodelle zu setzen, die eine nachhaltige, eine konstante Versorgung mit Wohnraum gewährleisten. Insbesondere kommunale, genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen, aber auch Bauherrengemeinschaften und sozial ökologische Wohnprojekte müssen gestärkt werden. Ziehen Sie endlich die Lehren aus dem vermasselten Verkauf der GBW und beschreiten Sie in der Wohnungspolitik endlich einen nachhaltigen und sozialverträglicheren Weg!

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Das sind Sie den Mieterinnen und Mietern der GBW schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Eberhard Rotter von der CSU das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "GBW-Mieter schützen statt Gewinnmaximierung fördern – für mehr Menschlichkeit in der bayerischen Wohnungspolitik!", so lautet der irreführende und verallgemeinernde, plakativ populistische Titel dieser Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Ui!)

Ähnliches haben Sie hier vor 14 Tagen praktiziert. Ich bin davon ausgegangen, dass wir uns auf dieser Basis nicht weiter auseinandersetzen wollen, insbesondere nicht bei einem so wichtigen Thema wie der ausreichenden Wohnraumversorgung.

(Zuruf von der CSU)

Das ist ein wichtiges Thema, und es ist auch im Freistaat Bayern ein sehr wichtiges Thema. Das soziale Gesicht der CSU, das Professor Dr. Piazzolo angemahnt hat, zeigt sich in den großen Anstrengungen für den Wohnungsbau. Diese kommen speziell den Mieterinnen und Mietern zugute.

(Zuruf von der SPD)

Die Staatsregierung kommt hier weiß Gott ihrer sozialen Verantwortung nach und braucht sich vor niemandem zu verstecken, weder in anderen Ländern noch im Bund.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Haushalt kommt gleich! Sie haben gekürzt!)

– Der Haushalt kommt. Herr Kollege Mistol hat darauf hingewiesen, dass gegenüber dem Haushalt 2014 verringert wird. Er hat aber verschwiegen, dass im Nachtragshaushalt 2014 eine einmalige Erhöhung um 60 Millionen Euro erfolgt ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie stecken die Mittel vom Bund in den Haushalt von Bayern!)

Auch wenn jetzt verringert wird, ist das Niveau immer noch höher als 2013. Wenn Sie, Herr Kollege Rinderspacher, jetzt den Bund ansprechen, dann haben Sie insofern recht, als der Bund endlich wieder erhöht hat. Er hatte nämlich auf einen Tiefstand abgesenkt.

(Zuruf von der SPD)

Die rot-grüne Bundesregierung Schröder hat die Bundesmittel auf einen Tiefstand abgesenkt, den es zuvor nie und nachher auch nicht mehr gegeben hat. Wir haben das Ganze sukzessive erhöht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bin durchaus mit Ihnen d'accord, wenn Sie sagen, dass hier natürlich auch die Bundesbauministerin ihren Anteil erbringen muss. In den Koalitionsverhandlungen in Berlin waren wir uns weiß Gott einig darin, dass wir vom Bund mehr Geld brauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Der Bund gibt 61,3 Millionen Euro, der Freistaat Bayern legt 158 Millionen Euro drauf. Die Landesregierung im Nachbarland Baden-Württemberg – Grün-Rot – reicht gerade einmal den Bundesanteil durch und bringt selbst gar nichts auf die Reihe. Dort klagen Sie aber nicht über soziale Missstände, sondern es wird einfach so zur Kenntnis genommen.

(Zuruf von der SPD)

– Natürlich befassen wir uns hier mit Bayern, und wir können stolz darauf sein, was wir in Bayern in diesem Bereich der Wohnraumförderung erreicht haben und in den kommenden Jahren miteinander erreichen werden.

Wir haben zum Mieterschutz insbesondere die Umwandlung von Miet- in eigengenutzten Wohnraum unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Von daher ist es gut – vorhin hat es Kollege Weidenbusch erwähnt –, dass die Landeshauptstadt München davon Gebrauch gemacht hat. Das ist auch der Sinn, die ent-

sprechenden Instrumente zur Verfügung zu stellen, die dann genutzt werden sollen.

Wir haben im Jahr 2013 in Bayern insgesamt 47.000 Wohnungen fertiggestellt. In den Jahren 2006 und 2007 war die Zahl auf nahe 30.000 abgesackt, aber in den vergangenen Jahren hat sie zugenommen. Aufgrund der Baugenehmigungen und der Zahl der Fertigstellungen im ersten Halbjahr 2014 ist davon auszugehen, dass im Jahr 2014 in Bayern wieder weit mehr Wohnungen als im Vorjahr fertiggestellt werden. Ausreichende Wohnraumversorgung ist der beste Mieterschutz. Das steht überhaupt nicht in Frage.

(Beifall bei der CSU)

Dafür werden wir mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, selbstverständlich auch in Zukunft sorgen. Mir ist es nur recht, wenn Sie diese Anstrengungen nicht nur anerkennen, sondern auch Ihren Genossinnen und Genossen in den Ländern, in denen Sie Mitverantwortung tragen,

(Zuruf von der SPD: Wir sind hier für Bayern verantwortlich!)

sagen, dass sie vielleicht etwas mehr tun können, so dass im jeweiligen Land

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion werden jedenfalls wie in den vergangenen Jahren in Bayern auch in Zukunft dafür sorgen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Harald Güller von der SPD das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich war eigentlich nicht überrascht von dem wenig empathischen Vortrag des Kollegen Weidenbusch; denn wenn ich über die Jahre bei dieser Diskussion in die CSU-Fraktion geschaut habe, wusste ich, wie unwohl es vielen Kolleginnen und Kollegen bei dem Weg war, den Herr Söder und Herr Seehofer mit dem Verkauf der 32.000 Wohnungen eingeschlagen haben.

Was Herr Weidenbusch jetzt etwas ruhig vorgetragen und zu verteidigen versucht hat, ist im Kern gar nicht schwer zu verteidigen;

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

denn es geht hier um eine Sozialcharta "XX-Small", die von Herrn Söder abgeschlossen worden ist. Die ist so klein, dass man auf allen vieren darüber kriechen kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Danach zu sagen, es sei ein Erfolg, dass seit dem Verkauf im Mai 2013 in einem halben Jahr nur 740 Wohnungen verkauft wurden - es sind 740 Wohnungen und damit über 1.500 Mieterinnen und Mieter, die ihre Wohnungen an einen neuen Eigentümer verloren haben –, erfordert an dieser Stelle dann aber doch ein bisschen "Chuzpe".

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Da sind Mieter dabei!)

Kolleginnen und Kollegen, Kollege Rotter sucht die Flucht in die allgemeine Wohnungspolitik. Die Antwort darauf wird nachher bei der Debatte über die Haushaltspolitik folgen. Bei der Haushaltspolitik werden Sie, Herr Rotter, eingestehen müssen, dass wir im Haushalt für den allgemeinen Mietmarkt und für den Mietwohnungsbau in Bayern einfach zu wenig zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Doch das ist jetzt nicht Gegenstand der Diskussion. Jetzt diskutieren wir über 32.000 Wohnungen und 80.000 bis 85.000 betroffene Mieterinnen und Mieter, und die haben Ihre Aufmerksamkeit in der Aktuellen Stunde voll und ganz verdient und keine Ausflüchte.

(Beifall bei der SPD)

Und was wurde am heutigen Tag von der CSU bisher angeboten? –

(Inge Aures (SPD): Nichts! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nada!)

Nichts, absolut gar nichts. Wer die Diskussionen in diesem Haus verfolgt hat, der weiß, dass es falsch war, was Herr Weidenbusch gesagt hat, dass uns nämlich die EU vorgeschrieben habe, an einen Privaten zu verkaufen. Die EU hat uns nach dem Landesbankdesaster, das, Klammer auf, ebenfalls die CSU und die dortigen Minister zu verantworten haben, Klammer zu - vorgeschrieben, bei der BayernLB das Geschäftsvolumen zu verringern. Der Verkauf hätte aber genauso an die Bayerische Landesstiftung oder an ein kommunales Konsortium erfolgen können, wenn nur der Wille dagewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Die BLB hätte auch bereits vor dem Verkauf mit allen Mieterinnen und Mietern andere Mietverträge abschließen können. Dann hätten wir das ganze Gezerre nicht gebraucht, und wir hätten uns überhaupt nicht in eine Diskussion um eine Sozialcharta begeben müssen, sondern wir hätten als Freistaat Bayern über den Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank die Standards setzen können. Das ist die Wahrheit, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Wenn das Innenministerium der Stadt München jetzt hilft, gegen Umwandlungen vorzugehen, dann ist das eine Selbstverständlichkeit, und das ist natürlich gut. Aber wer hat denn die Stadt München und viele, viele andere Kommunen in Bayern erst in diese Situation gebracht? Ohne den Verkauf an Patrizia unter diesen miesen Konditionen hätte es überhaupt keine Umwandlung gegeben. Das müssen Sie sich nun einmal anrechnen lassen, Herr Kollege Weidenbusch, aber insbesondere Herr Ministerpräsident Seehofer und Herr Staatsminister Söder.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern - Herr Kollege Lotte hat das angemahnt -, den Kommunen oder auch kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaften beizustehen, die für ihr Vorkaufsrecht jetzt 5 % mehr als den Marktwert zahlen müssen. Das ist doch fast schon eine Selbstverständlichkeit. Wir müssen auch darüber reden, ob der Freistaat Bayern einen Teil der Vorkaufsrechte zum Beispiel über die Landesstiftung abwickelt. Auch das wäre eine Möglichkeit, zumindest einigen Mietern jetzt noch zu helfen, um das Schlimmste zu verhindern.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Immerhin, immerhin!)

Zu all diesen Themen kam von den beiden Rednern der CSU kein Wort. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Man soll ja selbst bei der CSU und der Staatsregierung die Hoffnung nicht aufgeben.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit beim Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Karl Freller von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Hohes Haus! In meinem Stimmkreis Nürnberg-Süd gibt es ohne Zweifel erheblich mehr Mietwohnungen als Eigenheime. Frau Schmitt-Bus-

singer wird das bestätigen. In diesem Stimmkreis liegen ganz Langwasser, die Gartenstadt und südliche Teile Nürnbergs mit sehr vielen Mietwohnungen. Darunter sind auch GBW-Wohnungen. Ich bin bei diesem Thema seit Jahrzehnten hochsensibel, weil ich weiß, wie wichtig es für Menschen mit geringem Einkommen ist, eine bezahlbare Wohnung und für das übrige Leben noch Spielraum zu haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind alle sensibel. Niemand in der CSU würde einen Verrat an Mietern begehen. Wir wissen, wie wichtig es für die Mieter im Lande ist, mit ihrem Einkommen auszukommen und eine sichere Bleibe zu haben ohne die Sorge, plötzlich auf der Straße zu stehen oder überfordert zu werden.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deshalb werden die Finanzmittel gekürzt und Wohnungen im großen Stil verkauft! – Florian von Brunn (SPD): Sie haben Verrat begangen!)

Das möchte ich für diese Fraktion und ihre Wohnungspolitik noch einmal deutlich vermelden. Eberhard Rotter hat es gerade gesagt: Das geht auch in die Kommunalpolitik hinein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mögen sich Abgeordnete, die diesem Hause vielleicht schon länger angehören, daran stören, aber ich sage Ihnen eines: Ich erinnere mich sehr wohl und heute besonders an eine Gewerkschaft, die ihr Wohnungsunternehmen "Neue Heimat" für einen Euro an einen Bäckermeister verkauft hat. Sie hatte mindestens 90 % SPD-Mitglieder in ihren Reihen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich weiß, es ist einige Jahre her.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wer heute klug über Wohnungspolitik spricht und vorgestern total versagt hat, der sollte etwas bescheidener auftreten!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Das ist meine Auffassung.

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Anhaltende Unruhe bei der SPD)

- Es hilft nichts, ihr könnt es nicht bestreiten. Ihr könnt vielleicht die zeitliche Distanz einbringen. Aber es hilft nichts. Bei solchen Themen rächt sich, was man gemacht hat.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, kollektive Zwischenrufe sind nicht gestattet. - Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich gehe auf das Thema ein. Jetzt hören Sie doch zu! Ich betone noch einmal: Uns ist es wirklich wichtig, die Belange der Mieter zu schützen.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Herr Kollege Weidenbusch hat aus einem wichtigen Bericht zitiert, nämlich aus dem Bericht des Staatsministers der Finanzen an den Bayerischen Landtag vom 3. Juni 2014.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Ich würde wirklich jedem, der sich mit diesem Thema befasst, empfehlen, diesen Bericht einmal ganz genau durchzulesen.

(Andreas Lotte (SPD): Schicken Sie den an die Mieter!)

Eine bessere Beschreibung dessen, was in dieser Zeit geschehen ist, ist kaum zu finden. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche bescheinigt mit Datum vom 27.03.2014, dass im Berichtszeitraum - -

Ich wiederhole, was Herr Kollege Weidenbusch schon gesagt hat, aber Wiederholungen sind wichtig in der Pädagogik.

(Florian von Brunn (SPD): Bitte nicht!)

Dort heißt es: Allgemeine Aussagen im Hinblick auf die einzelnen Schutzrechte sind eindeutig. Es erfolgten weder Kündigungen wegen Eigenbedarfs noch wegen der Verhinderung der angemessenen wirtschaftlichen Bewertung. Es erfolgten weder Kündigungen wegen Eigenbedarfs noch wegen der Verhinderung der angemessenen wirtschaftlichen Bewertung beim lebenslangen Kündigungsschutz für Bestandsmieter über 60 Jahre und Schwerbehinderte. Es wurden keine Luxusmodernisierungen ohne Einwilligung der Mieter durchgeführt. Im Zeitraum vom 27. Mai bis 31. Dezember wurden die Bestandsmieten um durchschnittlich 0,59 % erhöht. Der Grenzwert von insgesamt 15 % in den ersten drei Jahren ist damit unterschritten. Es bestand ein nachhaltiges Bestandsmanagement. – Ich will das alles jetzt nicht vertiefen.

Langfristiger Bestandserhalt, kommunales Vorkaufsrecht bei Weiterverkäufen, Verpflichtungen der Käuferin bei Weiterveräußerung, Arbeitnehmerschutz: Alle diese Punkte werden darin ausgeführt.

Und es geht noch weiter. Selbst dort, wo etwas moniert wurde, hat man nachgebessert. Das war sinnvoll und richtig. Wenn Günther Beckstein Ombudsmann ist, dürfen Sie dessen sicher sein, dass die einzelnen Bürger mit ihren Anliegen gehört werden, falls sie davon betroffen sind. Ich selber kann für Nürnberg sagen: Ich habe während der letzten eineinhalb Jahre keine einzige Beschwerde aus dem Bereich der GBW-Wohnungen gehabt.

Ich finde es nicht fair, zu sagen, ein Finanzminister könne nicht sozial sein. Wir sind froh, dass wir einen Finanzminister haben, der in vielen Bereichen, von Wohnungsbau bis zur Asylpolitik, sehr wohl auch sozial denkt und Mittel freigibt.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD):
Wo ist der?)

Auch das muss man einmal deutlich sagen.

Einen letzten Punkt hätte ich noch. Wissen Sie, was mich gestört hat? – Sachlich über dieses Thema zu sprechen, ist völlig in Ordnung. Aber Sie haben diese Diskussion leider nicht sehr sachlich geführt. Ich habe leider sehr stark Polemik, Panikmache und Populismus, die drei großen P, gespürt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wollt ihr das jetzt jedes Mal machen? Wollt ihr jetzt jede parlamentarische Auseinandersetzung auf euer Niveau herabsetzen?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern?

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Vor allem war erschreckend, dass Sie dieses Thema im letzten Wahlkampf stark zu nutzen versucht haben. Es hat Ihnen nichts genutzt. Das ist das Interessante. Wäre das Thema tatsächlich so ernst gesehen worden, wie Sie das angesprochen haben, hätte es Ihnen im Wahlkampf bestimmt Zustimmung gebracht. Wenn man aber in einer Stadt wie München zig Häuser leer stehen lässt und die Mittel nicht aufbringt, um sie zu sanieren,

(Lachen bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das habe ich gewusst, dass das kommt!)

braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Glaubwürdigkeit dahin ist und Ihnen auch in dieser Debatte nicht viel abgenommen wird.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege!

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Letzter hat nun Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister!

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sozialminister!)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wissen Sie, was mich bewegt und was ich auch schade finde und was mich, ehrlich gesagt, sogar ein bisschen ärgert? – Regelmäßig versucht man die GBW-Mieter und deren mögliche Sorgen und Nöte, aber auch die Sorgen und Nöte anderer Mieter zu benutzen. Das kann man an den Schlagworten erkennen, wenn von Verrat und Ähnlichem gesprochen wird, immer wieder, nur um es politisch zu instrumentalisieren. Kümmern Sie sich um die Sorgen der Mieter, aber nutzen Sie sie nicht immer für den Versuch, auf dem Rücken der Mieter Politik zu machen. Das ist unfair und der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Das gilt generell. In jedem Wahlkampf wurde reflexartig versucht, dies zum Thema zu machen. Das ist aus meiner Sicht nicht fair.

Es wurde wieder gesagt, der Verkauf sei nicht zwingend gewesen. Wir haben im Landtag oft darüber diskutiert. Wir haben das Thema in verschiedenen Verfahren hin und her gewälzt. Die Sache war doch relativ klar: Während andere Banken wie die WestLB im Endeffekt mit Milliardenschäden und Hunderten von Entlassungen abgewickelt wurden, haben wir bei der Bayerischen Landesbank – wir werden es übrigens später auch beim Haushalt hören, wenn ich das sagen darf - einen Konsolidierungskurs gesehen. Die Bayerische Landesbank hat von der Europäischen Union die Bestätigung ihrer Lebensfähigkeit bekommen. Aber eine der Voraussetzungen war, sich eben nicht vom Kerngeschäft zu trennen, sondern neue, andere Geschäftsfelder, die über die Jahre erschlossen wurden, nicht mehr zu betreiben.

Das war in Baden-Württemberg ganz genauso. Dort hat Grün-Rot einen ganz ähnlichen Verkaufsprozess steuern müssen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das macht es nicht besser!)

Das ist überhaupt nicht unterschiedlich. Es gibt einen Unterschied, den ich gleich nennen werde. Entscheidend war an der Stelle, dass wir Recht befolgen und Entscheidungen umsetzen mussten. Dazu gab es aus unserer Sicht keine ernsthafte Alternative. Deswegen ging es nicht darum, immer dem hinterherzutruern, was hätte sein können, sondern darum, die schwierige Situation bestmöglich zu meistern. Das war unsere Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist aber nicht gelungen!)

Eine Bemerkung vorweg: Kauf bricht nicht Mietrecht.

(Florian von Brunn (SPD): Jetzt kommt das juristische Seminar!)

Stimmte das, was Sie sagen, dass die GBW-Mieter so wenig Rechte haben, würde das bedeuten, dass die Rechte der deutschen Mieter katastrophal schlecht sind. Aber wer hat denn die letzten zehn, zwölf Jahre in Deutschland die Justizminister gestellt? Das war immer die SPD. Entweder haben diese Justizminister zu wenig für das Mietrecht getan – dann hätten Sie, meine Damen und Herren, als Partei versagt –

(Widerspruch bei der SPD)

oder das Recht ist in Ordnung, und dann kann es so schlimm nicht sein. Auch das sei einmal angemerkt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Reines Ablenkungsmanöver! – Glocke des Präsidenten)

Im Unterschied zur baden-württembergischen LBBW haben wir von Anfang an – das war schwierig; Beihilfeexperten wissen, wie schwierig das war – dafür gesorgt, dass im EU-Entscheid eine Sozialcharta implementiert werden konnte. Das ist schon ein einzigartiges Verfahren. Dies durchzusetzen, war uns ganz wichtig. Als ehemaliger mittelbarer Eigentümer über die Landesbank war uns wichtig, eine tatsächliche Schutzfunktion zu erhalten, und dies mit einer besonderen zusätzlichen Note. Ich erinnere mich an viele Gespräche auch mit kommunalen Vertretern. Herr Maly hat uns zum Beispiel immer gesagt, das Allerwichtigste sei für ihn die individualvertragsrechtliche Schutzfunktion, also nicht nur die allgemeine Sozialcharta, Herr Lotte, sondern die Frage, wie der Schutz in den Mietverträgen umgesetzt werden kann.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Warum haben Sie es vor dem Verkauf nicht gemacht?)

- Hört halt zu! - Das war das große Thema. Ein halbes Jahr lang haben wir darüber geredet. Von Wirtschaftsprüfern, EU-Trustee und übrigens auch von den Mieterverbänden ist festgestellt worden, dass genau diese Schutzfunktion ge-griffen hat.

Jetzt will ich einmal Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Alle diese Dinge sind heute von den Mietern einklagbar. Einen besseren Schutz als ein individuelles Recht einzuklagen, gibt es aus meiner Sicht nicht. Da haben wir Wort gehalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Kollege Freller, Kollege Weidenbusch und viele andere haben deutlich gemacht, worum es dabei geht. Dabei geht es um Fragen des Kündigungsschutzes, um den Ausschluss von Luxussanierungen, auch um die schwierige Frage von Mieterhöhungen. Wenn heute vom Vorkaufsrecht gesprochen wird, muss ich Ihnen eines sagen: Herr Güller, diese Frage ist im letzten Jahr in der Tat diskutiert worden. Der Münchner Stadtrat hat sich, damals noch in anderer Zusammensetzung, mit dieser Frage beschäftigt. Für die Stadt München hätte damals die Chance bestanden, zu kaufen. München verfügt ja nun wirklich über eine bessere Finanzsituation als jede andere bayerische Kommune. Wenn man dann nicht kauft, weil man nicht will, kann man hinterher nicht andere dafür verantwortlich machen, meine Damen und Herren. Das finde ich unfair.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Es ist das Gegenteil von Wahrheit, was Sie da sagen!)

Die GBW ist übrigens immer noch die gleiche. Bei dem, was Sie hier alles über Patrizia sagen, sollten Sie sich überlegen, ob Sie ein Unternehmen immer wieder mit solchen Vokabeln belegen. Das muss aber die Firma Patrizia selber wissen, ob sie das gut findet.

Aus meiner Sicht stellt sich das jedenfalls so dar: Wir haben einen Ombudsmann eingesetzt. Charlie Freller hat es richtig gesagt: Günther Beckstein kümmert sich mit unglaublicher Akribie um viele Anliegen der Mieter. Wir haben ein Gespräch mit der GBW und den Mieterverbänden geführt, das aus Sicht der Mieterverbände sehr vernünftig war. Danach konnten gerade in der Anfangszeit viele Irritationen ausgeräumt und Probleme gelöst werden und damit konnte auch dabei geholfen werden, das Verhältnis Mieter/Vermieter, das übrigens von manchen Verbänden auch als nor-

males Mieter-Vermieter-Verhältnis bezeichnet wurde, zu verbessern.

Nebenbei bemerkt: Wenn es um diese Umwandlungen geht, über die wir, glaube ich, einer Meinung sind, und um das Mietrecht, ist nicht das Finanzministerium, sondern das Innenministerium zuständig.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist klar: Natürlich gilt es, darauf zu achten, und natürlich muss die GBW bzw. die Patrizia als Eigentümerin in den nächsten Jahren alle Auflagen erfüllen; sonst drohen Sanktionen. Das wird auch von Wirtschaftsprüfern und letztlich sogar indirekt von der Europäischen Union überprüft. Wir haben also ein Auge darauf; wir beobachten es weiter.

Aber dass es generell nicht ganz einfach ist mit Mietern und Vermietern und hier offensichtlich nicht nur die GBW in der Diskussion steht, zeigt uns ein Blick in die "Süddeutsche Zeitung", die völlig unverdächtig ist, zur Kernanhängerschaft dieser Staatsregierung zu gehören. Ich habe zum Beispiel am 27. September in einem heftigen Artikel gelesen, dass günstige Wohnungen an Ärzte vermietet worden seien; es wurde gefragt, was da mit dem städtischen Klinikum passiert sei, ob man möglicherweise eine falsche Auswahl getroffen und sozial Schwächere benachteiligt habe. - Herr Lotte, ich habe auch gelesen, dass Sie einmal dem Aufsichtsrat der Gewofag angehört haben. In einem Artikel vom 18. Juli 2014 steht:

Staatsanwaltschaft prüft Gewofag. Die städtische Wohnbaufirma Gewofag steht in der Kritik: Einem internen Bericht zufolge sollen Mitarbeiter von Mieterhöhungen verschont worden sein. Auch die Vergabe von Wohnungen ist wenig transparent.

Städtische Rechnungsprüfer sollen tätig geworden sein.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Ich kann nicht beurteilen, ob die "Süddeutsche Zeitung" an der Stelle die Wahrheit schreibt. Sie bezieht sich auf städtische Rechnungsprüfer. Aber Sie, Herr Lotte, waren persönlich im Aufsichtsrat einer solchen Gesellschaft.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der Aufsichtsrat hat es doch in die Wege geleitet!)

Ich finde, wenn man selber im Aufsichtsrat einer Gesellschaft war, die am Ende mit dem Staatsanwalt zu tun hat, sollte man eine etwas ruhigere Gangart wählen.

(Beifall bei der CSU – Andreas Lotte (SPD): Der Aufsichtsrat hat doch die Staatsanwalt eingeschaltet!)

- Ja, trotzdem ist die Staatsanwaltschaft bei Ihnen in der Gewofag.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

- Danke, Herr Präsident. – Ich glaube, dass es uns nichts nützt, Monat für Monat Mieter immer wieder aufs Neue zu verunsichern, immer wieder neue Schreckgespenster heraufzubeschwören.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie kommen auf uns zu!)

Vielmehr müssen wir seriös und ruhig, mit guten Sachargumenten, mit juristischen Argumenten und auch mit Fürsorge, die sich von selbst versteht, an diese Thematik herangehen und dürfen nicht immer wieder versuchen, alte Entscheidungen zu revidieren oder alte Wahlkämpfe neu zu entfachen.

(Florian von Brunn (SPD): Falsche Entscheidungen!)

Bei der Wortwahl wäre es wirklich gut, wenn Worte wie "Verrat" vermieden würden. Diese sind, so finde ich, in einem Parlament schlicht und einfach unangemessen. - Wir haben eine ordentliche Politik gemacht, und wir bleiben bei dieser Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015) (Drs. 17/2870)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015

und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG 2015/2016) (Drs. 17/2871)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu einem von der Bedeutung her und für die Zukunft Bayerns noch essenziellerem Thema.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Wenn wir die Zeitung lesen und wahrnehmen, wie sich die Welt derzeit entwickelt, dann spüren wir ein hohes Maß an Unsicherheit. Obwohl die Kerndaten Deutschlands und insbesondere Bayerns, was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, hervorragend sind, ist uns klar, dass das, was um uns herum passiert, irgendwann Auswirkungen auf uns haben muss. Manchmal kommt es mir so vor, als diskutierten wir in Deutschland darüber, ob die Bilder noch etwas gerader und besser hängen sollen, während um uns herum die Welt in Flammen steht. Ich nenne die Stichworte Krise zwischen Ukraine und Russland, massive Bedrohung durch ISIS, viele Flüchtlingsströme, von denen auch wir betroffen sind – dazu komme ich später noch -, und die Ebola-Epidemie. Insgesamt befindet sich die Welt im Umbruch. Möglicherweise wird das auch Auswirkungen auf uns haben, die weit über das hinausgehen, was wir uns derzeit vorstellen können.

In einer solchen Zeit ist es umso wichtiger, den Menschen in Bayern das Signal zu geben, dass wir diese Situation nicht ignorieren, sondern mit den Mitteln, über die wir als demokratische Gemeinschaft verfügen, vorsorgen wollen. Deswegen signalisiert der Haushalt, den wir heute vorlegen und über den wir entscheiden, Vorsicht und Vorsorge, meine Damen und Herren, Solidität und Solidarität. Er zeigt eindeutig, dass die Bayern in den nächsten beiden Jahren und darüber hinaus beruhigt sein und ruhig schlafen können. Der Freistaat Bayern ist auf alles vorbereitet. Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

(Beifall bei der CSU)

Dass es sich so verhält, ist uns am vergangenen Freitag bestätigt worden. Ich weiß, dass meine folgende Aussage den einen oder anderen nervt: Ratingagenturen sind heute in der Lage, Regierungen zu stürzen, weil der Druck aufgrund der Bewertungen durch die Ratingagenturen so groß ist, dass so manche Regierung nicht in der Lage ist, sich zu refinanzieren, und

sie muss dann unter dem Druck einen Rückzug machen. Das haben wir in der Eurokrise gemerkt.

In Bayern ist genau das Gegenteil der Fall. Während andere Bundesländer, die ich nachher erwähnen werde, ganz extreme Probleme haben und kaum mehr überlebensfähig sind, haben wir erneut als Signal von Standard & Poor's das beste Rating AAA mit bestem Ausblick bekommen. Meine Damen und Herren, dies ist ein Testat der Solidität, das sich andere nur wünschen würden, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen ganz klar: Wir sind die Nummer eins in Deutschland und wollen es auch bleiben. Wir sind auch möglicherweise in Europa, ohne das vermessen zu behaupten, eine der Spitzenregionen, was wirtschaftliche Entwicklung, Dynamik und Solidität betrifft. Das ist ein Erfolg der Menschen und der Wirtschaft. Aber die Grundlage dafür legen, ehrlich gesagt, wir hier gemeinsam; denn die Regionen sind anderswo genauso fleißig. Dass der Erfolg dennoch anders ausfällt, könnte möglicherweise mit unserer Mannschaftsaufstellung in diesen Belangen zu tun haben.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es uns wichtig, dass im neuen Haushalt alles so bleibt. Wie lauten die Eckdaten? Der Ministerpräsident hat in einer Presseerklärung nach der Sitzung in Sankt Quirin gesagt: Dies wird der beste Haushalt aller Zeiten. Ich finde, da hat er recht, meine Damen und Herren. Bei den Eckzahlen des Haushalts wird sogar für unsere Verhältnisse ein neuer Maßstab gesetzt. Normalerweise freue ich mich nicht immer über den Bericht des Obersten Rechnungshofes, das gebe ich zu; denn man fragt sich oft, ob die angelegten Maßstäbe tatsächlich identisch sind. Aber dieses Mal glaube ich, es wird nächstes Jahr einen schönen Bericht geben; denn wir gehen den Dingen wirklich auf den Grund. Es wird eigentlich ein ORH-Jubelhaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin mal gespannt, ob er diese Erwartung am Ende einlösen wird. Auf jeden Fall versuchen wir, dies an dieser Stelle zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Was sind die Leitlinien, worum geht es? Das erste ganz Wichtige und Entscheidende ist: Natürlich machen wir wieder keine Schulden. Das ist ganz klar. Man könnte nun denken, das sei schon ganz normal in Deutschland. Aber es gibt Bundesländer, die trotz Rekordeinnahmen und Rekordniedrigzinsen noch Schulden machen, meine Damen und Herren. Dieser Tage rechtfertigt sich in Nordrhein-Westfalen Frau Kraft mit den Worten, ein ausgeglichener Haushalt sei ein reiner Fetisch. Eine schwarze Null sei ein Fetisch; damit will man nichts zu tun haben. Ich will mich nicht

darauf einlassen, ob ihre Wortwahl zur Sache passt. Ein Bundesland muss trotz Rekorderinnahmen beschließen, dass es bei Bewirtungen des Landes nur noch Leitungswasser und nichts mehr zu essen gibt. Ein peinlicheres Signal kann man als Bundesland nicht setzen, als wenn man trotz Rekorderinnahmen nicht einmal mehr für eine normale Bewirtung sorgen kann. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt.

(Beifall bei der CSU)

Der erste Punkt lautet also ganz klar: Wir machen keine Schulden.

Der zweite Punkt lautet: Wir setzen die Schuldentilgung fort. Dieses Signal ist gerade jetzt sehr wichtig. Man mag denken, wir diskutieren nur hier im Bayerischen Landtag; aber alles, was wir hier tun, hat tatsächlich Signalwirkung auf Deutschland und von Deutschland aus auf Europa. Die Stärke Bayerns basiert im Übrigen auch darauf, dass wir in einem starken Deutschland leben. Im Moment wird in Europa die Frage diskutiert, wie es mit der Geldpolitik eigentlich weitergeht. Verschiedene Staaten in Europa spüren, dass sie mit billigem Geld von der Europäischen Zentralbank an die Grenze gekommen sind, ohne sich wirtschaftlich besonders zu erholen, und beginnen erneut die Frage zu stellen, ob Konjunktur auf Pump denn nicht besser sei als saubere Fiskalpolitik. Diese Debatte findet derzeit statt. Wenn Sie gelesen haben, dass auf europäischer Ebene überlegt wird, den Kapitalgrundstock des Rettungsfonds Europäischer Stabilitätsmechanismus zur Finanzierung von neuen Konjunkturprogrammen zu verwenden, spüren Sie, dass die Währung möglicherweise erneut ins Wanken geraten könnte; denn die Märkte werden diese Taschenspielertricks nicht hinnehmen. Dessen können Sie sich sicher sein.

Umso wichtiger ist, dass Deutschland hier stark bleibt. Wir müssen von Deutschland aus ein Signal setzen. Ebenso wie der Bund müssen auch wir das Signal setzen, nicht nur keine Schulden zu machen; vielmehr werden wir in den nächsten beiden Jahren die Schuldentilgung mit einem Betrag von über einer Milliarde Euro fortsetzen. Damit reduzieren wir die Schuldenlast und Zinszahlungen und stärken das Rating, meine Damen und Herren. Ganz wichtig ist, dass wir auch gegenüber den Ländern, die nach wie vor überlegen, ob sie nicht lieber Schulden machen, eine Benchmark bleiben. Wir müssen in Deutschland und auch in Europa ein Vorbild sein. Ein solches Vorbild ist der Freistaat Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben uns entschieden, nicht nur einen tatsächlichen positiven Finanzierungssaldo auszuweisen. "Tatsächlich" bedeutet, wir nehmen Geld aus Steuern und anderen Einnahmen ein – beispielsweise kommt die Justizkasse dazu, in letzter Zeit gab es einige populäre Fälle -, und hinzu kommen Steuereinnahmen, die über dem geplanten Betrag liegen.

Ich berichte es immer wieder, weil es mir wichtig ist: Manche Bundesländer planen ihre Steuereinnahmen extrem großzügig und müssen in der Regel am Ende des Jahres feststellen, dass die Planung doch nicht so gut war; dann fangen sie an zu sperren. – Ein Markenkern bayerischer Finanzpolitik seit vielen Jahrzehnten besteht darin, dass man bei Steuereinnahmen die konservative Linie wählt und manchmal mehr einnimmt, sodass sich unsere Kassen stärker füllen können und wir mehr Spielräume haben. Deswegen hatten wir schon immer, Peter Winter, einen richtigen, tatsächlichen, positiven Finanzierungssaldo aufzuweisen.

Nun gehen wir allerdings einen Schritt weiter. Der Oberste Rechnungshof fordert: Seid noch genauer und legt doch einen bilanziellen Saldo vor. – Was bedeutet das? Wir planen nur mit den Steuereinnahmen, die wir schätzen, und können trotzdem noch Schulden tilgen. Das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Quantensprung. Wir sind nicht nur tatsächlich die Solidesten, sondern schaffen es, noch einen Schritt weiter zu gehen. Auch bilanziell setzen wir einen völlig neuen Maßstab. Wir erreichen einen positiven Finanzierungssaldo. Meine Damen und Herren, das schafft tatsächlich niemand sonst in Deutschland; darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir wissen und spüren, dass wir trotzdem mit den Herausforderungen der Welt zu tun haben, haben wir festgelegt, dass drei Aspekte im Einklang bleiben müssen. Wir müssen nicht nur Schulden tilgen und dürfen nicht nur keine Schulden machen, sondern müssen auch darauf achten, dass drei Elemente in der Balance bleiben, weil davon wirtschaftliche Stärke abhängt:

Der erste, sehr wichtige Aspekt besteht darin, dass wir Investitionsquoten halten. Manche Bundesländer, in denen die Investitionsquoten sinken, leisten fast nur noch das, was die gesetzlichen Auflagen verlangen, befassen sich aber nicht mit den Investitionsquoten. Darauf komme ich im Detail nochmals zurück; ich will es hier ansprechen.

In Bayern verhält es sich wie folgt: Hinsichtlich des Wachstums setzen wir ein maßvolles Signal. In den letzten Jahren ist Bayern nämlich hinsichtlich des

Haushalts und übrigens auch hinsichtlich der Zahl der Menschen stark gewachsen. Ich erwähne nur nebenbei: Der Finanzminister von Sachsen-Anhalt hat mir einmal vorgerechnet, er habe ungefähr 2,2 Millionen Menschen zu betreuen. Diese Zahl entspricht ungefähr der Zahl der Zuwanderer nach Bayern in den letzten Jahren. Natürlich muss sich Zuwanderung auch wirtschaftlich abbilden, in der Zahl der Lehrer, in der Bildung, an Hochschulen und in der Versorgung der Menschen. Deswegen haben wir Wachstumsraten zu verzeichnen gehabt. Wir haben aber festgelegt, dass wir die Herausforderung dieses Mal deutlich vorsichtiger angehen. – Ich danke der Fraktion, dass sie hier den Finanzminister unterstützt hat; normalerweise besteht der Wunsch, eher noch etwas mehr auszugeben. – Eine 3-%-Grenze hinsichtlich des Wachstums bedeutet meiner Meinung nach insgesamt ein maßvolles Signal. Bei einer Begrenzung des Wachstums gleichzeitig die Investitionsquote stabil bei 12 % zu halten, also nahezu 12 Milliarden Euro zu investieren: ein besseres Konjunkturprogramm gibt es derzeit nicht, meine Damen und Herren. Auch darin besteht eine Leitlinie dieses Haushalts.

(Beifall bei der CSU)

Meine Ausführungen haben gezeigt, dass die Kennzahlen an dieser Stelle stimmen: Investitionsquote, Wachstumsbegrenzung, positiver bilanzieller Saldo. Hinzu kommt, dass wir die Personalquote stabil halten; auch das ist nicht immer einfach. Das ist durchaus ein wichtiges Signal, übrigens unter einer ganz besonderen Prämisse, an die wir uns halten. Die Personalquote bedeutet aktuell in dem jeweiligen anstehenden Haushalt kein allzu großes Problem, aber sie erweist sich bei einer auf 20 oder 30 Jahre angelegten Prognose als Problem; denn es verhält sich wie bei uns im Raum: Auch durch unsere Tätigkeit erwachsen Pensionsansprüche, übrigens nicht wenige. Diese müssen immer wieder finanziert werden. Deswegen ist es ein wichtiges Signal, dass wir die Personalquote stabil halten.

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig schaffen wir es zum Beispiel im Bildungsbereich, lieber Gerhard Waschler, die demografische Rendite in den Schulen zu behalten. Das ist uns ganz besonders wichtig. Obwohl es weniger Schüler gibt, behalten wir die Pädagogen, um die Bildung zu verbessern, zu individualisieren und in ländlichen Räumen Schulstandorte zu erhalten. Wer kann das in Deutschland überhaupt vorweisen?

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einen Vergleich nennen, aber möchte nicht immer Vergleiche zu Berlin und dem Saarland

ziehen. Das ist auch ein bisschen unfair, selbst wenn solche Vergleiche deutlich wären. Wir müssen uns vielmehr mit dem Land vergleichen, mit dem wir uns im stärksten Wettbewerb befinden. Das ist Nordrhein-Westfalen; da kann man das machen. Dort sitzen DAX-Konzerne. Das Land verfügt über eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das war in den letzten 60 Jahren nicht immer so. Früher hat Bayern die Leistungskraft von Nordrhein-Westfalen fasziniert. Wie sieht es denn heute aus etwa beim Thema Schulden? - Bayern tilgt insgesamt eine Milliarde Euro Schulden. Was macht NRW? - Eine Neuverschuldung von 2,4 Milliarden Euro.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört! Hört!)

Im allgemeinen Haushalt liegt die Schuldenlast Bayerns unter 20 Milliarden Euro. NRW hat derzeit mit neuer Nettokreditaufnahme eine absolute Schuldenlast von 190 Milliarden Euro. Wenn das ehemals stärkste und bevölkerungsreichste Bundesland in Deutschland sagt, dass es trotz Rekorderlösen und Rekordniedrigzinsen nicht mehr lebensfähig sei, dann ist damit die finanzielle Symmetrie in ganz Deutschland gefährdet. Bayern kann machen, was es will. Wir brauchen mehr Bayern in der deutschen Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Nur für die Statistiker sage ich Folgendes – ich glaube das ist spannend -: Man muss einmal sehen, was NRW allein an Zinsen zahlt. NRW zahlt durch das, was es aufnimmt, insgesamt noch einmal fast drei Milliarden Euro mehr an Zinsen. Damit könnte man 1.000 km Staatsstraßen bauen, 54.000 neue Polizisten bezahlen oder 46.000 neue Lehrerstellen finanzieren. Das ist allein wegen der Schuldzinsen nicht finanzierbar.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wer regiert denn dort?)

Wir führen immer die Personaldebatte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Das wird nichts für mich werden. Nehmen Sie doch einmal einen anderen Aspekt. Schön, dass Sie es ansprechen. Sie möchten noch mehr von NRW hören?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe noch eine Zahl für Sie. In den Landtagsdebatten wurde uns vorgeworfen – ich bin sicher, das wird später noch kommen –, wir hätten zu wenig Beamte, mal abgesehen von den Finanzbeamten. Zwischen den Jahren 2014 und 2016 werden 700 zusätz-

liche Finanzbeamte eingestellt. Nächstes Jahr werden wir vom ORH ein mildes Signal – wie die es halt können - bekommen, dass wir vielleicht auf dem richtigen Weg sind. Wie sieht es generell mit dem öffentlichen Dienst aus? Wie geht man mit ihm um? Wie gehen wir und andere mit dem öffentlichen Dienst um? Kollegin Heckner als Schutzpatronin des öffentlichen Dienstes, jedenfalls in unserer Fraktion, weiß das.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir haben mit den Beamten nicht etwa gespielt und über Bezüge geredet. In Nordrhein-Westfalen hat man gesagt: Wir übertragen Tarifbeschlüsse nicht vollständig. Wir verweigern das. Die dortige Beamtenschaft ist vor das Landesverfassungsgericht gegangen, und, meine Damen und Herren, es gab eine ganz üble Klatsche. Das Landesverfassungsgericht in NRW hat gesagt: Ihr verhaltet euch gegenüber den Beamten unanständig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solcher Weg wäre in Bayern undenkbar. Den gehen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es wird immer so geschimpft. Später wird es ohnehin angesprochen, deshalb sage ich es gleich: Ein bayerischer Steuerhauptsekretär in Endstufe von A 8 – nur zum Vergleich – erhält in Bayern im Jahr rund 1.100 Euro mehr als sein vergleichbarer Kollege in NRW.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Was zahlt er dort an Miete?)

- Wenn er in Wunsiedel wohnt, nicht so viel. - Ein bayerischer lediger Beamter in der Endstufe von A 13 erhält im Jahr 5.000 Euro mehr als ein vergleichbar eingestufte Kollege in NRW. Eines ist klar: Es ist deutlich besser, Beamter in Bayern zu sein als in einem SPD-Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, wir haben uns Mühe gegeben. Wir versuchen, auch in schweren Zeiten die Investitionsquote, die Personalquote, die Finanzierungssalden und die Schuldentilgung ins Gleichgewicht zu bringen.

Lassen Sie mich noch ein paar inhaltliche Aspekte erwähnen. Wir stellen uns Aufgaben, mit denen wir vor einem oder zwei Jahren noch gar nicht gerechnet haben. Eine große Herausforderung ist selbstverständlich das Thema Asyl. Jeden Tag spüren wir die Schwierigkeiten. Wir spüren, dass jeden Tag viele Menschen kommen, auch aus Sorge und Not. Das sage ich ausdrücklich, weil wir uns als Freistaat Bayern der Verantwortung stellen, übrigens mehr, als dies

viele andere Bundesländer überhaupt können. Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten beiden Jahren unseren christlichen Verpflichtungen – das sage ich ganz bewusst – nachkommen, humanitäre Hilfe für Menschen in Not zu leisten. Für die nächsten beiden Jahre sind dafür fast eine Milliarde Euro veranschlagt worden. Davon gehen übrigens 650 Millionen Euro direkt an die Kommunen. In anderen Bundesländern wird eine harte Debatte zwischen der jeweiligen Landesregierung und den Kommunen geführt, weil die Landesregierungen den Kommunen kaum Geld geben. Bayern unterstützt die Kommunen mit 650 Millionen Euro. Das ist ein gutes Signal der Solidarität und der Fairness im Umgang miteinander.

(Beifall bei der CSU)

Nur nebenbei bemerkt: Ich glaube, dass wir im Vergleich zu vielen anderen dieser Verpflichtung gut nachkommen. Herr Ministerpräsident, heute hat das Kabinett eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Wir sehen beide Seiten. Selbstverständlich leisten wir humanitäre Hilfe. Das ist in einem christlich geprägten Land selbstverständlich. Wir tun alles, um die Situation zu verbessern. Es gibt aber auch die andere Seite. Deshalb war die Entscheidung im Bundesrat so wichtig, selbst wenn es der einen oder anderen Partei schwergefallen ist. Man hat gemerkt, wie die eigenen Ministerpräsidenten speziell bei den GRÜNEN angegriffen worden sind. Ich glaube, Deutschland braucht ein Instrumentarium. Ich nenne beispielsweise die Drittstaatenregelung, das EU-Recht im Hinblick auf die Einhaltung des Schengen-Abkommens oder Kontingente. Aus Sicht der Staatsregierung ist es wichtig, nicht nur für die Entwicklung eines Managements zu sorgen, was die Sozialministerin hervorragend macht. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich bekennen.

(Beifall bei der CSU)

Für solche Krisen gibt es keine erprobten Mittel. Es ist nicht so, dass man einfach ein Muster herausziehen kann. Man muss das gemeinsam entwickeln. Auf der anderen Seite müssen wir, was Überforderung und Verträglichkeit betrifft, gemeinsam daran arbeiten, dass am Ende nicht nur Deutschland und vielleicht sogar nur Bayern alleine die Lasten einer internationalen Flüchtlingsbewegung trägt. An dieser Stelle sind auch andere Partner in Deutschland gefragt. Dafür wollen wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Schwerpunkt ist – glaube ich – fast der wichtigste. Wenn man diesen mit den anderen Punkten zusammenzählt, erkennt man die Stärke Bayerns. Was zeichnet Bayern aus? Warum ist die Wirtschaft

hier attraktiver? Warum funktioniert es hier besser? - Die Zuwanderung entsteht hier deshalb, weil die Leute mehr Chancen auf Arbeitsplätze und auf Ausbildung erwarten. Deshalb ist die Entscheidung, ein Drittel der gesamten Staatsausgaben, fast 36 Milliarden Euro bezogen auf die beiden Jahre im Doppelhaushalt – das muss man sich einmal überlegen –, für Bildung, Forschung, Wissenschaft und Entwicklung auszugeben, ein ganz wichtiges Signal. Während andere Länder überlegen, diese Kosten auch zulasten von Arbeitnehmern zu senken, gehen wir den umgekehrten Weg: Wir wollen diesen Wettbewerb des Wissens, den Wettbewerb der Köpfe gewinnen, indem wir ein Angebot machen, das den Schwächeren individuell hilft, aber gleichzeitig die Chance bietet, den Starken zu fördern. Ich sage noch einmal: Beim Erhalt der demografischen Rendite ist die Euphorie des Finanzministers zunächst nachgeordnet. Ich glaube jedoch, dass es eine wichtige und richtige Entscheidung ist. Mit unseren Pädagogen, die in Bayern, wie ich finde, großartige Arbeit leisten, besteht die Chance, im Wettbewerb um Menschlichkeit, aber auch um Wissen ganz vorne dran zu sein. Das ist ein wichtiger Aspekt.

(Beifall bei der CSU)

Das zeigt sich übrigens auch in verschiedenen Relationen. Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen. Woanders wird lange überlegt, was man für die Ganztagesbetreuung machen kann. Einige überlegen sich tatsächlich, Angebote zu machen. In Berlin gibt es für jede Familie und jedes Kind einen Maxi-Cosi umsonst. Das wird durch uns finanziert.

(Lachen bei der CSU)

Das kann man ganz einfach nachvollziehen. Dazu komme ich später noch. Wir sind wieder einen Schritt weiter gegangen. Die Staatsregierung und die Mehrheit des Parlaments haben letzte Woche im Rahmen unserer Klausurtagung, wenn ich das ansprechen darf, die Ganztagsbetreuung thematisiert. Wir wissen, dass die Betreuung heute nicht allein über die Institution Schule im klassischen Sinne gewährleistet ist. Die Lebenssituation der Eltern schreiben wir nicht vor. Wir wollen die bürgerliche Autonomie wahren. Wir schreiben den Leuten nicht vor, was sie essen sollen. Wir schreiben ihnen auch nicht vor, wie sie zu leben haben. Wir helfen ihnen, in diesem Prozess ihr Leben so zu führen, wie sie es wollen.

(Beifall bei der CSU)

Die Beschlüsse zur Ganztagsgarantie sind ein klares Versprechen, das den Bürgerinnen und Bürgern vor der Landtagswahl gegeben wurde. Dieses Versprechen wird erfüllt. In den nächsten Doppelhaushalt

werden dafür rund 410 Millionen Euro eingestellt. Wir entwickeln die Konzepte fortlaufend weiter und sagen: Ein gutes Angebot für die Familien in Bayern wird nicht am Geld scheitern. Wir wollen, dass sich jeder, der zu uns kommt und arbeiten möchte, mit seiner Familie hier wohlfühlen kann. Das ist ein ganz klares Signal.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Oliver Jörg, wir knacken zum ersten Mal die Fünf-Milliarden-Grenze bei den Hochschulen. Hier kommen 400 Millionen Euro hinzu. Das ist ein ganz starkes Signal, nicht nur für die Lebensqualität, sondern auch für die Zukunftsoptionen. Der Wissenschaftsminister hat sich mit den Kolleginnen und Kollegen eine Strategie überlegt: Einerseits sollen weiterhin internationale Leuchttürme von einer Qualität geschaffen werden, die nur mit der Qualität in den Ländern vergleichbar ist, wo so hohe Studiengebühren entrichtet werden müssen, dass sich nur die Reichsten der Reichen ein Studium leisten können. Wir gehen aber noch einen Schritt weiter: Der Wissenschaftsminister verfolgt andererseits auch den Ansatz der Dezentralisierung der Hochschulen. Dieser Ansatz ist in Deutschland einzigartig. Woanders sagt man: Zieht halt in die Stadt, in den Ballungsraum. Der Rest wird schon irgendwo etwas finden. Wir sagen genau das Gegenteil. In Bayern ist die Dezentralität eine Stärke. Die Dezentralisierung der Hochschullandschaft wird Bayern Wettbewerbsfolge bringen. Wir stärken damit den ländlichen Raum. Das ist eine Frischzellenkur für unser Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der dritte Schwerpunkt ist die Digitalisierung, eine der ganz großen Zukunftsaufgaben. Ich bin nach wie vor nicht ganz sicher, ob die Mehrzahl der politischen Debattierer verstanden hat, worum es hier geht. Das ist tatsächlich eine grundlegende Veränderung. Der Erfolg der Vereinigten Staaten, deren Rückkehr in den weltweiten Wettbewerb, hängt neben den Energiepreisen sehr stark mit dieser digitalen Entwicklung zusammen. Dort wird die Wertschöpfung der Zukunft gemacht. Das kann jeder bei seinen eigenen Geräten sehen. Das gilt umgekehrt auch für die Arbeitsplätze.

Wir haben hier zwei grundlegende und unglaublich starke Akzente gesetzt. Dieses Konzept betrifft auch die Wirtschaft. Unsere Wirtschaftsministerin hat es vorgestellt. Das Konzept enthält echte Leuchttürme, aber auch Fackeln, die auf ganz Bayern verteilt sind, um dort die wirtschaftliche und digitale Entwicklung voranzutreiben. Wir haben vor anderthalb Jahren einmal vorsichtig gefragt, ob es möglich wäre, eine Digitalisierungs-Milliarde einzustellen. Damals dachten

wir, dies wäre ein bisschen vollmundig. Im jetzigen Doppelhaushalt werden rund 1,8 Milliarden Euro für digitale Prozesse ausgegeben. Während andere Länder Leitungswasser trinken und versuchen, Bleistifte zu spitzen, gehen wir den Weg ins digitale Zeitalter und werden hier einen Wettbewerbsvorteil haben, den kein anderes Bundesland haben wird.

(Beifall bei der CSU)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt, über den wir hier schon vier Monate lang nicht mehr diskutiert haben, woran man sieht, dass es funktioniert: zum Breitbandausbau. Wir haben lange darüber diskutiert, ob wir in Bayern zu langsam oder zu spät dran sind. Ich respektiere, dass hier gedrängelt wurde. Wir haben auch gedrängelt; denn da muss etwas passieren. Sehen Sie sich einmal die nationale Situation an. Der für Verkehr und digitale Infrastruktur zuständige Bundesminister entwirft derzeit ein Konzept, um anderen Bundesländern zu helfen, damit deren ländliche Gebiete erschlossen werden können. Diese Bundesländer schaffen es selbst nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen schon, dass wir in Deutschland auf einem mittleren Platz sind!)

Woanders besteht überhaupt keine Chance, Gewerbe anzusiedeln, selbst wenn Flächen und Ideen vorhanden sind. Auch eine Hochschule nützt gar nichts, wenn es keine Leitung gibt. Da steht niemand auf der Leitung; da gibt es einfach keine Leitung. Bayern gibt hier 1,5 Milliarden Euro, das sind 1.500 Millionen Euro, aus. Die Ausgaben anderer Länder sind im Vergleich dazu Brotkrumen. 54 % der bayerischen Gemeinden, also über 1.100, sind jetzt im Förderverband. In der kurzen Zeit haben über 4.400 Beratungsgespräche stattgefunden, um mit den Kommunen über die beste Ausbauvariante zu sprechen. Allein das "Startgeld Netz" wurde von Hunderten Gemeinden in Anspruch genommen, die sich auf den Weg gemacht haben. Wir werden das Ziel noch nicht in diesem Jahr erreichen, aber bis zum Jahr 2018 oder möglicherweise deutlich schneller werden die bayerischen Gemeinden digital erschlossen sein und können teilhaben. Nicht nur München, nicht nur Nürnberg und nicht nur Augsburg, das ganze Land muss an der digitalen Entwicklung teilhaben können.

(Beifall bei der CSU)

Für die neuen Energieprogramme wurden 95 Millionen Euro und für die Staatsstraßen 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das ist auch wichtig; denn neben einer digitalen Leitung muss auch eine tatsächliche Erreichbarkeit bestehen. Für Investitio-

nen der Regionalförderung stehen 245 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu passt ein wichtiger Punkt: Über die regionale Förderung und die soziale Verantwortung wurde sehr viel geredet, zum Beispiel über die Barrierefreiheit. Der Freistaat Bayern wird in den nächsten beiden Jahren 200 Millionen Euro einsetzen, um einem wichtigen gesellschaftlichen Anliegen den angemessenen Anschlag zu verleihen. Meine Damen und Herren, suchen Sie ein Land, das für dieses Anliegen so viel Geld ausgibt. Liebe Präsidentin Barbara Stamm, das ist ein wichtiges Signal für die Menschen mit Behinderung in Bayern. Wir stellen 200 Millionen Euro für die Barrierefreiheit zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen sind ebenfalls ein wichtiges Thema. Wir diskutieren darüber im Zusammenhang mit dem FAG. Ich möchte nicht darüber reden, was bei den Kommunen insgesamt passiert. Ich habe das Thema Asyl angesprochen. Übrigens ist das Breitband-Programm nichts anderes als ein Zuschuss von 1,5 Milliarden Euro an die Kommunen. Ich spreche auch nicht von den Ganztagsprogrammen, die ebenfalls den Kommunen helfen. Ich spreche auch nicht über die Entlastung in Höhe von fast einer halben Milliarde, die durch die volle Übernahme der Grundsicherung entstanden ist, die der Ministerpräsident durchgesetzt hat. Dies alles sind wichtige Punkte, um die Gemeinden zu entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer dieser Punkte sind die 115 Millionen Euro, die im Vorfeld des Bundesleistungsgesetzes kommen. Dies sind wichtige Entlastungen für die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Kommunen von Schwierigkeiten entlasten, damit sie die Kraft haben, woanders zu investieren und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Hier sind wir mit unserem kommunalen Finanzausgleich auf einem guten Wege. Der Finanzausgleich hat im letzten Jahr bereits die Rekordmarke von 8 Milliarden Euro geknackt. In diesem Jahr wird der Finanzausgleich auf 8,3 Milliarden Euro anwachsen. Das ist erneut ein Rekordfinanzausgleich für die Kommunen. Immer wieder wird gefragt, ob Bayern seine Kommunen etwas wert seien. Die Mehrzahl der Leute in diesem Raum sind Kommunalpolitiker. Bayern fühlt sich immer etwas anders als manches andere Bundesland. Im Städtetag und im Gemeindetag sagen Vertreter aus anderen Bundesländern bezüglich der Bundesländer-Finzen: Den anderen Bundesländern wollen wir das Geld nicht geben; denn die anderen Finanzmi-

nister haben zu klebrige Hände. Das Geld, das für die Kommunen geplant ist, kommt in diesen Ländern nicht bei den Kommunen an. In Bayern können wir feststellen: Wir geben das Geld, das für die Kommunen gedacht ist, 1 : 1 weiter. Meistens legen wir sogar noch etwas drauf.

(Beifall bei der CSU)

Wir diskutieren derzeit auch über Strukturfragen, wo wir ein Signal für den ländlichen Raum setzen wollen. Ich möchte hier jedoch nicht vorgreifen, weil es zur Seriosität gehört, dieses Thema mit den kommunalen Spitzenverbänden im Detail zu besprechen. Ich sage nicht, dass alles toll ist, dass es keine Risiken gibt und dass alles rosarot wäre. Natürlich gibt es auch Herausforderungen. Ich habe bereits die internationalen externen Faktoren angesprochen. Es gibt aber auch Themen, die uns selbst betreffen. Die größte Herausforderung für uns bleibt die BayernLB. Bei der BayernLB hat sich die Situation deutlich verbessert. Wir werden nachher wieder hören, dass dort alles ganz schlimm sei. Dabei wird auf die Jahre 2007 und 2008 verwiesen werden. Das haben wir auch immer eingestanden. Wir haben immer gesagt, dass der Kauf der HGAA der schwerste wirtschaftspolitische Fehler der bayerischen Nachkriegsgeschichte gewesen ist. Unsere Aufgabe ist es jedoch jetzt, zu überlegen, wie wir es besser machen können. Wir sollten nicht nur sagen: Damals war etwas schlimm. Politik, die sich nur darin erschöpft, einen Rucksack voller Erinnerungen mit sich zu tragen, kann nicht gerade laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Man muss sagen, die BayernLB hat im Kerngeschäft ordentlich gewirtschaftet. Im ersten Halbjahr hat sie ein Ergebnis vor Steuern von 527 Millionen Euro erreicht. Sie verfügt über eine hohe Eigenkapitalquote von über 14 %. Man geht davon aus, dass die derzeitige Überprüfung durch die Europäische Zentralbank für alle systemrelevanten Banken ein gutes Ergebnis bringen wird. Trotzdem bleiben Altlasten. Herr Kollege Weidenbusch, Sie sind unser Landesbankbeauftragter und ich möchte Ihnen und vielen anderen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, ein Dankeschön für das sagen, was hier geleistet wird.

Wir haben jedenfalls ein Problem gelöst, das uns die letzten zwei bis drei Jahre das Leben schwer gemacht hat, nämlich die ungarische Tochter MKB. Durch verschiedene Maßnahmen, die getroffen wurden und für die die MKB nichts kann, war für diese Bank die Situation sehr schwer. Dieser Tage konnte man lesen, dass die ungarische Regierung Beschlüsse gefasst hat, die eine weitere Belastung von über drei Milliar-

den Euro für ausländische Banken bringen werden. Offiziell ist dies zur Stabilisierung des Finanzplatzes geschehen. Anfang des Jahres war nicht abzusehen, wie mit dem Risiko MKB umgegangen wird. Die Ratingagenturen und die Bankenaufsicht haben uns befragt. - Liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern wurde der Vertrag endgültig unterzeichnet. Möglicherweise erzielen wir zusätzlich 55 Millionen Euro als Kaufpreis, statt etwas überweisen zu müssen. Dadurch wurde erkennbar eine Altlast beseitigt. Das wäre ohne den Einsatz des Ministerpräsidenten unmöglich gewesen. Dafür sage ich ausdrücklich ein Dankeschön. Darin zeigt sich auch, dass jemand Verantwortung für etwas übernimmt, wofür er überhaupt nichts kann. Das Problem MKB ist gelöst worden. Das ist ein gutes Signal in dieser Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite: Das Problem der ABS-Papiere ist zwar noch nicht gelöst, aber eine Belastung von ehemals 20 Milliarden Euro ist heute auf eine Größenordnung von 6,5 Milliarden zurückgegangen. Daran sieht man, wie die Prozesse verlaufen. Sicherlich haben wir mit der HGAA noch große Schwierigkeiten, da beißt die Maus keinen Faden ab. Mit der HGAA hatten wir – das kann man ausdrücklich so sagen – eine starke Rechtsposition vor den Gerichten gehabt. Wir hätten uns nie vorstellen können, dass ein Land ein Gesetz erlässt, mit dem es sich quasi selbst entschuldet. Dieses Gesetz ist übrigens unter heftiger Kritik der Europäischen Union, des Österreichischen Bankenverbandes und des IWF erlassen worden. Der Bundespräsident von Österreich hat bei der Unterzeichnung des Gesetzes gesagt, er könne das Gesetz nicht als verfassungsgemäß bezeichnen, aber er unterschreibe es, weil er dem Verfassungsgericht die Möglichkeit geben wolle, die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes genau zu überprüfen. Wir werden dem Verfassungsgericht diese Möglichkeit eröffnen. Das wird noch ein schwieriger Prozess. Es ist noch nicht absehbar, wie sich das entwickeln wird. Wir versuchen alles, um von Bayern Schaden abzuwenden. An der Stelle kann man wirklich sagen: Der Freistaat hat nichts versäumt und nichts falsch gemacht. Die Schuld liegt hier erkennbar bei anderen. Trotzdem nehmen wir auch diese Herausforderung an. Wir werden alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Landesbank und den Haushalt des Freistaates Bayern stabil zu halten. Es ist ein schwieriger Prozess, aber wir werden uns da einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Ein allerletzter Punkt, wenn wir von Risiken reden: Wir müssen auch mit Ratingagenturen reden. Auch das

ist anders als vor 20 Jahren. Als Ratingagenturen das erste Mal einen Länderfinanzminister gefragt haben, wie es geht, habe ich mir gedacht, das sei eher ein Witz. Bei diesen Gesprächen ist der Minister persönlich anwesend. Natürlich ist bei diesen Gesprächen die Bank immer eine Frage. Bei einem zweiten Risiko besteht bei den Beratern aber völliges Unverständnis. Insbesondere von Beratern, die nicht aus Deutschland kommen, wird immer die Frage gestellt: Wieso überweisen Sie fast 10 % Ihres Haushalts einfach so, ohne sich dagegen zu wehren, obwohl es Ihr Steuergeld ist? Sie ahnen, was damit gemeint ist. Es ist der Länderfinanzausgleich. Die veranschlagten 4,7 bzw. 4,9 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2015/2016 sind die größten Einzelposten im bayerischen Staatshaushalt. Der größte Posten im bayerischen Staatshaushalt ist der Länderfinanzausgleich. Mittlerweile zahlen wir fast 60 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Das zahlt nur Bayern. Deswegen sage ich Ihnen: Es ist unfair, dass der bayerische Steuerzahler Steuern zahlt und dafür kein Äquivalent bekommt. Der bayerische Steuerzahler bekommt weniger von seinen Steuern zurück, weil er anderswo schlechte Politik mitfinanzieren muss. Das geht einfach nicht weiter so. Daran muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen verfolgen wir eine zweigeteilte Strategie. Das eine ist die Klage. Das andere sind die neuen Bund-Länder-Verhandlungen, die übrigens sehr schwierig sind, weil die Interessen völlig unterschiedlich sind. Dabei streiten sich viele andere. Mittlerweile rückt selbst das grün-rot regierte Baden-Württemberg trotz Versuchen, es parteilich anders zu sehen, immer weiter zu uns, weil die Schwaben und die Badenser mit dem Länderfinanzausgleich genauso überfordert sind wie die Franken und die Bayern. Deswegen ändert sich etwas am Länderfinanzausgleich. Naiv wäre es aber, auf folgende Forderung einzugehen: Zieht erst einmal die Klage zurück, dann wird verhandelt; wir trinken einen Kaffee und essen ein paar Plätzla. Das wäre naiv. Wenn es ums Geld geht, meine Damen und Herren, hört die Freundschaft auf. Deswegen brauchen wir die beiden Strategien, die Klage und die Verhandlungen. Es werden schwierigste Verhandlungen werden. Das merkt man schon jetzt. Diese Fragen können nur ganz oben entschieden werden. Das schaffen keine Staatssekretäre und auch keine Minister. Diese Frage muss an der Spitze entschieden werden. Unsere Position ist, dass Bayern ein Stück Entlastung braucht und im Länderfinanzausgleich Strukturreformen erfolgen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, dass der Haushalt langweilig und trocken wirkt. Ich weiß, dass Peter Winter und seinen Kollegen spannende Wochen bevorstehen. 5.500 Seiten und 15.000 Einzelposten erfordern wirklich harte Arbeit. Ich wünsche dabei viel Freude und auch gute Beschlüsse.

Wir legen heute einen Entwurf auch für die bayerischen Bürger vor, damit sie die Möglichkeit haben, Einblick in unsere Philosophie zu bekommen. Wir legen einen Haushaltsentwurf vor, der gewissermaßen das Rückgrat ist, um auch in Zukunft in einer unsicheren Welt aufrecht gehen zu können, Sicherheit zu haben, nicht zu stolpern und auch noch das Signal zu setzen, dass wir versuchen, jede anstehende Herausforderung anzunehmen. Dieser Haushalt ist auch in schwierigsten Zeiten der bislang stabilste Haushalt, den wir vorlegen. Ich bitte deshalb um wohlwollende Beratung und Zustimmung am Ende des Prozesses. Ich glaube, dieser Haushalt ist tatsächlich super-super. Herzlichen Dank, ich freue mich auf die Beratung.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass der Vertreter der Staatsregierung die Redezeit von 30 Minuten um 6 Minuten und 40 Sekunden überzogen hat. Aus diesem Grund stehen jeder Fraktion nun 36 Minuten und 40 Sekunden Redezeit zu. Als erster Redner hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. - Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war sie also für heute; wir haben sie schon mehrmals erlebt; wer bei den Empfängen des Herrn Finanzministers dabei ist, erlebt sie permanent in Bayern: die Super-Super-Haushalts-show. Finanzminister Söder tritt als Weltpolitiker auf.

(Beifall bei der CSU)

Es geht von der Ukraine über Ebola, NRW bis zur EZB.

(Zuruf von der CSU: Champions League!)

Das kann man an diesem Rednerpult alles machen. Man kann auch sagen: Es ist der beste Haushalt, den wir je hatten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Bei allem großmächtigen Gehabe, das zumindest akustisch einer CSU-Fraktion zu Gebote steht, müssen Sie darauf achten, dass nicht die größten Sprü-

che zum Haushalt herauskommen, die wir je gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen nicht zu, dass von dem abgelenkt wird, was hier in Bayern stattzufinden hat, nämlich bayerische Haushaltspolitik und bayerische Landespolitik. Den Bürgern kommt es nicht darauf an, große Reden über die Welt und die EZB zu hören. Es kommt ihnen darauf an, dass die Probleme in Bayern angepackt werden. Sie haben Ihre Hausaufgaben in Bayern zu machen, aber da bleiben Sie auch bei diesem Doppelhaushalt leider vieles schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf auf ein paar Punkte eingehen. Ich glaube, dass wir, die Opposition und besonders auch die SPD-Fraktion, bei den vergangenen Haushaltsberatungen Punkte gesetzt haben, um die Sie bei der Gestaltung dieses Haushalts nicht herumgekommen sind. Schauen wir doch einmal, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, ruhig und genau auf das, was jenseits der Hochglanzrhetorik übrig bleibt.

Der Finanzminister hat die Schuldentilgung hervorgehoben. Aber wir fragen uns: Wenn die Finanzierung komplett aus den Rücklagen erfolgt und die Konjunkturentwicklung mit einigen Fragezeichen zu versehen ist - bei Herrn Söder ist das angeklungen -, ob und wenn ja, wie sie wieder aufgefüllt werden.

Wir fragen uns vor allem: Wie kommt die Schuldentilgung zustande? Sie kommt nur dadurch zustande - das ist der entscheidende Punkt -, dass Sie andere Lasten in die Zukunft schieben. Sie plündern die Pensionsvorsorge im Milliardenumfang; das wissen Sie selbst. Sie verursachen einen Stau bei der Unterhaltung staatlicher Gebäude und Liegenschaften. Sie unterlassen Investitionen. Wenn der Oberste Rechnungshof schon zitiert wird, dann bitte vollständig - Herr Minister, hören Sie genau hin! -: Der Stau bei der Unterhaltung staatlicher Gebäude und Liegenschaften hat eine Größenordnung von 2 Milliarden Euro erreicht. Mindestens in gleicher Höhe unterlässt die Staatsregierung Infrastrukturinvestitionen. Darauf basiert die Schuldentilgung.

Jeder Haushaltspolitiker muss sehen: Ihre Haushaltspolitik führt zu versteckter Verschuldung, und dann brüsten Sie sich mit dem Abbau von Verschuldung durch Tilgung. Den Begriff "versteckte Verschuldung" haben Sie noch zurückgewiesen, Herr Söder. Den Begriff kannten Sie nicht, damit konnten Sie nichts anfangen. Dabei hat ihn der Herr Ministerpräsident in einem Interview selbst verwendet. Dass Sie versteck-

te Verschuldung in dieser Größenordnung produzieren, ist etwas, was wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie verschieben Lasten in die Zukunft. Das muss man kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden einwenden: Was will er denn mit dem Hinweis auf "versteckte Verschuldung" und "unterlassene Investitionen" sagen? Was meint er konkret?

Ich lese Ihnen nur zu einem Einzelplan des Staatshaushalts – konkret: dem Einzelplan 03 Teil A, der in der Verantwortung des Innenministers steht – aus einem Schreiben des zuständigen Ressortministers vor. Darin geht es auch um Gebäude der bayerischen Polizei und der Verwaltung. Die Projekte werden erläutert. Das Schreiben liegt mir vor; Herr Söder, Sie haben dankenswerterweise einen Abdruck bekommen. Zunächst ist zu lesen, dass man mit diesem Doppelhaushalt bestimmte Vorhaben finanzieren könne. Aber dann folgen drei kritische Punkte:

Erstens. Baumaßnahmen mit einem Gesamtumfang von rund 100 Millionen Euro, für die die Haushaltsunterlage Bau in Arbeit bzw. bereits fertiggestellt ist, können wegen fehlender Haushaltsmittel nur mit zeitlicher Verzögerung begonnen werden. Das Vorlesen der Liste erspare ich Ihnen, auch im Hinblick auf meine begrenzte Redezeit; Sie können das alles nachlesen. Aber das ist nur ein kritischer Punkt.

Zweitens. Für zahlreiche Baumaßnahmen – diese werden genannt; es handelt sich um wichtige Projekte für die innere Sicherheit –, deren Gesamtkosten bei 90 Millionen Euro liegen, ist derzeit kein Planungsauftrag möglich, weil die anschließende Finanzierung der Baudurchführung nicht gesichert ist. Das ist der zweite kritische Punkt, den der Innenminister anspricht.

Drittens geht es um das, was eigentlich notwendig ist – der Herr Innenminister hat es klar gesagt –: Die Auflistung enthält nur Baumaßnahmen, die bereits in den Haushaltsplan aufgenommen wurden. Aber auch diese sind nicht finanzierbar, hören wir.

Darüber hinaus besteht ein erheblicher Investitionsstau bei den Baumaßnahmen der Polizei. Der bereits bekannte Baubedarf beläuft sich auf 500 Millionen Euro.

Allein die kritischen Anmerkungen zu diesem einen Einzelplan zeigen auf, wie Sie im Zusammenhang mit dem Haushalt agieren: Sie verschieben Investitionen, die dringend notwendig sind, in die Zukunft und brüsten sich dann mit einer vermeintlich soliden Haushaltspolitik. Notwendige Investitionen zu unterlassen, ist allerdings keine solide Haushaltspolitik.

Wir müssen es an dieser Stelle deutlich ansprechen: Wenn wir die kritischen Anmerkungen auch zu den anderen Ressorts bekämen und die zuständigen Minister genauso wie der Herr Innenminister ihren jeweiligen realen Investitionsbedarf für zwingend erforderliche Projekte präsentierten, dann würden wir eine noch spannendere Haushaltsdiskussion führen. Wir werden darauf drängen, dass wir die Zahlen bekommen. Dann schaut die Bilanz ganz anders aus, als sie der Finanzminister heute darstellen will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zum Thema Landesbank will ich nicht viel sagen. Wenn jedoch der Herr Finanzminister das Triple-A-Rating für Bayern so hervorhebt, dann wird mir ganz schwummerig zumute, denn wir hatten schon einmal ein Triple A – bei der Landesbank! Wozu das geführt hat, haben wir gesehen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Bis heute sind 11,8 Milliarden Euro Steuerzahlergelder in diese Bank geflossen, weil der Steuerungsverlust bei der CSU und ihr Großmachtgehabe so groß waren. 11,8 Milliarden Euro Steuergelder haben wir in dieser Bank versenkt. Mittlerweile weiß jedes Schulkind, das man fragt, was das beste Beispiel für unsinniges Geldausgeben ist: die Bayerische Landesbank! Verantwortlich dafür war die CSU. So schaut es aus.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Größenordnung der Rückzahlung, die der Herr Finanzminister in diesem Etat festschreibt, steht zudem infrage; das ist völliges Wunschdenken. Wir haben dazu in kleinerem Rahmen im Haushaltsausschuss einen wunderbaren Dialog zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister erlebt. Man muss es ehrlich sagen: Die Bayerische Landesbank bleibt eine der maßgeblichen offenen Flanken dieses Staatshaushalts. Das ist Ihre Verantwortung, die Verantwortung der CSU.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zu dem Thema Länderfinanzausgleich nur ganz kurz: Wir hatten bereits Änderungen im Länderfinanzausgleich zugunsten Bayerns gefordert, als die CSU ihre damals verhandelte Lösung noch als "gutes Verhandlungsergebnis" uns gegenüber verteidigte. Das ist die Ausgangslage.

Wir sagen seit vielen Jahren deutlich: Die Belastung Bayerns muss zurückgeführt werden. Wir müssen den Bund dazu bringen, mehr in die Strukturförderung und die Hauptstadtaufgaben zu investieren. Wir wollen bessere Anreizstrukturen. Wir wollen eine Verringerung des Ausgleichsvolumens. Dafür haben Sie auch unsere Unterstützung.

Es ist aber nicht mehr die Zeit der flotten Sprüche, der Bierzelparolen, die eine ganz einfache Lösung verheißen. Jetzt geht es darum, Bündnispartner für die Verfolgung bayerischer Interessen zu finden. Hosenträgerschnalzen und das Ringen um die Lufthoheit über den Stammtischen genügen nicht mehr; jetzt müssen Sie liefern. Das, was nach der Vereinbarung des letzten Länderfinanzausgleichs stattgefunden hat, wollen wir in diesem Hause nicht mehr erleben. Schon damals verhandelte die CSU-geführte Staatsregierung, der Herr Ministerpräsident stimmte im Bundestag zu. Ihre Fraktion bejubelte das Ergebnis, das der damalige Ministerpräsident Stoiber hier vortrug. So etwas wollen wir kein zweites Mal erleben. Deswegen betone ich: Nach den Sprüchen müssen Sie jetzt liefern.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf in die Debatte noch ein Thema einbeziehen, das Sie nicht angesprochen haben: Wir sind der festen Überzeugung, dass wir auch das Thema "kalte Progression" angehen müssen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit; denn dabei geht es um den Einkommensteuertarif für die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Übrigens haben wir die finanziellen Spielräume dafür ein Stück weit erarbeitet, beispielsweise durch den Mindestlohn, der ab 2015 gilt.

(Beifall bei der SPD)

Er bringt nicht nur zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherungskassen, sondern auch 2,6 Milliarden Euro Steuererhöhungen.

Was hören wir zu diesem Thema vonseiten der CSU? Söder wollte das Problem zunächst sofort angehen. Das hätte man machen können. Dann kam die Mitteilung seines Parteivorsitzenden, des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer, das sei derzeit nicht finanzierbar. Es folgte der nächste Vorschlag von Finanzminister Söder: Wir regeln das ab 2020, im Zuge der Reform des Solidaritätszuschlags. - Als Finanzierungsvolumen ließ er 9 Milliarden Euro verlautbaren. Dann hörten wir wieder den Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden Seehofer: Wir gehen das Problem nicht erst 2020, sondern schon 2017 an. - Söder wollte 9 Milliarden Euro, Seehofer hat 3 bis 5 Milliarden Euro genannt. Wir haben im Augenblick eine Staatsregierung, deren maßgebliche Mitglieder,

der Ministerpräsident und der Finanzminister, in der Steuer- und Finanzpolitik definitiv nicht mit einer Stimme sprechen. Einmal heißt es hü, dann wieder hott. Es gibt vier Meinungen: die des Finanzministers von letzter Woche, die des Ministerpräsidenten von vorgestern, die des Finanzministers von gestern und die des Ministerpräsidenten von heute. Was morgen passiert, will ich gar nicht wissen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber wir müssen das Problem der "kalten Progression" angehen.

Auch bei dem nächsten Thema, das ich ansprechen muss, dürfte der Jubel des Obersten Rechnungshofs sehr bescheiden ausfallen. Es geht um das Dauerärgernis, das wir seit Jahr und Tag kritisieren: die schlechte Personalausstattung der Steuerverwaltung. Den entscheidenden Durchbruch schaffen Sie einfach nicht. Dabei ist das ein zentraler Punkt für die Steuergerechtigkeit, insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

1.800 Stellen sind zum 01.01.2014 nicht besetzt. Das ist nicht der Personalbedarf an den Finanzämtern, sondern diese Stellenanzahl steht in dem Haushaltsplan, den Sie beschlossen haben. Aber er wird an den Finanzämtern nicht umgesetzt. In den letzten Jahren hat es eine leichte Steigerung gegeben, nämlich um 94 Stellen in drei Jahren. Bei gleicher Steigerung würde es aber noch 58 Jahre dauern, bis wir die Sollstärke bekommen, die im Haushaltsplan steht. Sie verhindern im Augenblick mit den Anstrengungen, die Sie unternehmen, nur, dass es nicht noch schlechter wird. Wir aber wollen, dass die Steuergerechtigkeit in Bayern endlich besser wird und dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr die Dummen sind. Das ist unsere Forderung, und dieser Haushalt trägt ihr nicht Rechnung.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Thema, wie Tarifabschlüsse im Beamtenbereich vollzogen werden, will ich mich nicht äußern, Herr Finanzminister. Sie haben die Tarifabschlüsse in der Beamtenbesoldung in eigener Verantwortung nicht nachvollzogen. Was Sie anderen vorwerfen, haben Sie selber praktiziert. So viel Selbstkritik sollte – man kann es sich kaum vorstellen – auch bei Ihnen möglich sein.

Aber ich möchte andere Themen im Bereich des Personals ansprechen. Da verkünden Sie nämlich Dinge, streichen aber andere zur gleichen Zeit wieder. Ich möchte einige Beispiele nennen, weil der vom Herrn

Ministerpräsidenten angekündigte Stellenstopp im Raum steht. Einiges darf man den Bürgern draußen nicht zu oft sagen, weil sie sonst erklären: Da passt im Freistaat Bayern einiges nicht.

Bei der Unterbringungsverwaltung werden im Jahr 2014 infolge der Stellenstreichung zwölf Stellen gekürzt. Ich habe die Liste, die auch dem Haushaltsausschuss vorlag. Danach werden zwölf Stellen gekürzt. Auf der anderen Seite wissen wir, dass wir gerade bei der Unterbringungsverwaltung riesige Herausforderungen haben.

Es geht weiter. Bei den staatlichen Bauämtern werden 79 Stellen gekürzt, obwohl wir in diesem Bereich eine riesige Herausforderung haben. Bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung – das ist ein Megathema im Freistaat Bayern – werden 17,4 Stellen gekürzt. Das mag nach wenig klingen, bedeutet aber eine Reduzierung an allen Ämtern.

Bei den Wasserwirtschaftsämtern verkünden Sie neue Stellen für den Hochwasserschutz. Wir haben aber eine Streichung von 73 Stellen. Da wird etwas ausgerufen, es werden mehr Stellen angekündigt, und zur gleichen Zeit streichen Sie an anderer Stelle. Sie betreiben keine solide Personalpolitik, und Sie müssen endlich die Widersprüche auflösen. Wir werden Anträge stellen, und die CSU wird zu diesen Punkten Farbe bekennen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in der ersten Debatte zum Haushalt ein paar wichtige Dinge ansprechen. Viele Anstöße der SPD und der anderen Oppositionsfraktionen sind aufgegriffen worden, und es gehört zum parlamentarischen Umgang miteinander, dass man das auch anerkennt. Allerdings gibt es nach wie vor viele Versprechen, die mit der Haushaltsrealität nicht zusammenpassen. So haben wir bei den verschiedenen Themen Licht und Schatten.

Ich möchte einen Punkt besonders herausgreifen, nämlich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern, ein Megathema. Wir stellen fest, dass es – Gott sei Dank! – eine Nordbayern-Initiative gibt. Allerdings nimmt sie, wie man sieht, wenn man genau hinschaut, nur viele laufende Projekte auf. Wo neue Projekte benannt werden, sind Wissenschaft und Forschung im Fokus. Das ist wichtig, trifft aber vor allen Dingen die Entwicklung in großen Zentren, insbesondere an Universitäten. Wir rüsten mit diesem Programm nicht die strukturschwachen Räume auf, aber genau da haben wir den dringendsten Bedarf. Ich darf Ihnen einmal kurz vortragen, was Bevölkerungsforscher Dr. Norbert Schneider im "Staatsanzeiger" – das ist also keine SPD-Meinung – am 20. Juni

ausgeführt hat: "Bayern darf nicht so weitermachen wie bisher, weil Bayern mehr als alle anderen Bundesländer von den regionalen Disparitäten besonders betroffen ist. Der Durchschnitt in Bayern mag stimmen, aber viele Gegebenheiten in den Regionen nicht." - Dem kann man nur uneingeschränkt zustimmen. Mit Ihrer Politik ändern Sie diese Verhältnisse aber leider nicht. Sie tun zu wenig für die strukturschwachen Räume im Freistaat Bayern, insbesondere im nordbayerischen Raum, aber auch an anderer Stelle. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf noch aus einem Papier vom September zitieren, das bei einem Gespräch mit dem Finanzministerium vorlag. Der Vorsitzende des Oberfränkischen Gemeindetags führte in diesem Papier ausdrücklich aus: "Viele unserer Kommunen sind nicht mehr in der Lage, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten." Dann kommt ein pointiertes Zitat: "Die Ortsstraßen sehen aus wie die Infrastruktur 1989 in der DDR." Das haben wir uns 25 Jahre nach dem Mauerfall nicht so vorgestellt, und das muss sich ändern. Die Bilanz Ihrer Regional- und Strukturpolitik in Bayern ist erschütternd, und da sind Sie gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Wie man in dieser Situation die Mittel für die Regional- und Wirtschaftsförderung im Doppelhaushalt um 70 Millionen Euro kürzen kann, ist mir ein völliges Rätsel. Dort, wo wir mehr tun müssen und wo wir dringenden Handlungsbedarf haben, kürzen Sie die Regional- und Wirtschaftsförderung. Das können wir nicht akzeptieren, da muss der Landtag klar Farbe bekennen. Da macht die Staatsregierung einen Fehler, das hätte nie in den Entwurf geschrieben werden dürfen. Deswegen kämpfen wir dagegen auch an. Wir wollen die Regional- und Wirtschaftsförderung ausbauen und nicht kürzen. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben viel über Subsidiarität, Dezentralität und Eigenverantwortung in den Bundesländern gesprochen. Sie wollen mehr Föderalismus für Bayern. Das ist in Ordnung, und das ist auch unsere Position. Aber gerade dort, wo die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion selbst gestalten können, nämlich in der bayerischen Landespolitik, wollen Sie keinen Föderalismus, keine Dezentralität und keine Subsidiarität.

Wir wollen – das fordern wir ganz klar – den Regionen Regionalbudgets geben, damit die wunden Punkte dort angepackt werden können, wo der Schuh am deutlichsten drückt, und damit Geldmittel nicht allein dort ausgegeben werden, wo das die Staatsregierung

in München für sinnvoll hält. Wir wollen mehr Kompetenz und mehr Verantwortung für die bayerischen Regionen. Das wäre ein Beitrag zum deutschen Föderalismus, den Sie leisten können, ohne die in Berlin zu fragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Barrierefreiheit, auch einem Megathema, und stelle fest, dass das, was im Haushalt für die Barrierefreiheit vorgesehen ist – in die Details werden wir in den Ausschüssen und in der Schlussberatung gehen –, den Ansprüchen, die der Herr Ministerpräsident in diesem Zusammenhang stellt, nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Nach meiner Lektüre des Haushaltes sind die 30 Millionen Euro mehr allein der Etat für die Busförderung, die der Freistaat ohnehin erbringt, die aber in die Ausgaben für die Barrierefreiheit eingerechnet wurden. 10 Millionen Euro pro Jahr sind für die Barrierefreiheit an Bahnhöfen vorgesehen. Das bedeutet bei zwölf-einhalb Millionen Einwohnern und bei der Zahl der Bahnhöfe in einem Flächenland wie Bayern, dass vielleicht ein, zwei oder drei Projekte umgesetzt werden. Aber die Forderung "Barrierefreiheit 2023" wird damit definitiv nicht erfüllt. Das ist angesichts der Versprechungen des Ministerpräsidenten ein Armutszeugnis für die Staatsregierung, muss ich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Informationen stimmen, die ich habe, ist es noch schlimmer. Danach hängt die Fortführung der Land-Bahn-Konzepte für die Barrierefreiheit - zumindest gibt es noch keine andere Erklärung – nach 2018 im Augenblick daran, dass der Freistaat Bayern der Bahn dafür keine Finanzierungszusage gibt. Die Bahn würde in den bayerischen Bahnhöfen gern mehr Barrierefreiheit planen, wenn aus der Staatskanzlei oder dem Finanzministerium grünes Licht käme. Im Augenblick scheint das aber noch nicht der Fall zu sein. Wir fordern Sie auf, dieses grüne Licht noch während der Haushaltsberatung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu den Themen Schule, Bildung und Betreuung. Da kann man in den Vordergrund stellen, dass es jetzt Mehrausgaben von 560 Millionen Euro gibt. Aber man muss dazusagen, dass das, was davon in den Schulen, bei den Lehrern, bei den Schülerinnen und Schülern ankommt, nur 57 Millionen Euro, also gerade einmal 10 %, sind. Für mich ist entscheidend, was hinten herauskommt, und die Schulkinder würden sich zu Recht beschweren, wenn ihnen

ein Brezenrest von 10 % als ganze Breze verkauft würde. So etwas versuchen Sie mit der von Ihnen genannten Summe. Dahinter stecken aber nur 10 % für den wirklich notwendigen Bedarf an den Schulen. Das ist uns zu wenig.

Wir anerkennen ausdrücklich, dass die sogenannte demografische Rendite – zumindest ist das die Diktation bis zum Ende der Regierung von Ministerpräsident Seehofer – im System verbleiben soll. Das war auch unser Vorschlag. Wir stellen aber fest, dass wir im Augenblick eine massive prekäre Situation an den Schulen haben. Der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband hat zu der Auftaktsitzung des Bayerischen Landtags die wunden Punkte an den Schulen ganz klar markiert: Die Unterrichtsversorgung ist nur eingeschränkt gewährleistet. Das ist für ein Bildungsland wie den Freistaat Bayern kein wunderbares Zeugnis. Wir werden schon genau hinschauen, was mit der Gymnasialreform verbunden ist und was Sie tatsächlich an Mitteln und Stellen in den Haushalt einstellen. Wir werden das genau verfolgen.

Genauso konsequent werden wir auch verfolgen, dass das Versprechen des Ministerpräsidenten uneingeschränkt eingehalten wird. Deshalb werden wir auch dieses Jahr Forderungen erheben, was die im letzten Jahr gestrichenen Lehrerstellen betrifft. 773 Stellen sind von Ihnen gestrichen worden, obwohl sie nach den Grundsätzen der demografischen Rendite gehalten werden müssen. Wir wollen, dass Sie Farbe bekennen und die Versprechen einhalten, die Sie dem bayerischen Volk gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Ganztagschulen höre ich viele Absichtserklärungen. Der Ganztagsgipfel steht nach wie vor aus. Ich kann nur ganz kurz das geschäftsführende Präsidialmitglied des Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse, zitieren:

Weil die bestehenden Ganztagschulen stark unterfinanziert sind, müssen die Gemeinden zusätzlich in die Tasche greifen. So wird Bildungsqualität abhängig von der jeweiligen Finanzkraft der Gemeinde.

Das ist die augenblickliche Situation in Bayern. Beenden Sie diesen Missstand schnellstmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Zusammenhang mit den Kindergärten stand ein Versprechen aus dem Bayernplan im Raum, nämlich: Wir wollen die Politik der Gebührenentlastung bei den Kindergärten fortsetzen. Leider hat sich das Versprechen im Bayernplan bis zur Einbringung des

Haushalts verflüchtigt, denn es findet sich nicht mehr im Haushaltsplan. Dieses Wahlversprechen haben Sie leider kurzerhand geopfert. Verlässlichkeit als Kennzeichen der Politik schaut anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Hochschulen spart Bayern durch die BAföG-Entlastung ab 2015 jährlich 170 Millionen Euro. Wir wollen genau wissen, wofür das eingesparte Geld in Bayern konkret ausgegeben wird! Wir akzeptieren nicht, dass die bisherigen Defizite in der Hochschulinfrastruktur, aber auch bei den Stellen durch diese Einsparungen nur ausgeglichen werden. Die zusätzlichen Mittel sind nicht dafür da, um die Defizite bei der Bayerischen Staatsregierung auszugleichen. Wir wollen, dass die Mittel zusätzlich an den Hochschulen ankommen. Wir können uns auch vorstellen, den Bereich der Bildung einschließlich der frühkindlichen Bildung mit einzubeziehen. Wir werden das Thema auf den Prüfstand stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten stellen wir fest, dass Sie nach wie vor eine Retro-Politik betreiben: Die Lehrbeauftragten werden nach wie vor so bezahlt wie in den Siebzigerjahren. Es gab kaum eine Steigerung. Ganze Hochschulgebäude – ich würde sogar sagen: viele – sehen nach wie vor aus wie in den Siebzigerjahren. Ich glaube, diese Retro-Politik sollten Sie beenden. Sowohl die Lehrbeauftragten an den Hochschulen wie auch die Hochschulgebäude haben es verdient, im Interesse der Studierenden endlich im 21. Jahrhundert anzukommen. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei der SPD)

Ein kurzes Wort zum Kulturstaat Bayern und zum Denkmalschutz. Ich denke, wir sollten das Thema Musikschulen grundsätzlich einmal nach vorne bringen. Da fehlt noch einiges. Auch in Bezug auf die nicht-staatlichen Theater sehen wir massiven Handlungsbedarf.

Ich darf auch zum Denkmalschutz etwas sagen: Der frühere Präsident des Bayerischen Landtags, Johann Böhm, ist Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege. Er hat einen Vorschlag unterbreitet, den auch Sie kennen, nämlich die Initiative Kulturerbe Bayern. Was ist der wesentliche Inhalt dieses Vorschlags, den ich durchaus unterstütze? – Die zentrale Aussage ist: Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege unterstützt die Denkmaleigentümer fachlich, hat aber für effektive Hilfe nicht ausreichend Finanzmittel. Das ist das Versäumnis von Staatsregierung und CSU-Mehrheit; sonst wäre eine solche Initiative gar nicht notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Das muss man Ihnen einmal in das Stammbuch schreiben, wenn es um den Kulturstaat Bayern geht.

Werfen wir einen kurzen Blick auf den Klimaschutz und die Energiewende: Die Erklärungsbedürftigkeit der Staatsregierung ist so deutlich geworden, dass Frau Ministerin Aigner eine Regierungserklärung angekündigt hat. Die Erklärungsbedürftigkeit ist groß, weil Sie ein Klimaprogramm 2020 ausgeworfen hatten. Das ist aber bereits 2012 ausgelaufen. Seit drei Jahren gibt es keine Impulse mehr auf diesem Feld. Jetzt werfen Sie ein neues Klimaprogramm 2050 aus; also die Zielmarke möglichst weit entfernt. In diesem Zusammenhang darf ich fragen: Wenn das alte schon so früh ausgelaufen ist, darf ich dann damit rechnen, dass das neue Klimaschutzprogramm gleich im Jahr 2018 nach der Landtagswahl ausläuft? Nach den bisherigen Vorgehensweisen von Ihnen wäre das zu prognostizieren. Uns fehlt nach wie vor das Konzept in Bezug auf die Einzelprojekte und die Perspektiven im Haushalt. Ich glaube, es ist keine Großtat, wenn Sie bei den staatlichen Gebäuden in Bezug auf die energetische Sanierung fünf Millionen Euro weniger im Klimaprogramm vorsehen als im laufenden Haushalt 2014. Wir brauchen mehr Investitionen. Nach meinem Urteil ist Ihre Klima- und Energiepolitik haushalterisch so chaotisch, inkonsequent und widersprüchlich wie der Inhalt. Deshalb sollten wir in der Haushaltsberatung auch darauf besonders schauen.

Zum Thema Asylpolitik ist viel gesagt worden. Es wäre schon gut gewesen, wenn die vielen Warnungen, die vielen Hinweise und Anträge aus diesem Haus zum Thema ernst genommen worden wären und die Beschlüsse umgesetzt worden wären. Denn dann wären wir nicht in dieser Situation, in der wir uns im Augenblick befinden. Sie bekommen jede Unterstützung zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in Bayern. Bloß muss die Staatsregierung endlich ihre eigenen Beschlüsse umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Last, but not least will ich den Wohnungsbau ansprechen, weil er heute schon einmal Thema war: Staatsminister Herrmann – ich darf ihn zum zweiten Mal zitieren – hat das Jahr 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen. Es kann sein, dass dieses Jahr vielleicht sogar übergeordnet begangen wird. Ich will nur feststellen, wie das Jahr des Wohnungsbaus in Bayern in Bezug auf den Staatshaushalt begangen wird, zumindest nach dem, was die Staatsregierung im Augenblick vorhat. "Jahr des Wohnungsbaus" heißt für Sie: massive Kürzung bei der Wohnraumförderung. Sie kürzen die Ausgabemit-

tel des Freistaats Bayern von 30 Millionen auf 0 Millionen. Das ist eine Totalstreichung. Sie kürzen die Verpflichtungsermächtigungen um 21,4 Millionen jährlich. Der Bund engagiert sich. Der Bund macht mehr, weil es notwendig ist, aber der Freistaat Bayern kürzt, damit die an sich notwendigen Mittel an anderer Stelle zur Verfügung stehen. Sie werden den Herausforderungen der Wohnungspolitik und der Wohnraumförderung mit dieser Kürzung definitiv nicht gerecht. Das ist eine Schande in Bezug auf die Notwendigkeit dieser Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss: Herr Finanzminister, Sie haben viel angesprochen. Es wäre auch Zeit gewesen – Sie haben als Staatsminister ja unbegrenzte Redezeit -, wenn Sie auch die SPD einmal gelobt und nicht nur kritisiert hätten.

(Beifall bei der SPD)

Klare Position: Bayern steht, was die Einnahmesituation und die fiskalischen Spielräume angeht, sehr gut da. Ihre Darstellung der Haushaltssituation war erwartbar. Es wäre aber der Redlichkeit geschuldet gewesen, zu erwähnen, dass die SPD einen massiven Beitrag zu dieser guten Ausgangslage geleistet hat. Ich darf in diesem Zusammenhang das Konjunkturprogramm II erwähnen, die Übernahme der Grundsicherung im Alter bei Erwerbsminderung, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die uns eine Milliarde Euro im Jahr mehr einbringt. Sie haben sich gegen den Ankauf von CDs mit Steuerdaten gewandt. Wir haben es gemacht und vertreten. Dadurch ist die Zahl der Selbstanzeigen gestiegen. Das sind unsere Beiträge zur bayerischen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf abschließend sagen: Wer seit 25 Jahren ein sozialdemokratisches Kraftzentrum in der kommunalen Wirtschaftspolitik wie München hat und weiß, dass aus dem Finanzamtsbezirk München 42 % der Steuereinnahmen in Bayern kommen, der sollte auch mal ein Dankeschön an Christian Ude und an die SPD-Stadtregerung in München sagen. Denn ohne dieses sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum würde Ihre Bilanz ganz anders ausschauen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Halbleib. – Die nächste Wortmeldung: Kollege Peter Winter für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Halbleib, Sie wollen gelobt werden. Ich muss sagen: Der Beginn Ihrer Rede war wirklich hervorragend. Allerdings war der Rest das, was Sie letztes Jahr schon vorgebracht haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr macht ja auch nichts anderes!)

Schon damals konnte ich Ihnen bereits erläutern, warum das in München so ist usw. Ob Herr Ude mit der SPD in München derzeit so zufrieden ist, weiß ich nicht. Da müsste man ihn selber fragen.

(Zuruf von der SPD: Er wollte nicht mit der CSU regieren! Stimmt!)

Es wäre vielleicht auch einmal hilfreich, wenn Sie sich in Sachen Landesbank mit Herrn Dupper unterhalten würden. Der ist jetzt Oberbürgermeister von Passau. Der hat im Bayerischen Rundfunk damals den Kauf der HGAA über den grünen Klee gelobt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil ihr ihn genauso angelogen habt wie alle anderen auch! – Barbara Stamm (CSU): Wir haben bei Ihnen auch zugehört!)

– Herr Halbleib, ein bisschen vorsichtig mit den Kraftausdrücken. Das muss doch nicht sein. Wir müssen hier nicht die Debatten der letzten Woche noch einmal aufgreifen. Bleiben wir bei einem ordentlichen Umgangston. Dann kommen wir voran.

Ich meine, der Haushalt ist auch deshalb super, weil wir einen super Finanzminister haben. Deshalb möchte ich mich zu Beginn bei Markus Söder für den Haushalt bedanken, den er uns vorlegt.

(Beifall bei der CSU)

Da ich natürlich eine andere Ansicht habe als Sie, Herr Kollege Halbleib – ich sehe die Dinge halt so, wie sie sind -, sage ich: Ganz Bayern ist wirtschafts-, finanz- und strukturpolitisch stark. Kein Landesteil Bayerns muss den Vergleich mit irgendeiner Region in Deutschland scheuen. Innerhalb Bayerns sind wir ebenfalls auf dem besten Weg; denn nirgendwo in Deutschland ist die Spreizung bei den Arbeitsmarktzahlen so gering wie im Freistaat. Die Arbeitsmarktsituation in den sieben Regierungsbezirken hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr angeglichen. So betrug die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Jahr 2013 nur noch 1,3 Prozentpunkte. Das sind Dinge, die die Menschen spüren und von denen sie profitieren.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Das bedeutet gleichzeitig Chancen für alle. Diesen erfolgreichen Weg werden und wollen wir gemeinsam weitergehen. Wir wollen, dass sich alle Landesteile, alle Regionen weiterhin wie bisher gut entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist die Wirtschaftsregion Nummer 1 in Deutschland. Das sieht ganz Deutschland so bis auf wenige. Beeindruckend ist vor allem die langfristige Robustheit und Dynamik. Seit 2008 stieg Bayerns Wirtschaftsleistung trotz der Krisenjahre um 8,5 %. Das ist mehr als sonst irgendwo in Deutschland. Der bayerische Arbeitsmarkt ist in Topform. Jetzt aktuell im August 2014 hatte Bayern mit 3,7 % wiederum die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dient den Menschen in Bayern. 2013 herrschte in einem Drittel der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte bei Arbeitslosenquoten unter 3 % faktisch Vollbeschäftigung. Laut aktuellem Regionalranking des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln liegt Bayern sowohl beim wirtschaftlichen Niveau als auch bei der Dynamik ganz vorne. Unter den zehn besten Regionen finden sich sieben bayerische Regionen. Mit dem Landkreis München hat Bayern nicht nur die mit Abstand erfolgreichste Region Deutschlands. Besonders erfreulich ist auch, dass sich alle Landesteile trotz des bereits hohen Wohlstandsniveaus in den letzten Jahren weiterhin dynamisch fortentwickelten. Bayerns Wirtschaft ist kraftvoll, und die bayerischen Staatsfinanzen sind grundsolide.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Super! Super!)

– Genau. Sie haben recht: Super, super. – Aktive Wirtschaftspolitik und solide Finanzpolitik, das ist unser Rezept für den Erfolg unseres Landes.

Aber nicht nur die bayerische Wirtschaft und der bayerische Arbeitsmarkt entwickelten sich sehr positiv, sondern auch unser bayerischer Staatshaushalt. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 machen wir ihn noch besser. Der Regierungsentwurf hält alle finanzpolitischen Leitlinien ein, die wir, Herr Ministerpräsident, im Mai mit der Staatsregierung vereinbart haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

So ist das Ausgabenwachstum auf 3 % pro Jahr begrenzt, und der Haushaltsplan weist einen positiven Finanzierungssaldo aus. Die laufenden Einnahmen übersteigen also die laufenden Ausgaben. Das zeigt die Finanzierungsübersicht im Gesamtplan. Auch

dazu hätte ich mir eine Aussage gewünscht, lieber Herr Kollege Halbleib.

Dort ist für das Jahr 2015 ein positiver Betrag von 196,4 Millionen Euro und für das Jahr 2014 ein positiver Betrag von 675,5 Millionen Euro ausgewiesen. Damit machen wir den bayerischen Staatshaushalt noch zukunftsfester

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Super!)

und erfüllen gleichzeitig eine Forderung des Obersten Rechnungshofs. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Da irritiert uns auch nicht, Frau Kollegin Stamm, wenn Sie von einer verantwortungslosen Finanzplanung sprechen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Stamm!)

Ihrer Meinung nach sei Bayern auf Krisen völlig unvorbereitet. – Oh, Herr Sepp Dürr ist auch da. Klasse!

(Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Zur Begründung verweist Frau Claudia Stamm unter anderem darauf, dass wir in den letzten Jahren den Haushalt auch mit Rücknahmeentnahmen aufgestellt haben. In diesem Zusammenhang stelle ich zwei Fragen an Claudia Stamm.

(Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Haben wir in den letzten beiden Jahren unseren Staatshaushalt ohne neue Schulden ausgeglichen und sogar zusätzlich alte Schulden abgebaut? Ist der Schuldenabbau verantwortungsvoll und generationengerecht? Ich beantworte die Fragen für Sie, weil sonst vielleicht noch Verkehrtes herauskommt: Ich sage Ja, zweimal ein kräftiges Ja.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Super beantwortet! Kluge Strategie!)

– Danke für das Kompliment, Herr Halbleib. Wir sind klug. Das sehen Sie an unserem Haushalt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Superklug!)

Herr Kollege Halbleib, wenn ich mir Ihre bisherigen Vorwürfe zum Doppelhaushalt 2015/2016 ansehe, dann fällt mir vor allem eines auf: Sie haben vorhin das Wort "redlich" gebraucht. Das sollten Sie einmal überdenken. Sie nennen die erneute Milliardentilgung

eine Luftnummer, verbreiten aber selbst eigentlich nur heiße Luft. Fakt ist: Die erneute Milliardentilgung 2015 und 2016 um weitere 1,05 Milliarden Euro, davon 500 Millionen Euro in 2015 und 550 Millionen Euro in 2016, das ist real und Realität. Damit haben wir im Freistaat Bayern dann seit 2012 insgesamt 3,6 Milliarden Euro weniger Schulden. Dadurch werden wir ganz real in der Zukunft weniger Schuldzinsen zahlen müssen und weitere neue Gestaltungsspielräume haben. Wir plündern auch nicht den Pensionsfonds, wie Sie immer wieder behaupten. Das Vermögen des Bayerischen Pensionsfonds belief sich zum Jahresende 2013 auf 1,86 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr sind das 180 Millionen Euro mehr Vorsorge für künftige Pensionszahlungen. 80 Millionen Euro entstehen durch Wertsteigerungen des angelegten Geldes, und 100 Millionen Euro werden aus diesem Haushalt zugeführt. Und der Pensionsfonds wächst weiter. In diesem Jahr wird der Pensionsfonds erstmals die Zwei-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Auch im Doppelhaushalt 2015/2016 werden wir den Pensionsfonds durch jährliche Zuführung von jeweils 100 Millionen Euro weiter stärken. Das, lieber Kollege Halbleib, ist keine Plünderung, sondern eine Stärkung des Pensionsfonds. Bitte nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Mit der gleichzeitigen Schuldentilgung bauen wir unsere zweite Säule der Pensionsvorsorge auf. Bei einem vollständigen Schuldenabbau haben wir dann fast eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung. Wir tragen den Schuldenberg ab und sparen Schuldzinsen, und zwar auf Dauer Jahr für Jahr. Auch Sie werden einräumen müssen, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann, wobei man angesichts der alljährlichen Milliarden-Mehrforderungen der SPD – Sie haben es bereits angedeutet – glauben könnte, dass man den Euro mehrfach ausgeben kann. Aber wie haben Sie in der Pressekonferenz zum Nachtragshaushalt 2014 so schön gesagt, Herr Kollege Halbleib? - Sie sehen es bei Mehrforderungen nicht als Ihre Aufgabe an, Deckungsvorschläge zu machen. Ich will mir daher gar nicht ausmalen, wie die Finanzen des Freistaates Bayern aussehen würden, wenn Sie die Finanzpolitik bestimmen würden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Immer die alten Sprüche!)

Sie wissen, dass unser Schuldenabbau der Inbegriff der finanzpolitischen Solidität ist. Genau deswegen versuchen Sie ihn immer schlechtzureden. Dasselbe versucht auch unsere Kollegin Frau Stamm, die im Haushaltsausschuss ist. Sie bezeichnet die Schulden-

tilgung als Seifenblase, da sie ausschließlich aus Mitteln der Rücklage erfolgt. Liebe Frau Stamm, zwei Anmerkungen dazu: Erstens, die Schuldentilgung im Jahre 2016 erfolgt aus den laufenden Einnahmen, also nicht aus den Rücklagen, wie Sie bei einem genauen Blick in die Anlage B des Einzelplans 13 und auf das Vorblatt zum Haushaltsgesetzentwurf erkennen können. Zweitens, selbst wenn die Schuldentilgung aus Rücklagen erfolgen würde, dann wäre es noch immer eine reale Schuldentilgung, die zu real niedrigen Schuldzinsen für den Freistaat Bayern führt. Es sind Mittel, die wir vorher erwirtschaftet haben.

Anders als bei Ihren Märchenschlössern, für die Sie immer mehr fordern, als sich finanzieren lässt, tun wir das tatsächlich Machbare. Wir geben nur das aus, was wir erwirtschaftet haben. Die sich ständig überbietenden Ausgabenwünsche der Opposition können und wollen wir nicht erfüllen. Deswegen setzen wir klare politische Schwerpunkte, auch wenn in einzelnen Bereichen - das billige ich zu - durchaus mehr Mittel und Stellen wünschenswert wären. Wir setzen Prioritäten und denken langfristig. Mit uns bleibt Bayern das Land der soliden Finanzen und der Generationengerechtigkeit.

Der Finanzminister hat es gesagt, und man kann es eigentlich nicht oft genug sagen: Bayerns Finanzen sind auch im Ländervergleich hervorragend. Wir haben in Bayern mit 2.436 Euro die niedrigste Verschuldung pro Kopf. Mit der konsequenten Fortsetzung des Schuldenabbaus werden wir die Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter reduzieren. Da Sie ja Internet haben, erspare ich Ihnen die Zahlen aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die kennen Sie ja, deshalb lasse ich das sein.

Weniger Ausgaben für Schuldzinsen bedeuten mehr Gestaltungsspielraum. Der Finanzminister hat ausgeführt, wie sich die Schulden in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu uns auswirken würden, wie sich dort die Schulden anhäufen und wir Freiräume für die Entwicklung unseres Freistaates Bayern haben. Hätten wir dieselbe Zinslastquote wie Nordrhein-Westfalen, dann würden wir im kommenden Jahr rund 2,8 Milliarden Euro für Schuldzinsen ausgeben,

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

das heißt, rund 2 Milliarden Euro mehr als jetzt.

Wir haben bereits einen sehr hohen Gestaltungsvorsprung. Das zeigt sehr deutlich, welche Vorteile eine über viele Jahre hinweg solide, ordentliche Finanzpolitik mit sich bringt. Andere Länder machen Schulden. Wir gestalten Bayerns Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm, Sie denken an eine Rücknahme der bayerischen Klage gegen den Länderfinanzausgleich, um das Gesprächsklima zu verbessern. Ich sage Ihnen dazu: Es geht hier um intensive Verhandlungen im Interesse unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger und nicht um ein gutes Gesprächsklima. Glauben Sie wirklich im Ernst, eine vorzeitige Rücknahme der Klage würde unsere Verhandlungsposition stärken? Das glaubt ja schon Herr Kretschmann nicht mehr, der sich mehr und mehr unserer Position annähert.

(Beifall bei der CSU)

Die Gesamtausgaben 2015 steigen im Regierungsentwurf auf 51,2 Milliarden Euro. Die Steigerung gegenüber 2014 beträgt 3 %. Durch diesen Kostendeckel stellen wir sicher, dass die Staatsausgaben dauerhaft nicht schneller steigen als das Wirtschaftswachstum. Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und können zugleich in die wichtigen Zukunftsthemen Bildung und Hochschule, digitaler Aufbruch und Bewältigung des demografischen Wandels investieren.

Gute Bildung und Ausbildung entscheiden über die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger und damit über die Zukunft unseres Landes. Bildung und Ausbildung sind Grundlage für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Daher ist der Bildungsbereich ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Die Ausgaben für unsere Schulen und Hochschulen steigen von rund 17,2 Milliarden Euro in 2014 auf rund 17,7 Milliarden Euro in 2015. In 2016 überschreiten wir bereits die 18-Milliarden-Grenze. Das, lieber Herr Kollege Halbleib, sollten Sie sich näher anschauen, dann würden Sie vielleicht das eine oder andere hier anders artikulieren.

Familien sind unsere Zukunft. Wir investieren deshalb schon jetzt mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr in familienbezogene Leistungen. Allein für die Förderung der Kinderbetreuung sowie für die Beitragsentlastung der Eltern sind im Jahr 2015 rund 1,67 Milliarden Euro vorgesehen. Mit dem "Familienpakt Bayern" wollen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft die Vereinbarkeit von Familie und beruflichem Erfolg verbessern. Hierfür haben wir beim Krippenausbau in den letzten Jahren unsere Kommunen ganz massiv durch ein Sonderinvestitionsprogramm zusätzlich zu allem, was wir für die Kommunen tun, unterstützt. Ergänzend zum Krippenausbau bauen wir die Ganztagsangebote in der Grundschule aus. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert.

Die Digitalisierung führt in ein neues Zeitalter der wirtschaftlichen Wertschöpfung und Technik in allen Lebensbereichen. Bayern steht schon heute an der Spitze der Hochtechnologie und Innovation. Mit unserer Strategie "Bayern Digital" wollen wir Bayern zur Leitregion beim digitalen Aufbruch machen. Kernelemente der Strategie sind der Breitbandausbau, die Förderung der IT-Sicherheit, die Forschung, Technologietransfer und Qualifizierung für die Existenzgründung in der digitalen Wirtschaft. Zur Umsetzung dieser Strategie haben wir im Doppelhaushalt gut 430 Millionen Euro vorgesehen, davon 350 Millionen Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau. Die Anträge, die von den Kommunen gestellt werden, zeigen, dass wir auf einem guten und richtigen Weg sind.

Wir stehen zu der Aussage unseres Ministerpräsidenten, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen. Dies ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zu leisten haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen als Staat in unserem Aufgabenbereich als Vorbild vorangehen. Wir werden uns in einem ersten Schritt auf die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude konzentrieren. Für diese drei Handlungsfelder steht in den Jahren 2015/2016 vom Freistaat ein Investitionsvolumen von annähernd 200 Millionen Euro zur Verfügung. Bereits in den Vorjahren haben wir deutlich mehr als 70 Millionen Euro pro Jahr allein in die drei priorisierten Handlungsfelder investiert. Daneben sind seit Jahren Mittel auf hohem Niveau für die Barrierefreiheit in anderen Bereichen wie Wohnungsbau, Tourismus und Städtebauförderung sowie Krankenhausfinanzierung vorgesehen. Allein im Rahmen der Wohnungsbauförderung ein Thema, das wir heute schon hatten – für Neubauten und bestehende Gebäude investieren wir jedes Jahr über 100 Millionen Euro. Ich möchte an dieser Stelle auch unseren Kommunen und der Wirtschaft danken, die die Barrierefreiheit in ihren Verantwortungsbereichen ebenfalls mit hohem Investitionsaufwand vorantreiben. Ich wiederhole es: Nur gemeinsam werden wir dieses Ziel der Barrierefreiheit erreichen können.

Auch ich möchte kurz das Klimaschutzprogramm anreißen, ein wichtiges Thema für uns in Bayern, das wir seit vielen Jahren mit großer Fortune angehen. Das Klimaprogramm "Bayern 2050" basiert auf drei bewährten Säulen: Minderung von Emissionen, regionale Anpassung an die Folgen des Klimawandels und Ausbau der Forschung zur weiteren Verbesserung der Entscheidungsgrundlage. Da rund 80 % der klimaschädlichen Emissionen energiebedingt sind, sind

Energieeinsparungen und Energieeffizienz für den Klimaschutz von herausragender Bedeutung. Ich erinnere an unsere Initiativen im vergangenen Nachtragshaushalt, wo wir als Fraktionen Prioritäten gesetzt haben. Wir werden das auch in diesem Haushalt tun.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen für die Umsetzung unseres "Klimaschutzprogramms Bayern" 170 Millionen Euro bereit. Damit treiben wir insbesondere die energetische Sanierung staatlicher Gebäude mit 50 Millionen Euro weiter voran. Fast 30 Millionen Euro stehen für Projekte der Energietechnologie zur Verfügung, somit knapp 20 Millionen Euro für Energieprogramme wie das "Zehntausend-Häuser-Programm". Projekte für nachwachsende Rohstoffe fördern wir mit gut 11 Millionen Euro und Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz mit knapp 9 Millionen Euro. Das alles wird zu einem noch lebenswerteren Bayern beitragen, ganz im Sinne der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Wir tun auch viel für die Unterbringung der Menschen, die bei uns Hilfe und Asyl suchen. Aufgrund der weiterhin stark steigenden Zugangszahlen werden die Ansätze für die Unterbringung der Asylbewerber noch weiter erhöht. Bereits im Nachtragshaushalt 2014 haben wir die Mittel für dieses Jahr um 180,6 Millionen Euro auf 346,2 Millionen Euro für diesen schwierigen Bereich erhöht. Für 2015 ist eine weitere Steigerung um 103,3 Millionen Euro auf 449,5 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine Steigerung um rund 30 %.

Zusammen mit dem Ansatz für 2016 in Höhe von 450,5 Millionen Euro sind damit für die Unterbringung der zu uns kommenden Menschen, die Hilfe suchen, insgesamt rund 900 Millionen Euro im Regierungsentwurf allein im Etat des Sozialministeriums vorgesehen. Im Bereich des Innenministeriums kommen weitere 22 Millionen Euro hinzu. Das muss uns erst einmal ein Bundesland für diese betroffenen Menschen nachmachen. Wir haben uns hier nichts vorzuerwerfen. Ich bin auch sehr dankbar für die klaren Aussagen des Städtetagspräsidenten Maly, der diese Leistungen des Freistaats Bayern ausdrücklich anerkennt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmars Halbleib (SPD): Tosender Applaus!)

Der Freistaat Bayern bleibt ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist 2014 auf die Rekordsumme von über 8 Milliarden Euro gestiegen. 2008 waren es noch 6,6 Milliarden Euro. Nach über 8 Milliarden Euro im Jahr 2014 wird der kommunale Finanzausgleich 2015 auf Rekordhöhe fortgeführt. Der Regierungsentwurf des kommunalen

len Finanzausgleichs 2015 sieht gegenüber 2014 einen Anstieg um 248,8 Millionen Euro auf rund 8,29 Milliarden Euro vor. Das entspricht einer Steigerung um 3,1 %. Die reinen Landesleistungen steigen um 300 Millionen Euro auf rund 7,82 Millionen Euro.

Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs 2015 können sich noch aus der Umsetzung der Ergebnisse des Kommunalgipfels im Herbst 2014 und der genauen Berechnung des Steuerverbundergebnisses ergeben. Ich bin mir sicher, dass unser Ministerpräsident ein sehr ersprießliches Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden führt und auch diese Dinge ordnungsgemäß abräumt.

Interessant ist auch ein Blick auf die Finanzentwicklung von Freistaat und Kommunen. Auch das sollte man wissen, wenn man über diese Dinge spricht. So sind die Steuereinnahmen der Kommunen von 2004 bis 2013 um rund 60 % gestiegen, während die Steuereinnahmen des Freistaats nach Länderfinanzausgleich – ein leidiges Thema, das der Finanzminister klar und deutlich hier dargelegt hat – lediglich um rund 41 % gestiegen sind. Die Bedeutung unserer Kommunen spiegelt sich auch in dem starken Anstieg der weiteren Leistungen für Gemeinden und Gemeindezweckverbände wider. Wir begleiten und unterstützen unsere Kommunen bei der Breitbanderschließung, beim Krippenausbau und der Kinderbetreuung über den kommunalen Finanzausgleich hinaus.

Zusammen mit dem kommunalen Finanzausgleich steigen diese Leistungen von insgesamt rund 12,3 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund 13 Milliarden Euro im Jahr 2015. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gelebte Solidarität und tatkräftige Unterstützung unserer Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib hat den Personalbereich angesprochen. Das will auch ich tun. Mit dem Regierungsentwurf wird das seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 laufende Stellenhebungsprogramm "Neues Dienstrecht" vollständig umgesetzt. Nach der Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für unsere Beamtinnen und Beamten ist dies ein weiteres Zeichen unserer Wertschätzung für diese Menschen, die gute Arbeit für den Freistaat Bayern erbringen.

Des Weiteren sind im Regierungsentwurf 656 neue Stellen für Schwerpunktsetzungen in einzelnen Bereichen vorgesehen, davon 100 Stellen für den Justizvollzugsdienst, 100 Stellen für den Hochschulbereich zur Bewältigung des demografischen Wandels und 50 Stellen für die Unterbringungsverwaltung wegen der erhöhten Zugangszahlen sowie weitere 1.134 An-

wärter- und Azubistellen für die innere Sicherheit, für Justiz und die Finanzverwaltung.

Die Beratungen des Doppelhaushalts 2015/2016 im Haushaltsausschuss beginnen am 21. Oktober. Wir haben nur eine kurze Zeitspanne, bevor wir im Dezember den Haushalt beschließen. Es wird für uns alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine große Herausforderung werden. Ich freue mich auf unsere immer lebhaften Debatten. Wir sind gespannt, ob wir den gleichen Rhythmus der Forderungen und der Gegenargumente fortsetzen oder ob Mehrforderungen mit geeigneten Gegenfinanzierungsvorschlägen einhergehen. Ich finde, das wäre eine konstruktive Arbeit im Haushaltsausschuss.

Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 führen wir unsere grundsätzliche Haushaltspolitik fort. Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln, anders als viele andere Länder, die von unseren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich profitieren und trotzdem noch neue Schulden machen. Der Haushalt ohne neue Schulden und der Schuldenabbau sind unsere Markenzeichen. Hinzu kommt eine Investitionsquote von 12 %. Auch hier muss mir erst einmal jemand aufzeigen, in welchem anderen Bundesland dergleichen erreicht wird. Das ist solide Finanzpolitik im besten Sinne des Wortes für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich nun auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Halbleib. Bitte sehr.

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Herr Kollege Peter Winter, ich glaube, das machen wir auch: lebendige Debatten führen. Und wir sind auch fleißig. Deshalb haben wir das heute schon einmal im Plenum demonstriert.

Ich habe drei Fragen und vorher eine Anmerkung. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses müsste wissen, dass der stellvertretende Vorsitzende zumindest für seine Fraktion immer nur Änderungsvorschläge vorlegt, die auch gedeckt sind, wo also Finanzierungsvorschläge vorliegen. Das werden wir auch so beibehalten. Am Ende der Haushaltsberatungen werden wir das im Schlussplenum noch einmal besprechen können.

Ich habe drei Fragen an den versierten Haushaltspolitiker. In Bezug auf die Pensionsfonds und Pensionsrücklagen, wenn wir uns zumindest darauf verständigen, hat der Landtag in seiner vorvergangenen Periode zum Schluss, im Jahr 2008, ein System be-

schlossen, um die Zukunftsherausforderungen bei der Pensionsvorsorge anzugehen. Pensionsfonds und Pensionsrücklagen: Dieses System, das hier im Landtag parteiübergreifend beschlossen wurde, wurde, beginnend im Jahr 2010, zerschlagen. Nach diesem 2008 beschlossenen System, das vernünftig war, müsste Vorsorge in Bezug auf die Herausforderungen betrieben werden, die auf diesem Gebiet auf uns zukommen.

Diesem System müssten nach konservativer Rechnung, die das Finanzministerium vielleicht eher nach oben ergänzen könnte, bis 2017 2,7 Milliarden Euro zugeführt werden, die nach Ihrem neuen Modell seit 2010 nicht mehr zugeführt werden. Das ist ein erheblicher Milliardenbetrag. Das frühere System wird so nicht mehr umsetzbar. Das sollten Sie zumindest zur Kenntnis nehmen und gegebenenfalls bestätigen. Das ist ein Problem. Lasten werden in die Zukunft verschoben.

Zweitens möchte ich Sie fragen, was Sie zum Schreiben des Herrn Innenministers Herrmann sagen. Sie sind Berichterstatter zum Einzelplan 03 A

(Peter Winter (CSU): War ich!)

gewesen, mit Erfolg und mit manchen Erfolgen, die wir gemeinsam parlamentarisch erzielt haben. Wenn der Herr Innenminister sagt, er kann notwendige Projekte im Umfang von 100 Millionen nicht rechtzeitig auf die Reihe bringen, er kann für Projekte im Umfang von 90 Millionen keinen Planungsauftrag erteilen und er hat darüber hinaus bei Baumaßnahmen im Umfang von 500 Millionen einen erheblichen Investitionsstau, dann müsste das doch auch einem Finanzpolitiker wie Ihnen als früherem Berichterstatter zum Einzelplan 03 A zu denken geben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie wissen schon, dass Sie zwei Minuten Zeit für eine Zwischenbemerkung haben?

Volkmar Halbleib (SPD): Hat der Herr Innenminister mit seinen Hinweisen recht? Ist es richtig, dass Bayern bei der Wohnungsbauförderung pro Jahr Ausgabemittel in Höhe von 30 Millionen Euro kürzt?

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Peter Winter (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib, ich kann mich nicht erinnern, dass die SPD bei den Beratungen im Haushaltsausschuss zu jeder ihrer Milliardenforderungen einen Deckungsvorschlag gemacht hat. Ich gebe zu, dass das bei den GRÜNEN etwas

anders war, wobei deren Deckungsvorschläge manchmal unsinnig sind. Aber sie versuchen es wenigstens.

(Zurufe von den GRÜNEN – Heiterkeit bei der CSU)

Die Debatte zum Pensionsfonds führen wir jedes Jahr. Sie wissen selber - und ich glaube, ich brauche meine Ausführungen nicht zu ergänzen -, dass wir im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten weiterhin Mittel in den Pensionsfonds einbringen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber der Rest ist weg! 2,7 Milliarden!)

Wir halten es für wenig sinnvoll, Geld aufzunehmen, um den Pensionsfonds zu stärken. Wir führen lieber Schulden zurück, um neue Handlungsspielräume zu gewinnen und diese dann für den Pensionsfonds zu nutzen. Ich glaube, darüber haben wir schon viele Male debattiert.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Trotzdem! Das System ist zerstört worden!)

Das trennt uns, das gebe ich zu. Aber ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich habe gesagt, wir haben in den letzten Jahren bereits über 3 Milliarden Euro getilgt. Wir bekommen Handlungsspielräume. Damit werden wir dieses Problem angehen, das wir nicht vernachlässigen. Wir führen jedes Jahr 100 Millionen Euro zu. Ich habe hier ausgeführt, dass wir dieses Jahr den Pensionsfonds auf über 2 Milliarden Euro anheben. Herr Kollege Halbleib, natürlich sagt der Herr Innenminister, ich hätte gerne das und das noch gemacht, und wir wissen, dass jeder irgendwas in der Schublade hat. Beim einen heißt es Hösbach, beim anderen Ochsenfurt. Da gibt es immer Wünsche.

(Volkmar Halbleib (SPD): Notwendigkeiten, nicht Wünsche, Herr Kollege!)

Ich muss nochmals darauf hinweisen, dass wir in Bayern mit 12 % die höchste Investitionsquote haben und uns intensiv um unsere Baumaßnahmen im Freistaat kümmern. Wir sorgen dafür, dass bei jedem Neubau nicht nur die Energiewende, sondern auch die Barrierefreiheit berücksichtigt wird. Wir werden uns auch darum kümmern, dass nach und nach diese Dinge, die sicherlich wünschenswert wären, geregelt werden. Ich glaube, das kann man diesem Haushalt auch entnehmen.

Ich sage es noch einmal: Wir wollen neue Handlungsspielräume schaffen, indem wir Schulden abbauen, indem wir aus Gründen der Generationengerechtigkeit

keit für unsere junge Generation einen schuldenfreien Haushalt aufstellen. Deshalb müssen wir uns nach der Decke strecken. Das tun wir auch. Wir tun es mit Erfolg und werden alles daran setzen, diesen erfolgreichen Weg fortzuführen. Ich habe auch in meiner Haushaltsrede gesagt, dass es noch manches Wünschenswerte gibt. Aber man muss Prioritäten setzen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, die zwei Minuten gelten auch für Sie.

Peter Winter (CSU): Danke, Herr Präsident.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Pohl für die FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Söder, Sie haben viele Vergleiche mit Nordrhein-Westfalen angestellt. Wenn ich jetzt einen Vergleich aus dem Bereich des Fußballs bringe, dann ist es vielleicht gegenüber einem Nürnberger nicht gerade fair, ihn ausgerechnet mit dem Fußball zu strapazieren. Aber nachdem Sie sich ja, wie den Medien zu entnehmen war, gerade in Oberbayern lieb Kind machen, sage ich es: Der FC Bayern vergleicht sich doch auch nicht mit Köln und Paderborn. Also ersparen Sie uns bitte die Vergleiche mit Nordrhein-Westfalen. Herr Staatsminister Söder, Sie sehen: Der Herr Ministerpräsident stimmt mir zu. Herr Staatsminister Söder, das sollte Ihnen zu denken geben.

(Heiterkeit beim Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Peter Winter (CSU): Ihnen vielleicht auch, Herr Kollege!)

Herr Staatsminister Söder, Sie haben gesagt, Bayern kann in den nächsten zwei Jahren ruhig schlafen, weil die Finanzen in Ordnung sind. Ich sage Ihnen: Die Analyse stimmt, die Schlussfolgerung ist kreuzfalsch. Es stimmt: Die Finanzen des Freistaats Bayern befinden sich in einer guten Lage.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Es wäre falsch, dies schlechtzureden. Natürlich könnten sie sich in einer noch besseren Lage befinden, wenn das Landesbankdesaster der Jahre 2005 bis 2008 Ihnen nicht in die Quere gekommen wäre. Heute haben wir mit der endgültigen Abwicklung der MKB-Beteiligung 215 Millionen Euro per Saldo abschreiben müssen. Natürlich wäre das Ergebnis noch besser, wenn das nicht passiert wäre.

Dennoch kann und darf man sagen: Die finanzielle Situation des Freistaats ist gut. Wir haben seit 2008 Einnahmensteigerungen von 25 % erzielt. Das ist eine beachtliche Zahl. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade weil wir diese Einnahmensteigerungen erzielt haben, muss ich schon einmal fragen, warum nicht von Bayern aus ein kräftiges Signal nach Berlin kommt, die ständigen Steuererhöhungen in Form der kalten Progression zu stoppen. Es ist nicht einzusehen, dass wir diejenigen, die für diese Rekordsteuereinnahmen Verantwortung tragen, ständig mit Steuererhöhungen bestrafen. Stellen Sie sich vor, Sie leiten ein Unternehmen. Das Unternehmen erwirtschaftet einen Rekordumsatz und einen Rekordgewinn nach dem anderen; der Chef beraumt eine Betriebsversammlung an und sagt: Leider kann ich euch keine Gratifikation geben, leider gibt es keinen Zusatzbonus; im Gegenteil: Ich muss euch noch etwas wegnehmen, weil zufälligerweise gerade meine vier Kinder studieren. Das kostet viel Geld; das Geld brauche ich für mich selber. – So würde kein Unternehmer handeln. Der Staat tut es, und das ist ungerecht, das ist leistungsfeindlich. Hier müssen wir gegensteuern.

Die FREIEN WÄHLER setzen ein Ziel. Das Ziel heißt nicht, Herr Staatsminister Söder, zwei Jahre lang zu schlafen und in die Zukunft hineinzuträumen, sondern das Ziel heißt: Förderung und Stärkung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Menschen, der Unternehmen und der Regionen in Bayern, damit wir auch in Zukunft noch sagen können: Es geht uns finanziell gut; wir haben Spielräume zum Gestalten.

Ein Punkt ist ein gerechtes Steuersystem, der Abbau der kalten Progression, der Stopp der kalten Progression in der Zukunft. Herr Staatsminister, Sie haben öffentlichkeitswirksam einen Vorschlag gemacht. Ich frage mich nur, warum Sie unseren gleichlautenden Anträgen hier in diesem Hause nicht zustimmen. Meine Damen und Herren, es ist elementar wichtig, denjenigen, die für unsere Einnahmen Verantwortung tragen, den Steuerzahlern, gegenüber fair zu sein, ein Steuersystem zu haben, das Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit fördert. Natürlich können wir das nicht hier im Bayerischen Landtag beschließen. Dies ist ein Auftrag an die Bayerische Staatsregierung, im Bund das zu tun, was sie politisch seit vielen Jahren verspricht. Früher konnte sie sich immer hinter der SPD verstecken, weil die SPD gesagt hat: Nein, unsere Priorität liegt auf den Ausgaben; wir wollen nichts zurückgeben; wir wollen nicht. Aber jetzt ist die Situation eine andere. Jetzt könnten Sie, jetzt regieren Sie gemeinsam. Deswegen appelliere ich an CSU und SPD: Machen Sie Ihren Einfluss in Berlin geltend, damit diese Ungerechtigkeit, diese Leistungsfeindlichkeit im Steuerrecht beseitigt wird!

Meine Damen und Herren, die Leistungsfähigkeit zu stärken, heißt auf der Ebene der Regionen, den Kommunen dauerhaft einen auskömmlichen Anteil am Steuerverbund zu geben. Wir fordern – das tun wir, seit wir im Bayerischen Landtag sind - 15 % von der Verbundmasse für die Kommunen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und zwar dauerhaft und verlässlich! Denn dann haben die Kommunen Planungssicherheit, und sie können die Schuldenbremse einhalten. 15 %, unabhängig davon, ob wir steuerstarke oder steuerschwächere Zeiten haben. Wir dürfen nicht an den Kommunen sparen, sondern müssen dafür Sorge tragen, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Denn die Kommunen setzen die Ideen vor Ort für die Menschen um, die im Bundestag und im Landtag geboren werden. Das heißt, Geld, das wir den Kommunen geben, ist Geld für die Menschen, Geld für bessere Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulbauten, für bessere Verkehrsinfrastruktur vor Ort, für die Förderung von Vereinen und des Ehrenamts, für die Förderung des Zusammenlebens der Menschen, für die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen und für vieles mehr.

Wir FREIE WÄHLER haben in diesem Bereich schon einiges erreicht. Als wir in den Landtag kamen, sah es für die Städte und Gemeinden weitaus schlechter aus. Wir haben hier mit Sicherheit schon ein Etappenziel geschafft. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel, das lautet: 15 % von der allgemeinen Verbundmasse.

Lieber Herr Staatsminister Söder, ich komme noch einmal auf Ihre Einnahmen und auf Ihre Rede zum Länderfinanzausgleich zurück. Denn Sie werden mich natürlich auch nach einer Gegenfinanzierung fragen. Sie haben angesprochen, dass der Länderfinanzausgleich ungerecht ist. Ich habe Ihnen das letzte Mal gesagt, dass Sie mir vorkommen wie Cato der Ältere, der im römischen Senat immer wieder gesagt hat: "Ceterum censeo Carthaginem esse delendam." Sie haben mir damals schlagfertig geantwortet: Und Cato hat sein Ziel erreicht. Karthago wurde zerstört. Nur haben wir jetzt Ende 2014. Im Jahre 2019 läuft der Länderfinanzausgleich aus. Ich denke, Sie könnten langsam liefern.

Eigentlich müssten wir Ihnen in den Haushalt hineinschreiben: 2 Milliarden weniger Länderfinanzausgleich. Denn das wäre die Antwort auf Ihre vollmundigen Versprechungen, denen bislang noch keine Taten gefolgt sind. - Herr Staatsminister, wir haben Sie bei Ihrer Klage unterstützt. Wir halten die Doppelstrategie des Klagens und Verhandels für richtig. Wenn man aber schon die richtige Strategie hat, muss man auch den Punkt setzen und zu einer Einigung kommen.

Ich möchte Ihnen nicht die Messlatte auf den Weg geben, die der Herr Ministerpräsident seinem Vorgänger bei der Landtagswahl im Jahr 2008 aufgelegt hat: 50 % plus x. Es wäre natürlich schön, würde der Länderfinanzausgleich um 50 % plus x zurückgehen. Ich würde aber sagen, 20 % plus x bis zum Jahr 2019 – das wäre schon einmal eine erste Maßnahme. Das wären gut eine Milliarde Euro, nämlich von fünf Milliarden 20 % weniger. Könnten wir diese Milliarde Euro dann an die Kommunen weitergeben, dann hätten wir für Bayern gute Politik gemacht. Herr Staatsminister, der Ball liegt in Ihrem Spielfeld. Es liegt nun an Ihnen, das zu tun, was Sie angekündigt haben, nämlich mit Ihren Kollegen in den Ländern und im Bund den Länderfinanzausgleich, den Ministerpräsident Stoiber damals unglückseligerweise für Bayern verhandelt hat, auf die Reihe zu bringen.

Leistungsfähigkeit für die Regionen heißt auch, dass wir Fördersysteme umstellen müssen und dem Umstand Rechnung zu tragen haben, dass wir in der Bayerischen Verfassung, maßgeblich auf Druck der FREIEN WÄHLER, die gleichwertigen Lebensverhältnisse als Staatsziel verankert haben. Wir wollen Chancengleichheit für die Regionen, keine Gleichmacherei. Chancengleichheit heißt zum Beispiel: ein neuer, fairer kommunaler Finanzausgleich. Auch dieser ist seit Monaten angekündigt. Wir wollen, dass hier endlich auch dem Umstand Rechnung getragen wird, dass strukturschwache Regionen Probleme haben, ihre Aufgaben zu bewältigen und zukunftsfähig zu werden. Wir wollen, dass der demografische Wandel stärker berücksichtigt wird, dass die Grenzlandproblematik und schließlich auch das Problem der Konversion aufgrund der Entscheidung des Verteidigungsministeriums, etliche Bundeswehrstandorte in Bayern zu schließen, gelöst werden. All diese Aspekte müssen wir zu einem neuen kommunalen Finanzausgleich zusammenfassen, der die Regionen stärkt und damit den Anforderungen, die die bayerische Verfassung stellt, gerecht wird.

Die Leistungsfähigkeit der Menschen zu stärken bedeutet, in Bildung zu investieren. Das war und ist ein zentrales Anliegen unserer Fraktion. Anzufangen ist dabei bei der frühkindlichen Bildung – hier haben wir schon das eine oder andere erreicht -, und es geht bis hin zur Schule, in der wir die individuelle Förderung wesentlich stärker als bisher in den Mittelpunkt stellen müssen. Ich erwähne durchaus lobend, dass hier in den letzten Jahren einiges passiert ist. Trotzdem brauchen wir nach wie vor mehr Lehrerstellen.

Wir brauchen aber auch individuelle Förderung durch Verbesserung der Strukturen. Wir freuen uns sehr, dass die CSU nun den Wunsch unserer Fraktion nach einem Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, G 8

und G 9, aufgreift. Ich respektiere das und kündige an, dass wir auf dieser Basis zu einer guten Lösung kommen können. Ich betone: kommen können; denn die Struktur ist das eine, die Befüllung dieser Struktur mit Inhalten das andere. Dazu wird in den Fachausschüssen noch eine ganze Menge Arbeit vor uns liegen. Aber ich bin sicher, dass wir hier zu einer guten Lösung kommen können, wenn die CSU zur Zusammenarbeit bereit ist.

Mit der Schule hängt natürlich auch das Thema Hochschule zusammen. In der letzten Legislaturperiode haben wir den Wegfall der Studiengebühren erreicht, um Barrieren für Menschen, die die Befähigung haben zu studieren, aber an finanziellen Hürden bislang gescheitert sind, zu beseitigen.

In der Hochschulpolitik liegt die Aufgabe vor uns, noch stärker in die Regionen zu investieren. Herr Staatsminister Söder, übrigens finde ich es bemerkenswert, dass Sie den Kollegen Jörg als Hochschulpolitiker ansprechen. Ich will Ihnen nur mitteilen: Vorsitzender des Hochschulausschusses ist der Kollege Professor Piazzolo, und der zuständige Ressortminister ist Herr Spaenle, der momentan nicht da ist. Aber Sie müssen in Ihren Reihen ausmachen, wer für Hochschulpolitik steht.

Wir stehen jedenfalls für Inhalte in der Hochschulpolitik, das habe ich angesprochen. Die Regionalität von Forschung und Hochschule ist ebenfalls ein wichtiger Baustein des Umbaus unserer Staates und unserer Gesellschaft: weg von einer Metropolgesellschaft hin zu einem Freistaat Bayern der Regionen.

Leistungsfähigkeit in der Bildung schließt auch die duale Berufsausbildung ein. Wir haben mit einer Meisterprämie einen Ansatz verfolgt und einen Anreiz geschaffen, um auch auf diesem Gebiet Zeichen zu setzen; denn wir brauchen nicht nur Akademiker, wir brauchen gerade auch Facharbeiter und Werk tätige. Nicht nur die Professoren und Doktoren sorgen für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Leistungsfähigkeit bedeutet auch die Stärkung der Wirtschaft und der mittelständischen Unternehmen. Ich habe hier drei Punkte in den Mittelpunkt zu stellen: Bildung, Steuern und Infrastruktur. – Was das Thema Steuern angeht, habe ich die kalte Progression bereits angesprochen. Auch das Thema Erbschaftsteuer gehört hierher. Wenn die bisherige Regelung der Unternehmensbesteuerung bei der Erbschaftsteuer demnächst vom Bundesverfassungsgericht gekippt wird, brauchen wir darauf Antworten. Unsere Antwort hinsichtlich der Erbschaftsteuer heißt: Abschaffung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch das, meine Damen und Herren, ist ein bundespolitisches Thema, weswegen ich darauf nicht vertieft eingehe.

Beim Thema Infrastruktur haben wir FREIEN WÄHLER seit unserem Einzug in den Bayerischen Landtag 2008 gefordert, dass die Breitbandversorgung bayernweit bis in die kleinen Gemeinden Aufgabe des Staates ist. Darin besteht eine Aufgabe der Grundversorgung. Jetzt ist diese Botschaft angekommen. Man muss sagen: Hier stimmt der Haushaltsansatz endlich mit unseren Vorstellungen überein, nachdem wir uns jahrelang ergebnislos die Finger wundgeschrieben haben. Jetzt verfügen wir über die Beträge, die wir brauchen, und wenn das Wirtschaftsministerium hier seine Hausaufgaben macht, sind wir optimistisch, dass wir beim Breitbandausbau zu dem Ziel gelangen, das wir erreichen müssen, auch wenn bis dahin noch ein steiniger Weg vor uns liegen wird.

Beim Thema Verkehrsinfrastruktur findet, wie ich sagen muss, ein Trauerspiel statt. Dazu beginne ich hier in diesem Hause mit der Situation im Bund. Seit fast einem Jahr diskutieren wir ständig über die Maut. Ich möchte mich gar nicht dazu äußern, ob diese Diskussion sinnvoll oder weniger sinnvoll ist. Wir haben doch wirklich wichtigere Aufgaben zu bewältigen. Die Neuauflage unseres Investitionsprogramms für Bundesfernstraßen wird jetzt verschoben, anstatt dass man das Projekt angeht und vor allen Dingen für die Finanzmittel sorgt, die notwendig sind, um diese Investitionen abzuarbeiten.

Bei der A 3 ist nicht nur zwischen Regensburg und Passau noch viel zu tun; nein, auch zwischen Würzburg und Aschaffenburg ist das der Fall. Der Umgang mit der A 3 gestaltet sich als ein Trauerspiel. Aber es geht nicht nur um die A 3; werfen Sie einen Blick auf die A 8 von Salzburg bis Rosenheim und von Augsburg bis Ulm. Natürlich passiert hier etwas, aber es dauert sehr lange. Auf die B 12 komme ich erst gar nicht zu sprechen. Probleme gibt es sowohl bei uns im Allgäu als auch auf der A 94, Stichwort Isental-Autobahn. Ich könnte die Liste noch verlängern. Bayern ist der größte Flächenstaat in Deutschland und deswegen ganz maßgeblich auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Hier geschieht viel zu wenig, obwohl auf Peter Ramsauer erneut ein CSU-Verkehrsminister in Berlin gefolgt ist.

Aber wir müssen nicht nur auf Berlin mit dem Finger zeigen; wir handeln hier nicht viel besser. In welchem Zustand befinden sich unsere Staatsstraßen, meine Damen und Herren? Auch hier kann ich für meine Fraktion reklamieren: Das ständige Bohren hat immerhin dazu geführt, dass die Mittel für den Staatsstraßenbau erhöht wurden. Dennoch reichen sie nicht

aus, um die Staatsstraßen in einen akzeptablen Zustand zu versetzen und die notwendigen Ausbau- und Neubaumaßnahmen zügig voranzubringen. Hier stehen wir vor einem Investitionsstau, der unserer Wirtschaft schadet. Wenn wir diesen Investitionsstau beseitigen, läuft unsere Wirtschaft noch besser.

Auch Konzepte zur Schiene und zuletzt zum Luftverkehr täten bitter not. Wir reden von einer dritten Startbahn, die nun wirklich kein Mensch mehr will und auch kein Mensch mehr braucht. Wir brauchen jedoch ein vernünftiges Luftverkehrskonzept unter Einbeziehung des Flughafens Nürnberg und des Regionalflughafens Memmingen. Wir haben Bedarf, und wir müssen zügig planen, konzipieren und umsetzen. Meine Damen und Herren, das sind wir der Wirtschaft in unserem Freistaat Bayern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Durch gerechte und gezielte Sozialpolitik für Bedürftige soll die Leistungsfähigkeit der Menschen gestärkt werden. Wir diskutieren ständig über die Schere - Sie kennen das -, die so weit auseinandergeht. Ich sage Ihnen: Wenn die Scheren-Diskussion nur dazu führt, dass man darüber nachdenkt, Reiche stärker zur Kasse zu bitten, haben wir den Sinn von Sozialpolitik nicht verstanden. Der untere Teil der Schere ist interessant. Die Bedürftigen müssen uns zum Nachdenken und zum Handeln bringen.

Ein wesentlicher Punkt und eine zentrale Aufgabe, die unsere Fraktion im Freistaat Bayern verwirklicht haben möchte, ist das von der Staatsregierung vollmundig angekündigte Programm "Bayern barrierefrei 2023". Mit unseren Möglichkeiten und Mitteln werden wir dafür sorgen, dass dies nicht nur ein schöner Programmsatz und ein schöner Titel bleibt, den man werbewirksam vor sich herträgt. Das Programm muss mit Leben und Finanzmitteln gefüllt werden; denn dort besteht für uns an allererster Stelle Handlungsbedarf. Wir wollen dass dieses Konzept "Bayern barrierefrei 2023" mit Geld, mit einem Konzept und mit einem dazugehörigen Zeitplan hinterlegt wird, der anders als bei der Verkehrsinfrastruktur auch tatsächlich eingehalten wird. Das, was wir im Bundesverkehrswegeplan stehen haben, erinnert langsam an die Fünf-Jahres-Pläne der Sowjetunion. Das ist eines Staates wie der Bundesrepublik Deutschland nicht würdig.

Meine Damen und Herren, auch beim Programm "Bayern barrierefrei 2023" werden und müssen wir dafür sorgen, dass die Modellkommunen gleichmäßig im Land verteilt sind. Wir wollen, dass in die ländlichen Räume gleichberechtigt mit den Mittelstädten und den Metropolen investiert wird. Wir brauchen eine gleichberechtigte Förderkulisse. Wir brauchen nicht

Menschen erster und zweiter Klasse. Wir wollen Barrierefreiheit in ganz Bayern durchsetzen.

Leistungsfähigkeit für Menschen und Wirtschaft bedeutet auch Investitionen in Polizei und Justiz. Innere Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem sind Voraussetzungen dafür, dass sich die Menschen sicher fühlen, dass sich die Menschen wohlfühlen und gerne hier leben. Die Unternehmen können sicher sein, mit derartigen Problemen nicht überfrachtet zu werden, sondern in einem vernünftigen Rechtsrahmen Rechtshilfe zu erhalten, wenn sie diese brauchen. Im Rahmen von TTIP diskutieren wir derzeit über das Investitionsschutzabkommen. Wir rühmen in diesem Zusammenhang immer unsere europäische und amerikanische Justiz. Wir sagen: Nein, wir brauchen keine Schiedsgerichte. Wir wollen ordentliche Gerichte. Ich sage: Wir haben in Bayern eine sehr gut funktionierende Gerichtsbarkeit. Dennoch können und müssen wir die Gerichtsbarkeit in Bayern optimieren, weil einige Bereiche an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen.

Leistungsfähigkeit der Regionen heißt auch, dass wir Staatsbedienstete gezielt dort stärker einsetzen müssen, wo sie gebraucht werden. Vorhin habe ich von der inneren Sicherheit gesprochen. Nach wie vor ist es ein Unding, dass kleine Polizeiinspektionen nachts mit einem Mann auf der Wache und einer Streife besetzt sind. Das geht nicht. Das hat weder etwas mit innerer Sicherheit noch mit Fürsorge gegenüber den Beamten zu tun. An dieser Stelle müssen wir etwas tun. Dort müssen wir das Personal verstärken.

Das fordern wir nicht, ohne einen Gegenvorschlag zu unterbreiten: Wenn wir stärker in die Regionen gehen, heißt das auch, dass wir in der Zentrale einsparen müssen. Deshalb fordern wir, dass alle Ministerien ihre Personalhaushalte für die Jahre 2015 und 2016 auf dem Niveau von 2014 einfrieren. Die Verhinderung von Mehrausgaben im Bereich des Personals bedeutet konkreten Personalabbau in den Ministerien und Personalaufbau in den Regionen. Die Haushalte steigen in den nächsten zwei Jahren wieder um 10 %, teilweise noch mehr. Wir sagen: Das muss nicht sein. Wenn sich die Ministerien auf ihre Kernaufgaben in der Verwaltung konzentrieren, die politische Spitze des Hauses etwas weniger unterstützen, etwas weniger Marketing betreiben und weniger in den Landtagsfraktionen zugange sind, sondern ihre Arbeit im Haus machen, dann wäre das kein Schaden für den Freistaat. Wir würden dort etwas einsparen und könnten das Geld gezielt dort, wo wir es brauchen, für Personal einsetzen.

Meine Damen und Herren, Gleiches gilt im Übrigen nicht nur für das Personal, sondern auch für die Sach-

kosten und die Werbung. Wir werden Ihnen nicht vorschreiben, wie viele Amtschefs Sie beschäftigen. Das haben wir im Nachtragshaushalt getan – leider ohne Erfolg. Es ging darum, im Staatsministerium für Wirtschaft einen zweiten Amtschef zu installieren. Herr Söder kommt mit einem Amtschef aus. Ich weiß nicht, ob Ihr Ministerium effektiver arbeitet als das von Frau Aigner. Ich weiß es nicht. Das können Sie entscheiden. Sie können auch fünf Amtschefs beschäftigen. Dann müssen Sie auf anderen Ebenen einsparen. In Summe kann der Betrag, den Sie für Personal ausgeben, nicht höher oder niedriger werden. Sie müssen sich jetzt zwei Jahre bescheiden. Ich glaube, das Signal ist wichtig. Sie werden sehen, dass das Ministerium genauso effektiv wie vorher arbeitet – vielleicht mit etwas weniger Brimborium, etwas weniger Werbung und etwas weniger Show.

Die FREIEN WÄHLER setzen Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2015/2016. Ich fasse unsere Schwerpunkte zusammen: Leistungsfähigkeit stärken. Leistungsbereitschaft in den Regionen, der Menschen in den Regionen und in den Metropolen sowie der Wirtschaft und des Mittelstands fördern. Das steht in der Bayerischen Verfassung. Wenn wir das tun, wenn wir auf diesem Weg weitergehen, sind wir davon überzeugt, dass wir Bayern nicht nur leistungs- und finanzstark erhalten, sondern sogar noch besser machen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn Sie im Laufe des nächsten Frühjahrs mit der frohen Botschaft kommen, dass der Länderfinanzausgleich ab dem Jahr 2014 den Freistaat rückwirkend um 2 Milliarden Euro weniger belastet, dann können Sie des Dankes und des Lobes unserer Fraktion gewiss sein.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf spannende und intensive Einzelberatungen zum Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Pohl. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr verehrter Herr Finanzminister, für einen Oppositionspolitiker in Nordrhein-Westfalen haben Sie vorhin eine relativ griffige Rede gehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei bayerischen Themen sind Sie auf dem Niveau von Schlagworten geblieben. Sie haben mit Haushaltszahlen von NRW gegen die dortige Regierung geätzt. Ist Bayern so schlecht, dass Sie andauernd mit dem Thema NRW ablenken müssen?

(Michael Hofmann (CSU): Ist es Ihnen peinlich?)

In der Ersten Lesung des Bayerischen Staatshaushalts rede ich über den bayerischen Haushalt. Was zeichnet diesen Haushalt aus?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Es ist der erste Haushalt, bei dem in absehbarer Zeit keine Wahlen anstehen. Blicken wir noch einmal zurück: Seit Horst Seehofer Ministerpräsident ist, ist der Haushalt um 31 % gestiegen. 31 % sind eine Ausgabensteigerung, die wir auf Dauer nicht durchhalten können. In diesem Haushalt wird diese Steigerung nicht nachvollzogen, das stimmt. Es sind keine 9 % mehr, sondern nur noch, in Führungszeichen, 3 %. Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen von der CSU, da Sie nicht auf uns GRÜNEN hören, möchte ich es anders ausdrücken: Ich hatte vor Kurzem einen Termin mit einem Private-Equity-Manager aus der Schweiz, der ganz kurz und knapp meinte, dass gerade auch die konservativen Regierungen viel zu wenig auf die Ausgaben achten. Die Diskussion geht um die Einnahmen. Aber wichtig wäre es, die Ausgaben unter die Lupe zu nehmen und dabei konkret nachzufragen, ob eine Ausgabe wirklich gebraucht wird. Ist das, was mit diesem Geld finanziert werden soll, tatsächlich eine staatliche Aufgabe?

Das habe ich in jeder Lesung eines Haushaltsgesetzes gesagt. Aber vielleicht helfen die Worte eines Private-Equity-Managers mehr. Sie haben sich bei diesem Haushalt, welcher der erste ist, bei dem in nächster Zeit keine Wahlen anstehen, mit den Ausgaben zurückgehalten. Eine Steigerung um 3 % ist aber auch nur zu machen, wenn die Steuern weiter sprudeln, oder anders ausgedrückt, wenn Geld reinkommt. Geld auszugeben, wenn Geld reinkommt, ist keine Kunst. Jeder kann Geld ausgeben, wenn Geld reinkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Gegend herumgehen und sich Beliebtheit erkaufen, das ist das, was Sie tun. Was wird wiederum mit diesem Doppelhaushalt 2015/2016 passieren? – Es wird wieder keine Prioritäten geben. Es gibt keine Ausgabenkritik. Und es gibt keine Aufgabenkritik beim Personal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushalt hat so wenig Prioritätensetzung, dass er nicht einmal annähernd die von Ministerpräsident Seehofer ausgerufenen Regierungsziele umsetzt. Am Anfang der Legislaturperiode – wir erinnern uns – hat er hier eine Regierungserklärung abgegeben. Dieser Haushalt unterfüttert seine Versprechen nicht annä-

hernd mit Geld. Ein öffentlicher Haushalt sollte drei wichtige Kriterien erfüllen: Er sollte transparent, ehrlich und sparsam sein.

Wir GRÜNE haben diesen Haushalt auf diese Kriterien und im Hinblick auf die Umsetzung der Regierungsziele abgeklopft. Ehrlichkeit – Fragezeichen. Bei dem von Herrn Ministerpräsident Seehofer groß angekündigten Ziel Barrierefreiheit 2023 ist es alles andere als ehrlich, hier von 200 Millionen Euro zu sprechen. Herr Finanzminister Dr. Söder, vielleicht hören Sie mir einmal kurz zu; Sie haben diese Zahl vorhin so stolz verkündet. In Wahrheit sind es 25 Millionen Euro pro Jahr, die die Staatsregierung zusätzlich in die Inklusion steckt, keinen Cent mehr. Damit kommen wir nicht weiter, wenn wir das gemeinsame Ziel erreichen wollen, Bayern barrierefrei zu machen. Übrigens ist dieses Ziel seit fünf Jahren geltendes Bundesrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es kann nicht darum gehen, ob Herr Markus Söder als Finanzminister hier und da einmal ein bisschen Geld gewährt. Wir haben der Presse entnommen, wie Verhandlungen über die Barrierefreiheit 2023 im Kabinett verlaufen sind. Zuallererst brauchen wir eine Bestandsaufnahme. Wir brauchen Transparenz. Wir müssen wissen, was ist barrierefrei, was ist es bedingt und was ist es eben nicht. Um dieses Thema Inklusion einigermaßen ernsthaft voranzutreiben, brauchen wir eine Analyse und danach schlicht Geld, reelles Geld, und nicht schöne Zahlen, die hier verkündet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zwischen den 50 Millionen Euro im Doppelhaushalt und den eben verkündeten 200 Millionen Euro herrscht eine große Diskrepanz. Bei uns GRÜNEN erhält die Inklusion im Haushalt den Stellenwert, den sie verdient.

Was ist mit den Kommunen? – Man kann trefflich darüber streiten, ob Inklusion zur Daseinsvorsorge gehört oder dem Prinzip der Konnexität unterliegt. Abgesehen von diesem Streit gibt es das Wort des Ministerpräsidenten gegenüber den Kommunen, dass sie bei dem von ihm ausgegebenen Ziel Barrierefreiheit 2023 unterstützt werden. Aber wie so oft: Dieses Wort des Ministerpräsidenten braucht man offenbar nicht sonderlich ernst zu nehmen. Allein die Kommunen werden dann in die Röhre schauen. Egal wie der theoretische Streit ausgeht, ob dieses Thema zur Daseinsvorsorge gehört oder unter die Konnexität fällt: Die armen Kommunen im östlichen Bayern werden es sich einfach nicht leisten können.

In diesem Zusammenhang muss ich erneut darauf hinweisen, dass es Unmengen von Haushaltsresten gibt, nämlich 400 Millionen Euro. Diese sind unter anderem für den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen vorgesehen. Was passiert damit? Die Staatsregierung hortet diese 400 Millionen Euro, weil sie immer noch an dem Unsinnprojekt Zweite Stammstrecke in Form eines Tunnels festhält. Dafür werden die Ausgabenreste gehortet.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Gut so!)

Wenn man endlich München und das Umland entlasten will, muss man aber zügig die Umsetzung der Alternativpläne durchführen, zum Beispiel den Südring und die Verlängerung der U 5 bis Pasing. Leider kommen die Fahrgäste in München und dem Umland nicht weiter. All diese Alternativpläne wären schneller und vor allem viel kostengünstiger zu realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tun Sie etwas für den Großraum München, tun Sie aber vor allem etwas für die Regionen.

Die Staatsregierung veranschlagt ein Projekt mit über 2,5 Milliarden Euro. Eine solide Finanzierungsvereinbarung fehlt jedoch völlig. Daraus wird klar, dass dieses Projekt noch riesige Haushaltsrisiken birgt. Dieses Prestigeprojekt blockiert außerdem zahlreiche kleine Projekte im ganzen Land, die aber für die ländlichen Räume enorm wichtig sind. Eigentlich ist es traurig, dass nach 30 Jahre immer noch keine elektrifizierte Strecke nach Mühldorf am Inn besteht.

Herr Dr. Söder und Herr Innenminister, wenn Sie schon nicht auf uns GRÜNE im Landtag hören wollen, dann hören Sie doch wenigstens auf Ihre Leute im Land. In der vergangenen Woche hat der Landrat von Rhön-Grabfeld, der der CSU angehört, im Bayerischen Fernsehen in Ihrem Beisein angemahnt, dass es endlich Geld für Projekte des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum geben müsse. Diese Projekte für Schiene und Bus im ländlichen Raum seien nötig; denn sonst könnten die Menschen nicht auf dem Land gehalten werden. Dies wird nicht nur mit schönen Worten, kleinen Progrämmchen oder einer Gießkannenförderung in der Wirtschaft funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ländliche Bayern und vor allem die Menschen auf dem Land verdienen eine bessere Politik. Sie verdienen es, dass man sich ernsthaft um ihre Probleme kümmert.

Zum nächsten Stichwort - wir haben es bereits von Herrn Kollegen Halbleib gehört -: Ehrlichkeit bei der

Schuldentilgung. Die von Ihnen propagierte Schuldentilgung ist nichts anderes als das Prinzip "linke Tasche, rechte Tasche". Ganz ehrlich, man kann es so machen. Man kann sagen: Kreditermächtigungen für die Rücklage machen keinen Sinn, wenn ich gleichzeitig über 30 Milliarden Euro Schulden habe. Das kann man machen, aber dann sollte man so ehrlich sein und sagen, dass keine Schulden aus frischem Geld getilgt werden, sondern dass es reine Kreditermächtigungen sind, die zurückgegeben werden. Die offizielle Begründung lautet – das ist der Haken an der Geschichte, Kollege Halbleib hat es in der Intervention bemerkt -, dass Sie die Schulden deswegen tilgen, weil Sie besser für die Pensionszahlungen an die Beamtinnen und Beamten vorsorgen wollen. Diese Rechnung muss man mir noch einmal erklären. Nach der offiziellen Aufstellung des Finanzministers, nicht nach unserer Rechnung, sondern nach der offiziellen Aufstellung von Dr. Söder und seinem Haus, schrumpfen die Rücklagen gewaltig und massiv, nämlich zwischen Ende 2013 und Ende 2016, innerhalb von drei Jahren, von 4,5 auf 1,5 Milliarden Euro und damit auf ein Drittel. Gleichzeitig wurde die Einzahlung in den Topf, aus dem später die Pensionen gezahlt werden sollen, eingestellt. Nach Ihren eigenen Berechnungen brauchen wir aber in gut 15 Jahren 7 Milliarden Euro, um die Pensionen bezahlen zu können. Wie soll das ein laufender Haushalt leisten können? Das funktioniert einfach nicht. 7 Milliarden kann kein Haushalt leisten, egal ob er schuldenfrei ist oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rücklagen schrumpfen. Gleichzeitig gibt es die großspurig angekündigte Idee, bis 2030 schuldenfrei zu sein. Da hilft es auch nicht, wenn Sie sich noch so viel gegenseitig auf die Schulter klopfen. Es gibt keinen Plan für diese Schuldentilgung. Wenn Sie mit dem Tempo wie bisher weitermachen, werden die Schulden erst 2054 getilgt sein. Ich rede von dem, was Sie bisher eingezahlt haben. Danach wird es bis 2054 dauern.

Unseriös, wie Sie es machen, habe ich die Landesbankschulden noch nicht einmal dazugerechnet. Stichwort Landesbank: Die Landesbank ist ein weiteres großes Risiko. Mit dem Haushalt soll auch ein Teil der Landesbankschulden getilgt werden, nämlich pro Jahr 430 Millionen Euro. Das hängt aber davon ab, dass die BayernLB entsprechend hohe Kapitalrückzahlungen leisten kann.

Sie haben selbst zugegeben, dass es ein großes Risiko gibt. Es nennt sich Hypo Alpe Adria. Man kann natürlich immer die Schuld auf andere schieben. Das Risiko ist da. Die ABS-Papiere, diese Rückzahlungen,

sind sehr fragwürdig. Selbst wenn alles planmäßig verläuft, werden bis zum Ende des Doppelhaushaltes die Zahlungen der BayernLB an den Staat insgesamt um 2,4 Milliarden Euro unter den Kosten für den Staat mit 3,37 Milliarden Euro liegen. Dazu kommen noch die 10 Milliarden Euro Kapitalhilfe. Auch diese Schuldentilgung wird ausschließlich aus der Rücklage und nicht aus Rückzahlungen von der Bank geleistet.

Transparenz und Konzept sind für diese Staatsregierung ganz offensichtlich Fremdwörter. Das zeigt sich allein bei den Stellen für das Kultusministerium und an den vielen Diskussionen, die wir im Hause darüber geführt haben, wie viele Planstellen es jetzt mehr gibt. Die Frage, wie sich die demografische Rendite errechnet, haben wir bis heute noch nicht beantwortet bekommen. Weder der Fachausschuss noch der Haushaltsausschuss haben eine Antwort darauf bekommen. Auf die Frage, wie sich die demografische Rendite – das sind die Lehrerinnen und Lehrer, die zu viel sind, weil die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgeht – in Zukunft entwickelt, gibt es keinen Plan, kein Konzept und keine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da es dabei auf der einen Seite um viel Geld, auf der anderen Seite aber auch um das Wohl unserer Kinder geht, müssen diese Fragen zuallererst beantwortet werden, um einen Haushalt seriös und solide aufstellen zu können. Dabei stelle ich bei dieser Staatsregierung Fehlanzeige fest. Bis heute wissen wir nicht, was damit gemeint ist, wenn die Staatsregierung oder der Ministerpräsident von Ganztagsgarantie reden. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es der Herr Ministerpräsident weiß. Er hat von allen Kindern mit 14 Jahren gesprochen. Meint er damit alle Kinder in der 8. Klasse oder alle Kinder mit 14 Jahren, egal in welcher Klasse sie sich befinden? Egal, wie man es sieht und wie man es berechnet, es ist in diesem Doppelhaushalt viel zu wenig Geld angesetzt. Wenn wir davon ausgehen, dass nur 40 % der Kinder einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, brauchen wir eigentlich mindestens 300 Millionen Euro mehr, als es dieser Doppelhaushalt vorsieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier müssen wieder die Kommunen die Lasten tragen und die Mängel der Finanzierung durch das Land ausgleichen. Wenn man Ganztagsangebote ernst nimmt und sie als Schule sieht, ist das Land in der Pflicht. Damit Bayern in diesem Punkt nicht mehr Schlusslicht ist, werden wir mehr Geld beantragen.

Für Wirtschaftsministerin Aigner gibt es jetzt noch mehr Geld für noch mehr neue Technologien und Unternehmen. Allerdings fehlt bei der Wirtschaftsförde-

rung eine klare Linie. Damit, dass wir das Gießkannenprinzip wie bisher weiterbetreiben, kommen wir im großen Flächenland Bayern nicht weiter. Wir brauchen bei der Wirtschaftsförderung klare Strukturen und klare Kriterien. Auffällig erscheinen beim digitalen Wandel auch die doppelten Strukturen. Diese werden mit diesem Doppelhaushalt verfestigt. Finanzminister Söder sagt, er sei der CIO der Staatsregierung. Wirtschaftsministerin Aigner stehen ungefähr 38 Millionen Euro für den digitalen Wandel inklusive eines digitalen Zentrums im Haushalt zur Verfügung. Der Staatshaushalt ist aber eine zu heiße Sache, um zwischen den beiden ein Hase-Igel-Rennen zu veranstalten. Die Spielchen um die Nachfolge von Ministerpräsident Seehofer dürfen nicht darin gipfeln, dass sich der Minister und die Ministerin beim Bedienen mit Geld und bei der Kompetenz, wer nun für den digitalen Wandel in Bayern zuständig ist, miteinander streiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der digitale Wandel in Bayern – Herr Finanzminister Söder, das haben Sie vorhin gesagt – ist eine viel zu wichtige und zu große Aufgabe, als dass er das Spielfeld für Nachfolgediskussionen sein sollte.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern brauchen wir keine neuen Straßen und schon gar keine 100 Millionen Euro für neue Straßen. Wir brauchen vernünftige Datenautobahnen. Damit jemand eine Region liebens- und lebenswert findet, braucht er ein Einkommen. Deshalb brauchen wir überall einen vernünftigen Netzausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr auffällig ist beim Etat der Energieministerin Aigner, dass der Programmname immer vollmundiger wird. Es hieß einmal: Klimaprogramm 2020. Jetzt heißt es: Klimaprogramm 2050. Ein Name, der nach mehr klingt, hilft aber noch nicht. Wenn man ehrlich ist - oder ehrlich wäre - sagen die Zahlen ganz eindeutig, dass zum Beispiel in die energetische Sanierung der Gebäude weniger Geld hineingesteckt wird. Eigentlich gehört das zu den normalen Hausaufgaben einer jeden seriösen Staatsregierung. Auch damit spart man Energiekosten. Bei dieser Staatsregierung stellen wir jedoch Fehlanzeige fest. Mit dem Klimaprogramm 2050 sinken die Ausgaben gegenüber dem Klimaprogramm 2020 um 12,5 Millionen Euro. Wir werden selbstverständlich mehr Geld beantragen; denn das ist das Minimum. Außerdem werden wir für das Programm für die energetische Sanierung in den Kommunen eine Aufstockung beantragen. Das sind wir dem Klimaschutz schuldig. Wir werden nicht nur darüber reden, sondern auch handeln.

Ein weiterer Dorn im Auge ist uns der G7-Gipfel in Elmau. Wir wollen diesen Gipfel an diesem Ort nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er schadet der Natur, und die Kosten dafür stehen in keinerlei Verhältnis zu dem Nutzen, der gegebenenfalls entstehen kann. Richtig absurd ist, wie die Kostenverteilung läuft. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Berlin diesen Ort angeschafft und das von heute auf morgen einfach verkündet, ohne mit den Kommunalpolitikern vor Ort zu reden und diese einzubinden. Verkünden nicht gerade die bayerischen Politiker immer so gerne, dass derjenige bezahlen soll, der bestellt? Holen Sie sich Ihr Geld doch bitte bei der Bundesregierung. Vergessen Sie dabei auch nicht, gleich mögliche Entschädigungszahlungen für betroffene Bewohner anzumelden, für die von dem Gipfel wahrscheinlich nur Schäden bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass der Gipfel an einem Ort stattfindet, der für die Menge an Menschen und den Rummel drum herum nicht geeignet ist und erst durch unsinnige Baumaßnahmen notdürftig "gipfeltauglich" ausgebaut werden muss.

Finanzminister Söder und die Bund-Länder-Beziehungen - nur gut, dass niemand auf ihn hört. Vielleicht musste deswegen beim Länderfinanzausgleich schnell die große Keule herausgeholt und, bevor man mit dem Verhandeln überhaupt angefangen hatte, nach Karlsruhe vor Gericht marschiert werden. Wir alle im Bayerischen Landtag wollen, dass die Zahlungen gerechter werden. Darüber sind wir uns einig. Wir wollen, dass Bayern möglichst weniger zahlt. Aber genau deshalb muss Bayern mit den anderen Ländern reden und verhandeln. Wir dürfen nicht drohen, noch dazu, ohne selbst ein Konzept zu haben.

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten es gern, dass Bayern ein bisschen weniger zahlt. Dazu habe ich von Ihnen schon andere Töne gehört; es war die Rede davon, dass 4 Milliarden Euro weniger gezahlt werden sollten. Wenn Sie insofern bescheidener geworden sind, dann ist das gut. Es läge wirklich im Interesse Bayerns, wenn Sie die Verhandlungen vorantreiben würden statt zu klagen und mit Großer-Maxe-Getue aufzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klage ist ein Armutszeugnis. Zum Glück hört auch sonst niemand in Berlin auf den bayerischen Finanzminister; denn wenn dem so wäre und zum Beispiel - wie von Markus Söder gefordert - die Erbschaftsteuer abgeschafft worden wäre, dann hätte Bayern 1 Milliar-

de Euro weniger Einnahmen. Aber ein Staat braucht verlässliche, solide Einnahmen, damit er sich all das leisten kann, was er sich leisten muss: gute Schulen, eine funktionierende Infrastruktur, den digitalen Wandel, Inklusion, die menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge und so weiter. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen in Bayern all dies bekommen. Deswegen wollen und können wir nicht auf diese Einnahmen verzichten.

Apropos Einnahmen: Es soll helfen, jemanden zuerst zu loben, wenn man etwas erreichen will. Vielleicht sollten wir das in dem folgenden Punkt so machen. - Sehr geehrter Herr Finanzminister, im Bereich der Steuerverwaltung ist endlich ein Anfang gemacht. Das ist gut so. Aber die Stellen, die hier ausgebracht sind, sind, wie gesagt, nur der Anfang, wenn es darum geht, die Löcher, die in Bayern vorhanden sind, zu stopfen. Da auch wir wissen, dass die Zahl der Pensionierungen in den kommenden Jahren stark steigen wird, reicht es nicht aus, diese Löcher notdürftig zu stopfen.

Damit bin ich genau an einem entscheidenden Punkt: Wir wollen zusätzliche Stellen - Sie haben recht -, nämlich 370, damit zumindest keine Planstellen mehr für die Ausbildung von Anwärtern zweckentfremdet werden. Ich wiederhole es klar und deutlich: Mehr Beamtinnen und Beamte in der Steuerverwaltung kosten nichts, sondern erbringen ein Mehrfaches ihres Gehalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber vor allem ist es unsere Aufgabe, für Steuergerechtigkeit zu sorgen. Deswegen brauchen wir mehr Personal in der Steuerverwaltung.

Personalplanung – ein absolutes Armutszeugnis der Staatsregierung. Da werden im selben Jahr Stellen ausgebracht und eingezogen. Wir haben vorhin aus dem Asylbereich ein Beispiel gehört, wozu Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes führt. Ich nenne ein noch absurderes Beispiel: Im Jahr 2014 werden 100 neue Stellen für die Wasserwirtschaft eingerichtet und gleichzeitig gut 70 Stellen eingezogen – eben auf der Grundlage dieses Artikels 6 b. Das kann nicht sinnvoll sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die höhere politische Logik der CSU!)

- Wenn überhaupt.

Um in dem von mir angewandten Muster zu bleiben, folgt jetzt das Lob: Offenbar hat die Staatsregierung etwas erkannt; denn sie will die Personalplanung

einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterziehen. Der erste Schritt ist also getan, der Unsinn ist erkannt. Allerdings hätte man diesen schon erkennen können, wenn man uns und der SPD zugehört oder unseren Antrag zur Personalplanung in der vergangenen Legislaturperiode angenommen hätte. Aber den Unsinn können wir auch allein erkennen, dafür brauchen wir keine Wirtschaftlichkeitsprüfung. Stattdessen werden externe Gutachter beauftragt und bezahlt – sie kosten auch Geld –, die die Behörden und insbesondere deren Personalbedarf nicht kennen. Außerdem geht es im öffentlichen Dienst nicht allein um Wirtschaftlichkeit, sondern auch um Aufgabenerfüllung.

Wie sieht es mit dem vielgerühmten vielen Geld für die Kommunen aus? Dazu ist zum einen zu sagen: Ja, die Kommunen bekommen mehr Geld. Aber das liegt schlicht und einfach daran, dass die Steuereinnahmen gestiegen sind. Schmücken Sie sich bitte nicht mit fremden Federn!

Damit es ein Ende damit hat, dass der Bereich Straßen das Doppelte des Bereichs Schulen bekommt, wollen wir den entsprechenden Anteil am allgemeinen Steueraufkommen sukzessive auf 15 % anheben, aber dafür die verschiedenen Fördermöglichkeiten einschränken. Anders formuliert: weniger goldener Zügel und mehr Autonomie für die Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei diesem Haushaltsentwurf kommt eines hinzu: Es hieß, im November werde ein Kommunalgipfel stattfinden. Reichlich früh! - Achtung, das war ironisch gemeint. Das Versprechen von Ministerpräsident Seehofer, die Ganztagsgarantie, ist vor einem Jahr hier im Landtag gegeben worden, ein Jahr später bezieht man doch tatsächlich die Kommunen in den Ganztagsgipfel ein.

Viele Zahlen in dem Haushaltsentwurf sind vorläufig und sollen über eine Nachschubliste im November noch korrigiert werden. Man könnte auch sagen, dass die Regierung es wieder einmal versäumt hat, die Kommunen rechtzeitig einzubinden.

Wie ich den Zahlen des Haushalts entnehmen kann, steigt das Landeserziehungsgeld. Sie wollen die Einkommensgrenze anheben, bis zu der man bezugsberechtigt ist. Ich wundere mich sehr, weil mir schon vor Jahren Menschen aus der Verwaltung gesagt haben, dass gerade das Landeserziehungsgeld mit so viel Administration verbunden ist, dass es sich einfach nicht rechnet. Die armen Beamtinnen und Beamten, die immer mehr zu tun bekommen - die Kitafernhaltprämie, das Betreuungsgeld, ist ja noch dazugekommen -, müssen einen Fördertatbestand nach dem anderen bearbeiten und betreuen. Das heißt, die

Verwaltung muss immer mehr bearbeiten und gleichzeitig Personal abbauen; den Artikel 6 b habe ich schon genannt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die ersten Protestschreiben erreichen uns. Ich hoffe, sie zeigen Wirkung, aber nicht in dem Sinne, dass in diesem Bereich nun unbedingt Stellen aufgebaut werden. Sie müssen vielmehr endlich eine radikale Reform der Familientransferleistungen einleiten. Deutschland wird nicht familienfreundlicher, wenn wir eine kleine Reform nach der anderen vornehmen - das haben alle Studien in den letzten Jahren gezeigt -, sondern wir brauchen eine radikale Reform. Ein Beispiel wäre die Einführung einer Kindergrundsicherung; damit würden wir in der Verwaltung viele Kosten sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Asyl – die große Baustelle seit Jahren. Genau: seit Jahren, nicht erst seit gestern. Es war absehbar, dass mehr Menschen zu uns flüchten. Die ehemalige Sozialministerin – sie ist mittlerweile ganz aus dem Kabinett zurückgetreten - brachte in den Haushaltsberatungen regelmäßig das Argument: Wenn wir erst jetzt eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung planen, dann hilft uns das nicht weiter, weil es bis zur Fertigstellung noch dauert. - Aber vorausschauende Asylpolitik hätte bedeutet, rechtzeitig - auf der Grundlage der Anträge der GRÜNEN - sowohl baulich und arbeitsrechtlich als auch was die Residenzpflicht anbelangt etwas zu ändern. Da das nicht geschehen ist, fällt uns das jetzt allen auf die Füße und kostet weit mehr, als es mit einer vorausschauenden Asylpolitik gekostet hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit den Flüchtlingen und auch den Trägern der Sozialarbeit das Problem nicht weiter auf die Füße fällt, müssen wir endlich genug Geld in diesen Bereich stecken.

Zusammenfassend: Was braucht ein Haushalt? Grundpfeiler sind Transparenz und Ehrlichkeit. Wenn ich selbst die Zahlen nicht kenne, dann habe ich keine Grundlage für die Berechnung des Bedarfs, etwa bei der Inklusion oder den Lehrerstellen. Ein Haushalt braucht Prioritäten. Dieser Staatshaushalt muss einmal richtig durchgeputzt werden.

Wir setzen Prioritäten in den Bereichen Bildung - damit die Ganztagsgarantie nicht wieder nur eine schöne, aber leere Hülle bleibt -, Inklusion - denn nur wenn man Geld investiert, kann das seit fünf Jahren geltende Bundesrecht umgesetzt werden - und Klimaschutz. Eine Anmerkung zu Letzterem: Allein mit neuen Worten, "Klimaprogramm 2050" statt "Klimaprogramm 2020", bekämpft man den Klimawandel nicht. Als Minimum ist mehr Geld für die energetische

Sanierung und weniger Geld für den Neubau von Straßen anzusetzen.

Herr Finanzminister, Ihr Haushalt ist beschränkt zukunftsfähig. Wir GRÜNEN haushalten gerecht und nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Unser nächster Redner ist der Kollege Günther Knoblauch. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir haben heute in der Ersten Lesung nicht über den Haushalt zu entscheiden, sondern bereiten uns auf die Verhandlungen in den zuständigen Gremien und im Haushaltsausschuss vor. Kollege Halbleib hat für die SPD-Fraktion schon einiges dargelegt, und ich möchte ein paar Punkte aus der Sicht der Kommunen ansprechen.

Der Doppelhaushalt ist von besonderer Bedeutung für unsere kommunalen Freunde und sollte eigentlich Impulse für die Arbeit in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen geben. Der Finanzminister und die Vertreter der CSU-Fraktion haben die Situation der Kommunen euphorisch geschildert und sich dabei sicher gehörig selbst auf die Schultern geklopft. Aber Schönrednerei bringt uns und vor allen Dingen die Kommunen nicht weiter. In den Haushaltsberatungen werden wir eine Reihe von Dingen ansprechen müssen, die korrigiert werden müssen, damit die Kommunen wieder leistungsfähig sind. Die Kommunen haben schon bisher in etwa zwei Drittel aller Investitionen der öffentlichen Hand getätigt – weit mehr als der Freistaat. Sie waren in den letzten Jahren der Motor, und aufgrund der Leistungen, die sie nach Vorgaben des Bundes und des Landes erbracht haben, sind sie jetzt am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Viele haben die Grenze der Leistungsfähigkeit schon überschritten. In weiten Teilen des Landes quer durch ganz Bayern sind viele Kommunen, wenn auch mit verschiedenen Schwerpunkten, nicht mehr in der Lage, die notwendigen Investitionen zu tätigen und vor allem die Rückstände bei Straßen, Schulen und zentralen Einrichtungen auszugleichen.

Dieser Haushalt reagiert darauf nicht. Es heißt, Staatsregierung und CSU seien Partner der Kommunen. Unter Partnerschaft verstehe ich aber etwas anderes als das Ablehnen von Wünschen der kommunalen Spitzenverbände. In der Gesetzesvorlage heißt es so schön: Der Entwurf wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen und eingehend erörtert. Am Ende aber steht lapidar: Eine Berücksichtigung der Forderungen, auch teilweise, hätte zu einer

Verschiebung zulasten des Staates geführt und ist daher nicht möglich. So weit die Wünsche.

Was die Mehrheit am Finanzausgleich betrifft, hat Frau Stamm schon gesagt, dass wir mehr Steuern und damit Leistungen der Wirtschaft haben. Wenn man die Mittel auf die über 2.000 Kommunen im Freistaat verteilt, kann mit dem Anstieg nicht einmal jede Kommune einen Kilometer Straße bauen.

Wenn wir uns die Forderungen der Spitzenverbände betrachten, sehen wir, dass wir in den Ausschüssen noch vieles zu beraten haben, etwa die Erhöhung der Verbundmasse von 12,75 auf 15 % – das war heute kein Thema des Finanzministers –, die Erhöhung des Anteils beim Kfz-Steuerverbund und den Substanzverlust bei den kommunalen Straßen. Dieser ist enorm. Volkmar Halbleib hat darauf schon hingewiesen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass sich der Freistaat die kommunalen Entlastungsstraßen teilweise noch immer von den Kommunen finanzieren lässt. Wenn wir über die Entwicklung unserer Kommunen auf dem flachen Land reden, müssen wir fragen: Wo ist ein Sanierungsprogramm für die Kommunalstraßen? Dazu kommt die Investitionsförderung. Ohne Hilfe des Freistaates werden die Kommunen ihre Leistungen nicht erbringen können.

Früher haben Regierungen Förderprogramme für Hallenbäder und Mehrzweckhallen aufgelegt und damit die Lebensqualität erhöht. Nachdem die Einrichtungen jetzt in die Jahre gekommen sind, stehen die Kommunen alleine da. Wenn wir uns über gleichwertige Lebensbedingungen unterhalten, müssen wir auch daran denken, die Lebensqualität auf dem Land zu erhalten. Wir brauchen nicht immer neu zu bauen; aber was vorhanden ist, muss erhalten und gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte langsam zum Schluss!

Günther Knoblauch (SPD): Dazu gehört auch, dass wir den Breitensport fördern. Beispielsweise wurde nicht angesprochen, dass die Landkreise bei der Übernahme staatlicher Aufgaben das Gleiche dessen, was sie vom Freistaat bekommen, drauflegen, damit sie ihre Arbeit machen können. - Wir brauchen einen Entschuldungsfonds; darüber müssen wir sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Sonst können die Kommunen ihren Anteil an den Leistungen nicht erbringen, zum Beispiel beim Breitbandausbau.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Knoblauch, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Günther Knoblauch (SPD): Ich verspreche Ihnen, dass sich unsere Fraktion einbringen wird. Denn wir sind die Anwälte der Kommunen und werden bei den Beratungen die Punkte zur Sprache bringen. Dann werden wir sehen, wie wir partnerschaftlich weiterkommen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schluss nur noch einige wenige Anmerkungen; denn eigentlich ist alles schon gesagt. Zunächst zu den Kommunen und dem Thema "strukturell schwach und strukturstark". Ich finde schon, dass sich die Staatsregierung – ehrlicherweise auch dieser Finanzminister - seit Jahren ganz bewusst mit diesem Thema auseinandersetzt. Dabei ist es nicht so, dass wir einfach über die Jahre hinweg erhöht haben. Das haben wir auch getan. Wir haben sowohl den Verbundsatz als auch die nominellen Summen erhöht. Das findet in keinem anderen Bundesland statt. In anderen Bundesländern gibt es Ärger und erhebliche Streitigkeiten zwischen der Landesregierung und der kommunalen Familie. Bei uns ist das Gegenteil der Fall. Alle vier kommunalen Spitzenverbände, so unterschiedlich sie auch parteipolitisch und von den Persönlichkeiten her strukturiert sein mögen, sagen nach jedem FAG: Die Situation der Kommunen in Bayern ist sehr, sehr gut. Das muss man einmal festhalten.

Wir haben aber noch etwas Besonderes gemacht: Wir haben bereits in den letzten Jahren mit dem Versuch begonnen, die unterschiedlichen Geschwindigkeiten anzunähern oder anzugleichen. Die Stabilisierungshilfe, deren Idee, wie man ehrlicherweise sagen muss, auf das Finanzministerium und den Finanzminister zurückgeht – das ist ein Topf mit 100 Millionen Euro –, soll das Ungleichgewicht ausgleichen und jenen Gemeinden, die aus eigener Kraft kaum mehr lebensfähig sind, die Chance geben, sich zu konsolidieren.

75 % dieser 100 Millionen Euro fließen nach Oberfranken, Niederbayern, die nördliche Oberpfalz und in den Bayerischen Wald, also genau in die Bereiche,

wo Strukturschwäche herrscht. Die Struktur dieses Topfes ist in Deutschland einmalig, und wir setzen den Weg fort. Mir geht es nicht einfach nach dem Motto "Höher, schneller, weiter" um mehr Geld, sondern auch im kommunalen Bereich geht es mir darum, das Geld noch zielgerichteter zu investieren, damit die Kommunen, die es brauchen, mehr Geld zur Selbsthilfe haben. Diesen Weg wollen wir auch bei der Weiterentwicklung des FAG gehen. Die Kommunen sollen nicht immer nur nach mehr Geld rufen, und wir wollen die Verbundquoten nicht einfach ideenlos erhöhen, sondern ganz zielgerichtet überlegen, wie das viele Geld noch effektiver eingesetzt werden kann. Das ist unser Anspruch.

Ich komme zu kleineren Dingen, zum Beispiel dazu, dass die Regionalförderung der EU-Gebietskulisse geringer geworden ist, oder zur Barrierefreiheit. Für die Barrierefreiheit von Bahnhöfen – dies nur als Beispiel – geben wir in den nächsten Jahren 60 Millionen Euro aus Regionalisierungsmitteln aus. Nach Aussage der Bahn werden 86 % der Reisenden barrierefrei reisen. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, wie man vor Jahren eine Debatte darüber geführt hätte, dass wir zusammen mit der Bahn ein barrierefreies Reisen ermöglichen. Ich finde schon, dass da ein Versprechen eingelöst wird, während anderswo erst Überlegungen angestellt werden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Ja, da auch. Im Übrigen, Herr Pohl, zu dem Vergleich zwischen dem FC Bayern und Paderborn. Vor zehn Tagen haben Sie – Sie erinnern sich – gesagt: Wir sind nur leichter Favorit. Man muss auch solche Gegner erst schlagen.

Wissen Sie, was mich in Bezug auf Nordrhein-Westfalen besorgt macht? – Wir stehen nicht nur besser da – das ist parteipolitisch ganz interessant –, aber auch staatspolitisch gibt es da, ehrlich gesagt, eine ganz große Schwachstelle Deutschlands; denn wenn kleine, strukturschwache Länder oder die neuen Bundesländer Probleme haben, ist das das eine. Aber was ist es denn für die Länder, den Föderalismus und ganz Europa für ein Signal, wenn das traditionell eigentlich ökonomisch stärkste Land Deutschlands sagt, dass es in diesen Zeiten mit eigentlich relativ optimalen Faktoren bei der Haushaltsplanung – die Einnahmen sind sehr hoch und die Zinsen sehr niedrig – nicht mehr lebensfähig ist? Was ist denn das für ein Signal für ganz Europa, wenn die Reichsten, weil sie so viel Geld ausgeben, nicht mehr zurande kommen? Wie sollen wir den Spaniern, Griechen, Iren, Portugiesen erklären "Bleibt bei eurer Politik", und wie sollen wir Italienern und Franzosen erklären "Ändert eure Politik", wenn das größte Bundesland im Grunde genom-

men eine solche Politik macht? Darum ist es wichtig, das zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Länderfinanzausgleich: Frau Stamm, die GRÜNEN in Hessen – vielleicht ist das auch der Grund, warum sie dort regieren – haben vor ihrem Regierungseintritt und danach jeweils eine Klage befürwortet. Ich habe sehr häufig Verhandlungen geführt, zum Beispiel bei den Fluthilfen, mit einem guten Ergebnis für Bayern. Die Runde ist jetzt deutlich schwerer, weil die Interessen der Länder völlig unterschiedlich sind. Die neuen Bundesländer sind mit bestimmt guten Argumenten der Auffassung, den Soli sollte man am besten über das Jahr 2019 hinweg fortsetzen. Die Vertreter hoch verschuldeter Länder wie Schleswig-Holstein und des Saarlands sagen: Wenn wir nicht eine grundlegende Veränderung bekommen, dann müssen wir sozusagen zusperrern. Dann können wir die Schuldenbremse nicht erfüllen. Nordrhein-Westfalen habe ich gerade angesprochen. Es gibt zwei, drei Länder, deren Vertreter ausführen, es könne nicht sein, dass die Haushaltspolitik dieser Länder nicht im dortigen Landtag geregelt wird, sondern im Bayerischen Landtag, weil wir uns Mühe geben, das zu ändern.

Wir ärgern uns über Folgendes: Die jetzige Debatte läuft in eine Richtung, nämlich: Wie viel Geld gibt es vom Bund? Es darf doch nicht entscheidend sein, dass der Bundeshaushalt der Steinbruch ist, um Defizite auszugleichen. Edmund Stoiber hat uns mit einer guten Neuregelung des Länderfinanzausgleichs eine Milliarde Euro gespart. Seitdem ist aber in den Ländern, die damals schon schwach waren, nichts passiert. Diese sind noch schwächer geworden. Das jetzige System hat folgende Schwachstelle: Wer sich anstrengt oder erfolgreich wirtschaftet, muss das meiste abgeben. Derjenige, der versucht, aus einer Nehmersituation Geber zu werden, muss jeden minimalen Fortschritt mit erheblichen Verlusten im Landeshaushalt bestreiten. Das führt dazu, dass das Interesse, besser zu werden, nicht sehr entwickelt ist. Wir müssen aber doch ein Interesse daran haben, für alle zu erreichen, besser zu werden und nicht in der Hängematte liegen zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Es ist keine leichte Verhandlung. Vier Milliarden zu fordern, ist illusorisch. Wir müssen sehr konkret bei der Sache bleiben. Es geht nicht nur um Geld, es geht auch um die Qualität föderaler Beziehungen. In diesem Zusammenhang dürfen wir uns nicht täuschen. Es steht ein Stück Föderalismus zur Diskussion. Wenn der Bund vorschlägt, die Bundessteuerverwal-

tung zu übernehmen, dann klingt das für manche Ländervertreter sehr verführerisch; sie meinen nämlich, dass der Bund die Pensionslasten übernimmt. Wenn wir aber ein deutsches föderales System haben, in dem von vornherein klar ist, dass wichtigste Kernbereiche der Verwaltung von den Ländern nicht mehr geführt werden können, was macht es dann noch für einen Sinn, von gelebter Regionalität und Föderalismus zu reden? Deswegen sind wir bei der Steuerverwaltung nicht der Auffassung, dass es gut wäre, wenn diese an den Bund überginge. Diese Verwaltung muss in der Kernkompetenz bleiben. Natürlich müssen Länder selbstständig handlungsfähig bleiben. Ansonsten bräuchten wir auch keine Landtage mehr.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Anliegen ist aus meiner Sicht zentral wichtig. Aber natürlich wollen auch wir Unterstützung für andere Bereiche. Wir finanzieren vieles vor. Über den Etat des Wissenschaftsministeriums ist über viele Jahre hinweg der Hochschulausbau im Freistaat Bayern vorfinanziert worden. Wir leisten mit eigenen Mitteln das, was andere leisten müssten.

Das gilt auch für den Verkehr. Ich wundere mich immer, Frau Stamm, wenn davon gesprochen wird, wir bräuchten die Zweite Stammstrecke nicht. Ich glaube, dass es für uns ganz entscheidend ist, eine Zweite Stammstrecke zu bekommen. Insofern bekenne ich mich ausdrücklich dazu. Natürlich ist die Summe sehr hoch, vor allem, wenn man bedenkt, dass der Freistaat Bayern eine Ermächtigung von fast zwei Milliarden Euro gibt. Eigentlich könnten der Bund und andere mehr dazugeben; wenn ich das an dieser Stelle einmal sagen darf. Es handelt sich nicht nur um eine regionale Problematik. Der nationale Zuwachs in unserer Region hat auch etwas mit der Veränderung in Deutschland zu tun, und woanders wird das auch mitfinanziert. Wir bekennen uns dazu. Man darf aber nicht nur sagen, die Zweite Stammstrecke möchte ich nicht, weil ich eine Retro-Vorstellung habe. Es geht dabei gar nicht um Realo oder Fundi; denn es scheint mir mehr retro zu sein. Wenn ein Land wächst, dann muss die Politik auch mitwachsen. Wer dies verneint, der verneint die Entwicklungsperspektive einer Region. Das tun wir nicht, denn wir wollen, dass sich Bayern entwickelt.

(Beifall bei der CSU)

Dann wurde gesagt, wir setzten keine Prioritäten. Ich finde schon, dass wir Prioritäten setzen. Wenn Sie es vom finanziellen Aufwand her sehen, dann haben Sie mit den Themen Länderfinanzausgleich – diese Priorität ist eher schlecht, weil sie viel Geld kostet –, Kommunen und Bildung fast die Hälfte des Haushaltes.

Einen klareren Schwerpunkt gibt es nicht. Die politische Zuständigkeit eines Landes liegt genau in den Themen Bildung und Landesentwicklung. Für diese Bereiche geben wir sehr viel Geld aus. Ich betone: So etwas wie eine Nordbayerninitiative und die Hochschulentwicklung, die wir in verschiedenen Bereichen anstoßen, sind die beste Chance voranzukommen. In vielen Bundesländern wird mit Achselzucken auf die demografische Entwicklung reagiert nach dem Motto: eher Rückbauprogramme als Zentralisierung oder: Dann kommen halt die Wölfe, wenn die Menschen gehen. Ich glaube, dass der Anspruch von Politik katastrophal wäre, sich von vornherein einer Entwicklung zu ergeben, ohne den Versuch zu unternehmen, gegenzusteuern.

Deshalb ist es wichtig, einen Schwerpunkt zu setzen. Das Breitbandprogramm wird jetzt nicht mehr dauernd erwähnt, weil es klappt. Wenn es nicht laufen würde, hätten wir Debatten rauf und runter. Ein Programm, das der Erschließung des Landes dient, stärkt das Land. Veränderungen beim FAG für die kleinen Gemeinden stärken das Land. Dezentralisierung von Hochschulen stärkt das Land. Wir werden auch bei Behördenverlagerungen Elemente haben, um die Zentralörtlichkeit der Gemeinden zu stärken. Es braucht dringend diese Unterstützung. Insofern gibt es in diesem Hohen Haus bei der Vorlage dieses Haushalts eine echte Unterstützung. Der Landrat von Rhön-Grabfeld – ich saß ihm gegenüber – hat in der gleichen Sendung ausdrücklich betont, dass er dafür dankt, dass der Freistaat Bayern am meisten für die Region tut. Diesen Anspruch wollen wir weiterhin erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

Schließlich komme ich zur Steuerpolitik, weil auch diese ein Thema war. Obwohl sie Bundespolitik ist, ist sie immer auch ein Stück Landespolitik, weil wir zum Teil mitbeteiligt sind. Einige Steuern sind zwar Bundessteuern, aber Landesgeld. Ich freue mich – das ist auch ein epochaler Wechsel –, wenn Herr Halbleib heute sagt, er sei für den Abbau der kalten Progression. Ich erinnere mich an die Finanzverhandlungen letztes Jahr, ziemlich genau vor einem Jahr. Da war die primäre Frage, die wir mit der SPD – nicht mit ihm, weil er nicht dabei war – diskutieren konnten, nicht, wann wir wie schnell welche Steuerveränderung vornehmen, sondern das Einzige, was kam, war: Steuer eins erhöhen, Steuer zwei erhöhen, Steuer drei erhöhen, Steuer vier erhöhen, Steuer fünf erhöhen. Da war eine beeindruckende Kreativität vorhanden. Wenn wir uns jetzt darauf verständigen können, wäre es eine große Leistung, ob dies nun 2017 oder 2018 erfolgt. Ich wäre froh, wenn es einen Konsens darüber gäbe, dass die kalte Progression am Ende keine

Steuersenkung ist, sondern eine heimliche Steuererhöhung und dass diese dem Leistungsgedanken der hart arbeitenden Leute, vor allem der Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, zuwiderläuft. Dafür müssen wir gemeinsam etwas tun. Jeder, der mithilft, ist herzlich willkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fand es auch sehr beeindruckend, dass es eine Initiative in Bezug auf die Steuer vonseiten Baden-Württembergs gab. Der SPD-Kollege Nils Schmid hat ausdrücklich – er wurde dafür auch angegriffen – gefordert, über die Regionalisierung von Steuern zu reden. Ich gehe nicht so weit wie der Kollege Pohl, der eine Abschaffung der Erbschaftsteuer fordert. Er tut sich damit vielleicht ein bisschen leichter, weil er es nirgendwo einlösen muss. Ich bin ein Fan der Regionalisierung und ich sage Ihnen auch, warum: Ob Grundsteuer, ob Einkommensteuer mit Zu- und Abschlägen – übrigens eine Idee, die die Bundesbank schon vor vielen Jahren hoch verifiziert eingebracht hat – oder auch bei der Erbschaftsteuer: Warum ist Regionalisierung schlecht? Es gibt doch bereits ein Modell, in dem die Regionalisierung von Steuern funktioniert und einen sinnvollen und fairen Steuerwettbewerb auslöst, nämlich bei der Gewerbesteuer. Da kann jeder selber entscheiden, die einen mehr, die anderen weniger, als Element auch einer Körperschaft. Ich verstehe nicht, wie manch ein Landtag ablehnen kann, selbst die Möglichkeit zu haben, politisch zu gestalten. Was für ein höheres Recht als das Budget- oder Steuerrecht kann eine repräsentative Vertretung haben?

Darum plädieren wir für einen fairen Steuerwettbewerb, aufbauend auf den Elementen, meine Damen und Herren, die heute schon bei der Steuer vorhanden sind. Darum haben wir das bei der Klage eingebracht und tun wir das jetzt. Es ist auch ein Stück steuerpolitische Glaubwürdigkeit, die wir als Freistaat Bayern zeigen wollen, zum Beispiel gegenüber Mittelständlern, wenn es um die Erbschaftsteuer geht. Wir werden noch eine Menge Arbeit vor uns haben.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Da sind die anderen Bundesländer gebunden! Das wissen Sie doch selber! Das haben wir doch oft genug gelesen! Kommen Sie doch zum Ende!)

– Das entscheide ich schon selber, wann ich aufhöre.

(Beifall bei der CSU)

Ich nehme es als Denkanstoß mit. – Bei dem Thema Erbschaftsteuer werden wir in diesem Jahr möglicherweise noch eine echte Denksportaufgabe bekommen, wenn das Bundesverfassungsgericht möglicherweise

die aus Sicht des Mittelstandes und auch des Freistaats Bayern wichtige Botschaft der Verschonung von Betriebsvermögen gerade im Mittelstand bei Familienunternehmen kritisch diskutiert. Dann müssen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst recht überlegen, wie wir verhindern, dass es indirekt zu Steuererhöhungen kommt, weil wir, ehrlich gesagt, ein klares Angebot für mittelständische Unternehmen machen wollen. Wenn andere Bundesländer Steuern erhöhen wollen, hätte ich kein Problem, wenn wir die Steuern etwas senken dürften. Ich bin sicher, dass wir am Ende mit etwas niedrigeren Steuersätzen höhere Steuereinkommen und -aufkommen haben werden, weil das ein leistungsförderndes Wettbewerbselement ist. Die, die immer höchste Steuern fordern, haben am Ende, meine Damen und Herren, die größte Pleite zu riskieren. – Wir wollen das nicht. Wir wollen einen anderen Weg, und dafür setzen wir uns ein. – Vielen Dank für die Beratung, viel Erfolg für die nächsten drei Monate.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 c** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 17/2820) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung durch Herrn Staatssekretär Eck begründet. Bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Gesetzentwurf wollen wir die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung in Bayern mit Blick auf die großen Infrastrukturvorhaben schlicht und ergreifend weiter stärken. Wir wollen, dass die Menschen über Inhalt und Ziele, Umsetzung und voraussichtliche Auswirkungen von Großvorhaben künftig frühzeitiger informiert werden.

Dem dient das Instrument der früheren Öffentlichkeitsbeteiligung, auf die die zuständige Behörde nach dem Gesetzentwurf schon vor der förmlichen Antragsstellung hinzuwirken hat. Die Bürger sollen dabei nicht

nur über die Planungen informiert werden, sondern auch Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung erhalten und sich damit selbst letztlich einbringen können.

Eine Unterrichtung über das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung soll ebenfalls erfolgen. Die frühzeitige breite Bürgerbeteiligung schafft somit – davon sind wir überzeugt – wesentlich mehr Transparenz. Dadurch kann Konfliktpotenzial verringert werden. Die Genehmigungsverfahren werden entlastet. Auch die Rechtsstreitigkeiten, so meinen wir, können reduziert werden.

Die Regelung zur Veröffentlichung von rechtlich vorgeschriebenen öffentlichen und ortsüblichen Bekanntmachungen im Internet ist auch eine weitere Stärkung der Bürgerbeteiligung. Zusätzlich zu der Veröffentlichung auf herkömmlichem Weg sollen die Behörden danach beispielsweise Planunterlagen in Planfeststellungsverfahren auch im Internet zugänglich machen. Damit erhalten die Bürger die Möglichkeit, die Unterlagen auch außerhalb der Geschäftszeiten der Behörden zu Hause am eigenen PC anzuschauen und sich zu informieren. Auf diese Weise wird der Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Informationen erheblich erleichtert.

Mit dem Instrument der Internetveröffentlichung, liebe Kolleginnen und Kollegen, leisten wir so auch einen Beitrag zum Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderung beim Zugang zu amtlichen Informationen. Auf die Internetveröffentlichungen werden zudem auch die Vorschriften zum barrierefreien Informationszugang Anwendung finden. Da wir allerdings nicht davon ausgehen können, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass heute bereits jeder über die entsprechenden technischen Möglichkeiten verfügt, rückt die Internetveröffentlichung natürlich nur neben, nicht aber an die Stelle der bisherigen Form der Bekanntmachung.

Mit dem Gesetz wollen wir weiter dafür sorgen, dass verfahrensvereinfachende und -beschleunigende Regelungen zum Planfeststellungsverfahren aus dem Fachrecht des Bundes in das Verwaltungsverfahrensgesetz übernommen werden und so für bayerische Behörden dauerhaft anwendbar bleiben. Planfeststellungsverfahren werden dadurch beschleunigt und entlastet, so etwa durch die Einführung verbindlicher Fristen für die Durchführung der Anhörungsverfahren.

Schließlich entlastet der Gesetzentwurf Bürger, die etwa im Rahmen der Rückführung von Subventionen Zinsen zu leisten haben. Der bei Entlastungsansprüchen geltende Zinssatz wird abgesenkt und darüber hinaus durch eine Anknüpfung an den jeweiligen Basiszinssatz dynamisiert. Dies ermöglicht eine Orientierung der Zinshöhe an den aktuellen Bindungen des

Finanzmarkts, meine sehr verehrten Damen und Herren. - Insgesamt wollen wir die bayerische Verwaltung mit dem Gesetzentwurf moderner und vor allen Dingen auch bürgerfreundlicher machen. Ich bitte bei der Beratung um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Franz Schindler. Bitte schön.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatssekretär, wir hätten auf die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt unserer Ansicht nach verzichten können; denn so richtig bedeutend ist das, was hier vorgelegt wird, gewiss nicht. Dennoch, da die Aussprache nun stattfindet, einige wenige Anmerkungen.

Erstens. Hintergrund ist der Umstand, dass mit dem Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren des Bundes vom Mai 2013 sogenannte verallgemeinerungsfähige Regelungen zu Planfeststellungsverfahren in diversen Fachgesetzen in das Bundesverwaltungsverfahrensgesetz übernommen worden sind. Dieses Bundesverwaltungsverfahrensgesetz gilt halt nun, wie der Name schon sagt, im Bund, aber nicht bei der Verwaltung in Bayern, so dass insoweit eine Lücke klaffen würde, wenn man sie jetzt nicht schließen würde durch das, was mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgeschlagen wird. Das heißt, es gibt zunächst einmal keine materiellen Änderungen des Rechts, sondern es geht darum, das, was bislang in einzelnen Fachgesetzen stand und dann in das Bundesverwaltungsverfahrensgesetz übernommen worden ist, jetzt auch in das Bayerische Verwaltungsverfahrensgesetz hineinzuschreiben.

Aber, meine Damen und Herren, die materiellen Veränderungen, die schon mit dem Infrastrukturbeschleunigungsgesetz des Bundes von 2006 und später dann mit dem Vereinheitlichungsgesetz von 2013 vorgenommen worden sind, befriedigen natürlich nicht. Die Rechtslage ist unbefriedigend, weil mit diesen Bundesgesetzen bezweckt worden ist, Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Es ging nicht darum, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auszuweiten, sondern es ging darum, Großverfahren möglichst schnell abzuwickeln. Insofern befriedigt das nicht.

Zweitens. Bei der neuen Vorschrift über die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung, meine Damen und Herren, die jetzt in Artikel 25 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes hineingeschrieben werden soll, handelt

es sich um eine Mogelpackung. Es heißt ja ausdrücklich und mehrfach in Ihrem Vorschlag, dass die Behörden verpflichtet werden, beim Vorhabensträger auf eine frühere Öffentlichkeitsbeteiligung hinzuwirken. Sie sollen das machen; es ist aber keine Pflicht. Wenn sie sagen: "Das wollen wir nicht", dann wird man sie auch nicht zwingen können, das zu tun. Ich verstehe also nicht, wie man das als Ausweitung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger hier verkaufen kann. Es handelt sich ausschließlich um eine Sollvorschrift und um nichts anderes. Drittens. Was die zusätzliche öffentliche Bekanntmachung im Internet betrifft, dagegen kann man nichts haben. Wir sind selbstverständlich dafür. Wichtig ist auch, was Sie angesprochen haben, dass es sich um eine zusätzliche Möglichkeit handelt; denn es gibt noch immer Leute, die das Medium Internet nicht nutzen, aus welchen Gründen auch immer. Wir dürfen die Spaltung, die es schon jetzt in der Gesellschaft gibt, durch so etwas nicht noch vertiefen.

Viertens. Die Absenkung des Zinssatzes in Artikel 49 a Absatz 3 Satz 1 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes von bisher 6 % auf 3 % dynamisiert, abgestellt auf den Basiszinssatz, ist angesichts der Entwicklungen auf dem Finanzmarkt und der Nullzinspolitik sicherlich richtig. Dagegen kann man nichts haben.

Man kann auch nichts dagegen haben, dass eine redaktionelle Anpassung stattfindet, weil wir jetzt nicht mehr Rundfunkgebühren, sondern Rundfunkbeiträge haben.

"Affig" ist natürlich, sehr geehrter Herr Staatssekretär, dass Sie auch diesen eigentlich harmlosen Gesetzentwurf missbrauchen, um die sogenannte Paragrafenbremse umzusetzen, und willkürlich irgendwelche Vorschriften zusammenklauben, von denen Sie meinen, dass man sie nicht mehr braucht. Sie meinen, das kann man auch noch tun, das fällt keinem auf. Mit Verlaub, meine Damen und Herren, das kann man nur als "affig" bezeichnen.

Was den Gesetzentwurf als solchen betrifft, handelt es sich im Wesentlichen um eine Mogelpackung. Wir behalten uns vor, im Ausschuss einen Änderungsantrag zu bringen, damit aus der Soll-Vorschrift eine Pflichtvorschrift wird. Dann kann man darüber reden. Wenn es dazu keine Bereitschaft gibt, dann werden wir uns unsere Zustimmung sicher ganz gut überlegen. Sie wird dann eher unwahrscheinlich sein.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Schindler. Der nächste Redner ist Kollege Zellmeier. - Bitte schön, Herr Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich teile die Ansicht des Kollegen Schindler, dass wir keine Aussprache gebraucht hätten. Deshalb werde ich mich kurz fassen und versuchen, auf das einzugehen, was vorher gesagt wurde.

Die Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens und eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung schließen sich nicht aus. Das ist ein guter Kompromiss. Durch die Soll-Vorschrift ist das flexibel handhabbar. Wir begrüßen das. Es ist schließlich im Wesentlichen eine Folge von Änderungen auf Bundesebene.

Die öffentliche Bekanntmachung im Internet ist sinnvoll. Das wird auch von uns begrüßt.

Für besonders wichtig halte ich die dynamische Zinssatzregelung; denn in diesem Bereich hatten wir in der Vergangenheit viel Ärger bei Rückerstattungen von Zuschüssen, wenn zum Beispiel Förderrichtlinien nicht erfüllt waren. Gerade bei Vereinen und Verbänden gab es oft ein böses Erwachen, wenn der Zinssatz von 6 % angesetzt wurde. Wir begrüßen diese gute und sinnvolle Regelung außerordentlich und auch, dass die Ankündigung zügig umgesetzt wird.

Dass es jetzt "Rundfunkbeiträge" heißt, ist nur eine Folgeänderung. Insofern begrüßen wir diese Änderungen und halten sie für sinnvoll.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Zellmeier. Als Nächster hat sich Kollege Streibl zu Wort gemeldet. - Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Anpassung des Verwaltungsverfahrensgesetzes an die Regelungen auf Bundesebene. Man könnte sagen, dass dies eine reine Formsache ist und man diese Debatte nicht braucht.

Ich glaube, es ist dennoch wichtig, dass man darüber redet und eine Debatte führt; denn es handelt sich um ein sehr sensibles politisches Thema, nämlich um die Frage der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten. Das ist keine Nebensache, über die man schnell hinweggehen kann, sondern da geht es um ganz fundamentale Dinge. Da geht es letztlich auch darum, wie sich der Wirtschaftsstandort Bayern in Zukunft darstellt. Von daher muss man dieses Thema genau anschauen.

Wir sind der Meinung, dass dieser Gesetzesvorschlag letztlich zu kurz gesprungen ist. Er stellt zwar auf den ersten Blick eine Verbesserung dar, bei genauem Hinschauen, wie es Kollege Schindler schon gesagt hat, ist er eine Mogelpackung, die mehr Bürgerbeteiligung nur vorspiegelt, letztlich aber nicht wirklich bringt; denn es wird keine Verpflichtung normiert, sondern im Grunde sollen die zuständigen Behörden lediglich darauf hinwirken, dass eine Einbindung der Öffentlichkeit stattfindet. Das ist ein ganz großes Manko. Man muss die Öffentlichkeit tatsächlich einbinden. Das muss verpflichtend sein. Der Gesetzesentwurf darf nicht nur darauf abzielen, dass die Bürger über Ziele, Mittel und Auswirkungen geplanter Projekte informiert werden, sondern es muss auch möglich sein, dass die Bürger Alternativen einbringen, dass sie Alternativen vorschlagen können und in einen Dialog einbezogen werden. Das heißt, den Bürger wirklich ernst zu nehmen und ihm nicht nur etwas vorzulegen, wovon er Kenntnis nehmen kann.

Es ist Kennzeichen einer vermeintlich alternativlosen Politik, dass man etwas hinnehmen muss. Meine Damen und Herren, eine Demokratie lebt nicht von Alternativlosigkeit, sondern sie lebt vom Dialog, vom Austausch der Meinungen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen in ein solches Verfahren einbezogen werden; denn sonst wird der Bürgerfrust immer größer. Der Bürger fühlt sich dann ohnmächtig gegenüber einer Administration. Von daher sind wir der Meinung, dass der Bürger mehr beteiligt werden muss.

Der Gesetzentwurf zur Verfahrensvereinfachung läuft eher darauf hinaus, dass die Öffentlichkeit noch weniger beteiligt wird. Damit erweist man Großprojekten, die eigentlich vorangebracht werden sollen, einen Bärendienst, weil sich der Bürger letztlich nicht eingebunden, sondern eher hinters Licht geführt fühlt und dann geneigt ist, Projekte abzulehnen.

Von daher sage ich: Wir müssen ganz von vorne anfangen und überlegen, wie wir den Bürger wirklich einbeziehen können. Wie können wir ihn ermuntern, eigene Vorschläge zu bringen, die er dann auch akzeptiert? Wir müssen überlegen, welche Auswirkungen die Vorhaben letztlich auf die Natur, aber auch auf den Bürger, auf die Gesellschaft generell haben. Da ist nach meiner Meinung etwas mehr Hirnschmalz erforderlich.

Wir werden das Ganze kritisch beobachten, begleiten und diskutieren. Wir regen an, das Ganze zu überdenken, um letztlich nicht eine Bremse für die Entwicklung in Bayern zu normieren, sondern etwas, wovon der Bürger und der Freistaat Bayern am Ende wirklich etwas haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Streibl. Die nächste Rednerin ist Kollegin Katharina Schulze. – Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen von der SPD und der Fraktion der FREIEN WÄHLER haben schon viele Argumente genannt. Ich möchte auf eines noch besonders eingehen.

Wie schon bei dem Gesetzentwurf zur Volksbefragung kommt es der Staatsregierung bei der vorliegenden Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht auf eine wirksame Beteiligung und Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an, auch wenn die Gesetzesbegründung diesen Anschein erwecken möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist vielmehr ein weiteres Beispiel dafür, dass die Staatsregierung im Moment gerne Beteiligungsplacebos verschenkt und sich die CSU dann als große Bürgerbeteiligungspartei profilieren möchte.

Wenn man sich das genauer anschaut, sieht man ganz deutlich, dass gemäß dem sogenannten Planvereinheitlichungsgesetz auf Bundesebene vom Mai 2013 die Möglichkeit einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung ins Landesrecht übernommen werden soll. Was Sie aber nicht machen: Sie werfen vorher nicht die Frage auf, ob die bloße Möglichkeit einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung bei Großprojekten nach dem Motto "jeder kann, aber niemand muss" dem zunehmenden Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der gesellschaftlichen Gruppen und Verbände an Beteiligung und Mitsprache gerecht wird.

Ich finde es prinzipiell gut - da möchte ich auch mal loben -, dass der Bedarf an einer früheren Öffentlichkeitsbeteiligung grundsätzlich anerkannt wird. Aber dann, finde ich, sollte man das allumfassend klären und durchdenken;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn die bloße Möglichkeit zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung ohne Verpflichtung des Vorhabenträgers besteht nach geltendem Recht bereits, sodass es sich hier nur um eine symbolische Gesetzgebung handelt. Ich empfinde das so. Wir sind im Moment an einem Punkt, an dem wir uns als Bayerischer Landtag überlegen können, ob wir beim Thema Bürgerbeteiligung einen Kulturwandel vollziehen möchten. Möchten wir echte Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger? Wenn wir das möchten, dann muss es eine verpflichtende

tende, frühzeitige, vor allem eine ergebnisoffene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Verwaltungsverfahren sein. Das kann dann auch dazu führen, dass zum Beispiel alternative Standorte geprüft und ausgewählte geändert werden. Wenn aber Bürgerinnen und Bürger und Verbände erst dann in Projekte einbezogen werden, wenn bereits viel Geld für konkrete Planungen geflossen ist und die Behörde und der Vorhabenträger sich eigentlich schon auf eine Lösung festgelegt haben, dann ist es zu spät für eine echte und effektive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir befinden uns in der Ersten Lesung, das heißt, wir können gemeinsam daran arbeiten und vielleicht noch etwas verändern. Man kann auch noch etwas lernen, liebe CSU-Fraktion. So ist es im Leben. Darum haben wir heute einen Antrag eingebracht, in dem wir die Durchführung einer öffentlichen Anhörung unter Beteiligung der Bürgergesellschaft im Ausschuss zu diesem Thema fordern. Danke an die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die ihre Zustimmung zu diesem Thema schon signalisiert hat. Das heißt, wir werden noch einmal die Möglichkeit haben, dies intensiv und grundlegend zu diskutieren. Dann kommt auch das Thema Chancengleichheit von Bürgerinnen und Bürgern und Verbänden auf der einen Seite und dem Vorhabenträger auf der anderen Seite und die Frage zur Sprache, ob es genug Möglichkeiten gibt, wie diese Dinge im Internet präsentiert werden; denn auch dazu steht im Gesetz nur eine Soll-Vorschrift, keine Muss-Vorschrift. Für uns GRÜNE sind zu diesem Gesetzentwurf noch einige Fragen offen. Wir freuen uns auf die Debatte und hoffen, dass auch die CSU-Fraktion den Schalter umlegt und zu echter ergebnisoffener Bürgerbeteiligung kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schulze. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch, sondern nur Nicken allerseits. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 d** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Kirchensteuergesetzes (Drs. 17/2821)

- Erste Lesung -

Auf die zunächst beantragte Aussprache wurde im Einvernehmen mit allen Fraktionen zwischenzeitlich verzichtet. Wir kommen deshalb sofort zur Beschlussfassung. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist wieder der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 e** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Oliver Jörg, Karl Freller, Robert Brannekämper u. a. (CSU), Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u. a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes (Drs. 17/2891)

- Erste Lesung -

Auf die Begründung des Gesetzentwurfs wurde vonseiten der Antragsteller verzichtet. Ich eröffne die Aussprache, fünf Minuten pro Fraktion. Der erste Redner ist Herr Dr. Thomas Goppel. - Bitte schön, Herr Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit etwas über zwei Jahren darf ich in Nachfolge des heutigen Kultusministers und von Bernd Sibler den Landesdenkmalrat führen. In der Diskussion mit den Kollegen kann ich immer wieder feststellen, dass die 28 Mitglieder, die der Denkmalrat heute hat, im Wesentlichen die Interessen im Land abdecken. Rund ein Viertel der Mitglieder gehört dem Landtag an, die anderen drei Viertel kommen aus den verschiedenen Verbänden.

Wir haben in vielen Diskussionen festgestellt, dass zwei Themen ständig eine Rolle spielen, nämlich die Frage: Wie geht das Handwerk mit dem Thema um? Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Wie werden die Praxisvertreter mit den Anforderungen der Denkmalpflege heute fertig, und sind sie genügend eingebunden, wenn es darum geht, rechtzeitig zu reagieren, weil es neue Erkenntnisse gibt? Das Handwerk ist bisher nicht im Landesdenkmalrat vertreten. Das war ein Grund, warum wir in den Reihen der Mitglieder des Denkmalrates immer wieder darauf gestoßen sind: Man sollte die Riege um eine Person erweitern, weil wir auf die, die heute schon vertreten sind, nicht verzichten möchten. Das gilt insbesondere für die

Vertreter der Kirchen, die meistens zu zweit da sind, weil sie einerseits die Bauseite und auf der anderen Seite die weltanschauliche Seite vertreten. Die einen, also die Handwerker, und die anderen, die Israelitische Kultusgemeinde, mit einer ganzen Reihe von Einrichtungen, die wir in der Zwischenzeit wieder wahrhaben wollen, sollen auch entsprechend berücksichtigt sein. Diese beiden neu in den Landesdenkmalrat aufzunehmen, bedarf einer Änderung des Denkmalschutzgesetzes. Darin sind die Kriterien angesetzt, wer alles vertreten sein darf. Diese beiden Änderungen sind Bestandteil der Gesetzesvorlage. Das ist im gemeinsamen Gesetzentwurf von FREIEN WÄHLERN, SPD und CSU zusammengefasst. Die Idee dazu ist im Landesdenkmalrat geboren, und so ergab es sich, dass wir zu diesem gemeinsamen Entwurf gekommen sind.

Ein zweites Anliegen war ganz wichtig. Es war mir persönlich ganz wichtig, weil ich festgestellt habe, dass wir uns sehr mühen, Tagungstermine zu finden, die allen Kolleginnen und Kollegen gerecht werden. Insbesondere die Kollegen aus dem Landtag wollen oft gerade freitags in den Stimmkreis abreisen und sind deswegen nicht sehr davon begeistert, wenn wir noch einen Termin am Freitag anhängen, der sie bindet, wenn sie aus einem fern gelegenen Landesteil kommen. Deswegen haben wir aus unseren Reihen, mit Oliver Jörg an der Spitze, auch im Ausschuss vorgeschlagen, Stellvertreter zu benennen.

Damit es dem Ansatz des Gesetzes gerecht wird, geht es nur um persönliche Stellvertreter, "ad personam" also. Wenn also einer nicht kann, dann kommt ein persönlich benannter Stellvertreter oder eine Stellvertreterin an der Stelle zur Sitzung. Das muss für alle gleichermaßen gelten. Die Verbände und Institutionen, aber auch die Landtagsfraktionen werden für die Vertreter im Landesdenkmalrat in der Zukunft, wenn wir das Gesetz so beraten und beschließen, einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin benennen müssen.

Es sind zwei sinnvolle Anliegen, über die wir befinden. Der Kultusminister hat angekündigt, das Denkmalschutzgesetz in absehbarer Zeit aus anderen Gründen inhaltlich zu überarbeiten. Es wird ein paar Tage dauern, bis er damit fertig ist. Weil wir im Landesdenkmalrat für die Beschlussfähigkeit und all die anderen Dinge und gelegentliche Vertretungsansprüche rechtzeitig aufgestellt sein wollen, haben wir die beiden Anliegen vorgezogen. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Ich wünsche mir wirklich, dass wir in dieser Frage gemeinsam vorankommen und dass das Thema schnell über die Bühne geht.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Goppel. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Schmitt-Bussinger. Bitte schön.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nicht immer, vielleicht auch nicht oft, bin ich einig mit dem, was Herr Kollege Goppel sagt, heute jedoch schon. Die Änderungen des Denkmalschutzgesetzes haben Sinn.

Sie haben dargestellt, dass die Mitglieder des Landesdenkmalrats als wichtigem Gremium, das in der Denkmalpflege maßgeblich mitwirkt, Stellvertreter haben sollen. Diese Idee, die von Ihnen, Herr Kollege Goppel, im Ausschuss eingebracht wurde, unterstützen wir. Deswegen haben wir uns dem Gesetzentwurf gern angeschlossen.

Neben dieser Neuregelung soll der Landesdenkmalrat um weitere gesellschaftliche Gruppen erweitert werden. Sie haben es gesagt, die Israelitische Kultusgemeinde als die weltanschauliche Seite und das Handwerk als bauliche Seite sollen in den Landesdenkmalrat aufgenommen werden. Wir hoffen, dass damit Denkmäler in Bayern noch besser geschützt und erhalten werden können. Wir hoffen auch, dass natürlich alle anderen Änderungen betreffend Denkmalschutz, die gerade angesprochen wurden und die es darüber hinaus gibt, im Sinne eines stärkeren Erhalts von Denkmälern in Bayern umgesetzt und bald auf den Weg gebracht werden. Ich glaube, in diesem Sinne ist diesen Änderungen zuzustimmen. Darüber hinaus sind wir gespannt, was an weiteren Anträgen noch kommt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Gottstein. – Bitte schön, Frau Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf ist sinnvoll. Das wurde von der Vorrednerin und dem Vorredner begründet. Wir werden ihm zustimmen. Das ergibt sich auch aus der Logik, da wir Mit Antragsteller dieses Gesetzentwurfs sind. Dass in einem solchen Gremium, das wichtige Entscheidungen zu fällen hat und relativ häufig tagt, auch Stellvertreter benannt werden müssen, ist pragmatisch. Der Informationsfluss muss in einem solchen Gremium gewahrt bleiben. Er wird gestört, wenn ein Mitglied zum Beispiel wegen Krankheit oder Terminüberschneidungen den Termin nicht wahrnehmen kann.

Dass auch das Handwerk und die israelitischen Kultusgemeinden vertreten sein sollen, ist natürlich ebenfalls gerechtfertigt. Die Kirchen sind stark vertreten. Es hat daher Sinn, dass dort eine weitere Glaubensgemeinschaft vertreten ist. Speziell die Aufnahme des Handwerks, das ganz stark von den Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes betroffen ist, ist längst überfällig. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass dieses Gremium dadurch vielleicht ein bisschen mehr geerdet wird.

Daran schließe ich eine Bitte an. Ich selber war zwei oder drei Jahre lang für meine Fraktion in diesem Gremium tätig. Dieses Gremium soll sich bitte nicht in einen Elfenbeinturm zurückziehen. Es muss natürlich ein hohes Gut schützen. Aber die Kostenseite muss berücksichtigt werden. Vor allem muss der Bürger die Vorschriften, die Handlungsweisen und die Entscheidungen dieses Gremiums verstehen. Es muss Transparenz herrschen. Nur so nehmen Sie letztendlich den Bürger mit. Nur so wird dieses Gremium überhaupt noch Bestand haben können, weil sonst seine Akzeptanz zunehmend schwindet. Das würde ich bedauern. Gerade ein Vertreter des Handwerks wäre in diesem Gremium ganz gut. Ein solcher Vertreter fragt vielleicht, ob alles verzapft werden muss oder vielleicht nur genagelt. Das ist bestimmt eine Bereicherung. Daher stimmen wir diesem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. – Die nächste und letzte Rednerin in dieser Aussprache ist Frau Kollegin Rosi Steinberger. – Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offen gestanden habe ich mich schon gefragt, wieso wir heute zu diesem Tagesordnungspunkt eine Aussprache haben. Als Mitglied des Landesdenkmalrats nehme ich hierzu aber gerne Stellung.

Dieser Gesetzentwurf ist durchaus vernünftig und logisch, und wir werden ihm gerne zustimmen. Sie werden sich vielleicht fragen, wieso wir diesen Gesetzentwurf nicht mitunterzeichnet haben. Das möchte ich Ihnen jetzt kurz erklären.

Wir meinen, dass gemeinsame Anträge aller Fraktionen eine gewisse Signalwirkung haben, wenn sich der Landtag einmal einig ist. Fraktionsübergreifende Anträge sollten eine gewisse landespolitische Bedeutung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss man bei diesem Gesetzentwurf schlichtweg verneinen.

Auch die zweite Frage müssen wir verneinen, ob das Denkmalschutzgesetz durch diesen Gesetzentwurf substanziell verbessert oder verändert wird. Im Grunde sind es nur marginale, wenngleich sinnvolle Änderungen.

Es gäbe durchaus Themen, die wir hier in diesem Zusammenhang fraktionsübergreifend diskutieren sollten. Ich nenne jetzt nur den künftigen Umgang mit Bodendenkmälern. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir gerne fraktionsübergreifend diskutiert hätten. Wir haben dieses Angebot gemacht, aber Sie wollten sich auf diese formalen Dinge beschränken.

Ich möchte diese Aussprache nicht zu sehr in die Länge ziehen. Der langen Rede kurzer Sinn: Bei wichtigen Dingen werden wir normalerweise nicht in die Diskussion einbezogen. Aber wenn der CSU etwas Nebensächliches einfällt, dann will sie das fraktionsübergreifend regeln.

(Zuruf von der CSU: Inklusion!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass die künftigen Änderungen des Denkmalschutzgesetzes tatsächlich fraktionsübergreifend diskutiert werden können: unser Angebot steht. Dann unterschreiben wir das gerne. Zu diesem Gesetzentwurf brauchen Sie unsere Unterschrift nicht. Es reicht vollkommen, dass wir zustimmen. Das werden wir vermutlich tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Steinberger. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2 f** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Sparkassengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 17/3016) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung durch Herrn Staatssekretär Eck begründet. – Bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Gesetzentwurf soll das Gesetz über die öf-

fentlichen Sparkassen geändert werden. Es gibt zwei Gründe dafür: erstens die Umstrukturierung der Bayerischen Landesbausparkasse, zweitens soll eine Anpassung an die Änderung des Kreditwesengesetzes des Bundes hinsichtlich der Mitgliedschaft von Geschäftsleitern in Verwaltungs- und Aufsichtsorganen erfolgen.

Die Landesbausparkasse war bisher ein rechtlich selbstständiger Teil der Landesbank. Sie wissen das. Sie wurde infolge der Beihilfeentscheidung der EU-Kommission vom 25. Juli 2012 an den Sparkassenverband verkauft. Künftig ist die Landesbausparkasse eine rechtlich selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Mit der vorliegenden Änderung des Sparkassengesetzes wird ein neuer Artikel 25 eingefügt. Er sieht Regelungen über die Rechtsform, Trägerschaft und Haftung, Zweck und Aufgabe sowie die Organstruktur und Rechtsaufsicht über die Landesbausparkasse vor. Im Gegenzug wird die inhaltlich überholte Regelung im Landesbank-Gesetz aufgehoben.

Neben dieser Änderung soll auch die Zusammensetzung des Verwaltungsrates in Artikel 6 des Sparkassengesetzes hinsichtlich der Mitgliedschaft des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse neu geregelt werden. Dieser schreibt nun ausdrücklich vor, dass ein Mitglied des Verwaltungs- und Aufsichtsorgans eines bedeutenden Kreditinstituts nicht gleichzeitig Geschäftsleiter desselben Unternehmens sein kann. Mit "bedeutend" ist gemeint eine Bilanzsumme von über 15 Milliarden Euro bzw. Institute, die unter Aufsicht der EZB stehen oder als potenziell systemgefährdend eingestuft werden. Für die bayerischen Sparkassen trifft dies gegenwärtig unmittelbar nur auf die Stadtparkasse München zu. Die Neuregelung soll aber auf alle bayerischen Sparkassen übertragen werden, sodass letztendlich eine einheitliche Linie verfolgt wird.

Die Neuregelung erfolgt auch im Interesse guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung, indem eine klare Funktionstrennung zwischen Mitgliedern des Organs, das das Unternehmen leitet, und den Mitgliedern des Organs, das den Vorstand überwacht, sichergestellt wird. Artikel 6 Absatz 1 Nummer 3 des Sparkassengesetzes gibt dem Vorstandsvorsitzenden einer Sparkasse bisher Sitz und Stimme im Verwaltungsrat der Sparkasse. Diese Vorschrift soll an die Neuregelung des Kreditwesengesetzes angepasst werden. Der Gesetzentwurf sieht deshalb vor, Artikel 6 des Sparkassengesetzes dahingehend zu ändern, dass der Vorstandsvorsitzende einer Sparkasse künftig nicht mehr stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrates ist. Der Vorstandsvorsitzende soll aber, wie bereits bisher die weiteren Mitglieder des

Vorstands, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehmen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesetzentwurf ist mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Sparkassenverband inhaltlich abgestimmt. Ich bitte Sie, diesen Gesetzentwurf bei der weiteren Beratung zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Paul Wengert.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatssekretär hat bereits zutreffend ausgeführt, dass Teil 1 des Gesetzentwurfs den mittlerweile erfolgten Verkauf der Landesbausparkasse durch die BayernLB an den Sparkassenverband Bayern gesetzlich umsetzt. Infolgedessen können die nicht mehr notwendigen Normierungen im Landesbank-Gesetz aufgehoben und andere Vorschriften in Bezug auf die LBS bereinigt werden. Im Gegenzug soll die LBS in das Sparkassengesetz aufgenommen werden, indem neben einer Reihe redaktioneller Anpassungen ein neuer Artikel, der Artikel 25, eingefügt wird, der die Rechtsverhältnisse der LBS regelt, soweit dies nicht in einer nachgeordneten Satzung erfolgt. Darin ist also wenig Spannung. Das ist der gesetzliche Vollzug der bereits erfolgten Veräußerung.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs betrifft die Herausnahme des Vorstandsvorsitzenden aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder des Verwaltungsrats und notwendige Folgeänderungen im Sparkassengesetz und in der Sparkassenordnung. Diese künftige Funktionstrennung zwischen Leitungs- und Kontrollorgan halten wir für sinnvoll. Sie entspricht der Regelung in den Sparkassengesetzen nahezu aller anderen Länder. Als sich Ralf Fleischer, der neue Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse München, unserer Fraktion vorgestellt hat, hat er gesagt, dass er ganz erstaunt darüber war, jetzt Mitglied des Verwaltungsrats mit Stimmrecht zu sein. Das kannte er aus seinen vorherigen Tätigkeiten nicht. Das ist im Rest der Bundesrepublik weithin unbekannt, und es ist natürlich auch ein gewisser Widerspruch, dass eine Person exekutiv im operativen und strategischen Geschäft tätig ist und auf der anderen Seite dem Kontrollorgan angehört. Es ist schwierig und zumindest nicht jedem ohne Weiteres möglich, sich selbst effektiv zu kontrollieren.

Ich denke, dass diese Regelung überfällig ist. Die fachliche Beratungskompetenz des Vorstandsvorsitzenden bleibt dennoch erhalten, weil er, wenn auch

nur mit beratender Stimme, nach wie vor Mitglied des Verwaltungsrats bleibt.

Für uns folgt daraus die Erkenntnis, dass die Zusammensetzung der Verwaltungsräte unserer Sparkassen doch nicht in Stein gemeißelt ist. Das nährt die Hoffnung, dass wir es in Bälde schaffen, bei unseren Sparkassen endlich auch die Unternehmensmitbestimmung einzuführen. In zwei Wochen besteht die Gelegenheit dazu, wenn der Gesetzentwurf, den wir dazu eingebracht haben, in Zweiter Lesung beraten wird. Damit wäre wenigstens ein Mitglied der Mitarbeiterschaft im Verwaltungsrat vertreten.

Ich denke, die Beratung des heute vorgelegten Gesetzentwurfs wird in den Ausschüssen keine grundsätzlichen Fragen aufwerfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Ich bitte jetzt den Kollegen Dünkel ans Rednerpult.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine vier Seiten Redemanuskript enthalten das Gleiche, was wir schon zweimal gehört haben. Unser Staatssekretär hat in bester Weise ausgeführt, warum die Änderung vorgenommen werden soll. Die CSU-Fraktion folgt diesen Ausführungen, die vom Kollegen Dr. Wengert ebenfalls vorgetragen worden sind. Ich nehme an, wir werden fraktionsübergreifend keine Probleme damit haben.

In die Ausführungen von Herrn Dr. Wengert ist die Hoffnung eingeflossen, dass auch im Hinblick auf die Unternehmensmitbestimmung eine Angleichung zu erwarten sei, wie man das seitens der Opposition gern hätte. Deshalb sei mir zumindest der Hinweis gestattet, dass der jetzige Gesetzentwurf in enger Abstimmung mit den Beteiligten und mit den Verbänden formuliert worden ist. Soweit ich gehört habe, ist über die Sommerwochen zum Thema Unternehmensmitbestimmung seitens der Sparkassen und auch des Landkreistags und des Gemeindetags eine eindeutige Stellungnahme dahingehend erfolgt, dass man es gerne so belassen möchte, wie es ist. Das tut aber heute nichts zur Sache.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zu und empfiehlt die Verweisung zur Beratung in den zuständigen Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Ich bitte jetzt den Kollegen Muthmann an das Rednerpult.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl die gesetzliche Verankerung der Bayerischen Landesbausparkasse als auch die Neuregelung zur Stellung des Vorstandsvorsitzenden im Verwaltungsrat findet unsere Zustimmung. Wenn die Zeitschrift "Bank intern" kritisiert, das "Aussperren" des Vorstandsvorsitzenden führe dazu, dass sämtlicher Sachverstand aus dem Verwaltungsrat entfernt werde, so ist dies eine seltsame Sicht auf die Dinge.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist kurios!)

Die zu Kontrollierenden und die Kontrolleure müssen personell natürlich getrennt sein. Das ist auch eine Erkenntnis aus den Debatten des letzten Jahres, aus der Causa Miesbach. Diese gesetzliche Regelung allein wird die dort festgestellte und sehr zu bedauernde Kumpanei auch künftig nicht in jedem Falle verhindern können, aber jedenfalls ist der rechtliche Ansatz sauber und geradlinig, dass die Kontrolle von Personen ausgeübt werden muss, die nicht gleichzeitig die handelnden Akteure sind. Deswegen können wir an dieser Stelle zu diesem Gesetzentwurf Zustimmung signalisieren.

Ich glaube, im ganzen Haus gibt es dazu wenig Diskussionsbedarf. Daher will ich es nicht unnötig in die Länge ziehen. Wir signalisieren, wie gesagt, dafür unsere Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich den Kollegen Mistol zu seinem 16. Redebeitrag.

(Heiterkeit und Beifall)

Jürgen Mistol (GRÜNE): Das mache ich doch gerne. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die bayerischen Sparkassen durchleben unruhige Zeiten. Aus Brüssel weht ihnen der scharfe Wind der Finanzmarktregulierung ins Gesicht, während innerhalb der Sparkassenfamilie noch immer die Affäre Kreidl bewältigt werden muss. Dazu werden wir morgen im Innenausschuss noch einen Bericht der Staatsregierung bekommen. Klar ist aber längst: Die Vorgänge in der und um die Sparkasse Miesbach haben doch sehr am Image der Sparkassen gekratzt. Vertrauen ist aber das größte und wichtigste Kapital unserer Sparkassen, zumal sie der Gemeinwohlverpflichtung unterliegen. Der jetzt von der Staatsregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Sparkassengesetzes

ist weniger eine Konsequenz aus dieser Causa Kreidl als eine notwendige Reaktion auf Vorgaben von außen. Herr Kollege Eck hat das schon intensiv erörtert.

Wir GRÜNEN stimmen dieser notwendigen Anpassung des Sparkassengesetzes grundsätzlich zu, möchten die Diskussion bei dieser Gelegenheit aber auf eine breitere Grundlage stellen. Ich finde, die Aufarbeitung der Affäre Kreidl und die zukünftige Ausrichtung der Sparkassen sollten wir zum Anlass nehmen, intensiv über grundlegende Strukturen des Sparkassenwesens im Freistaat zu diskutieren. Möglicherweise muss die Verfassung der bayerischen Sparkassen generell auf den Prüfstand gestellt werden, wenn man Regionalprinzip und Gemeinwohlorientierung aufrechterhalten und vor allem nachhaltig erhalten will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN sprechen uns für transparente und für alle Sparkassen verbindliche Regeln aus, was Spenden und Sponsoring angeht. Die vom Sparkassenverband verabschiedete Selbstverpflichtung ist uns noch viel zu unverbindlich. In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch der Diskussion nicht verschließen, ob Sparkassen ihre Gewinne einfach an ihre Eigentümer, also an die Städte und Landkreise, ausschütten sollten. Dann könnten von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte Gremien über die Verwendung entscheiden. Wie bei der Neuregelung der Zusammensetzung des Verwaltungsrats ist auch hier entscheidend, dass das komplexe Sach- und Fachwissen bei zunehmender Professionalisierung des Sparkassengeschäfts gewährleistet werden kann.

Zudem stellt sich die Frage, warum die Staatsregierung die notwendige Änderung des Sparkassengesetzes nicht gleich zum Anlass genommen hat, die umfassende Mitarbeitermitbestimmung aufzunehmen, wie es in 15 von 16 Bundesländern längst der Fall ist. Nach unserer Auffassung ist es auch in Bayern an der Zeit, eine neue Ära der Mitbestimmung bei den Sparkassen einzuführen, Herr Kollege Dünkel.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, weshalb durch die gegenwärtigen Regelungen bei der Besetzung der Verwaltungsräte die Stärkeverhältnisse der Fraktionen des jeweiligen Trägers nicht berücksichtigt werden. Kürzlich wurde wieder die Diskussion über einen Vorschlag aus den Reihen der Sparkasse ins Spiel gebracht, Sparkassen als Stiftungen zu führen. Es könnte sich lohnen, sich auch mit diesem Gedanken näher zu befassen.

Wie Sie sehen, besteht hinsichtlich der Sparkassen großer Gesprächsbedarf. Ich freue mich auf eine in-

tensive Beratung dieses Gesetzentwurfs und auch der anderen von mir gerade genannten Aspekte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall; herzlichen Dank. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss der Regionen

Die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen hat mitgeteilt, dass der Ministerrat beschlossen habe, sie als ordentliches Mitglied für den Freistaat Bayern im Ausschuss der Regionen für die sechste Mandatsperiode von 2015 bis 2020 zu benennen. Außerdem habe der Ministerrat beschlossen, die Benennung ihrer Stellvertreterin bzw. ihres Stellvertreters dem Landtag zu überlassen.

Es wird vorgeschlagen, als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen den Vorsitzenden des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, Herrn Dr. Franz Rieger, zu benennen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Wortmeldungen sehe ich keine. Besteht damit Einverständnis, dass wir über den Vorschlag in einfacher Form Beschluss fassen? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer mit der Benennung von Herrn Dr. Franz Rieger als stellvertretendem Mitglied im Ausschuss der Regionen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Bestätigung eines neuen Mitglieds für den Landessportbeirat

Der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr hat mitgeteilt, dass der Bayerische Landkreistag für seine Vertretung im Landessportbeirat Herrn Landrat Anton Speer als neues Mitglied vorgeschlagen hat, welcher damit die Nachfolge von Herrn Landrat Josef Niedermaier übernehmen würde. Herr Staatsminister Herrmann hat gebeten, die hierfür gesetzlich vorgesehene Bestätigung durch Beschluss des Landtags herbeizuführen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das

ist nicht der Fall. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Wer dem vorgenannten Vorschlag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen gibt es nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dem Vorschlag ist zugestimmt worden. Der Landtag bestätigt damit gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat Herr Landrat Anton Speer als neues Mitglied des Landessportbeirats.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Bestätigung
eines neuen Mitglieds und eines neuen
stellvertretenden Mitglieds des
Landesgesundheitsrats**

Mit Schreiben vom 14. August 2014 hat die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege mitgeteilt, dass die kommunalen Spitzenverbände als eine der in Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Landesgesundheitsrat bezeichneten Körperschaften und Verbände Herr Landrat Martin Wolf als neues Mitglied und Herrn Bezirkstagspräsidenten Richard Bartsch als neues stellvertretendes Mitglied des Landesgesundheitsrats benannt hat. Die bisherigen Mitglieder Herr Landrat Walter Eichner und Herr Landrat Alfred Reisinger sind aus ihren Ämtern ausgeschieden. Frau Staatsministerin Melanie Huml hat gebeten, die hierfür gesetzlich vorgesehene Bestätigung durch den Landtag herbeizuführen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Ich gehe davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer den vorgenannten Vorschlägen seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Es gibt auch keine Stimmenthaltungen. Damit bestätigt der Landtag Herrn Landrat Martin Wolf als Mitglied und Herrn Bezirkstagspräsidenten Richard Bartsch als stellvertretendes Mitglied im Landesgesundheitsrat.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Bestellung
eines neuen Mitglieds für den Landesdenkmalrat**

Der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst hat mit Schreiben vom 14. August 2014 mitgeteilt, dass der Bayerische Städtetag wegen des Ausscheidens des bisherigen Vertreters als neues Mitglied im Landesdenkmalrat Herrn Oberbürgermeister Walter Hartl vorgeschlagen hat. Es wird gebeten, den zur Bestellung des neuen Mitglieds notwendigen Beschluss des Landtags herbeizuführen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Wer dem Vorschlag des Bayerischen Städtetags seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 19.15 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
 Nazi-Aufkleber bei der Polizei - Aufklärung und Konsequenzen dringend geboten!
 Drs. 17/2096, 17/2665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
 Sicherheit bei Sportveranstaltungen
 Drs. 17/2294, 17/2666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer u.a. CSU
Maßnahmen der Städtebauförderung
Drs. 17/2300, 17/2789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik
Drs. 17/2381, 17/2664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Cybercrime - Zusammenarbeit von BSI und Landesbehörden beim millionenfachen Datendiebstahl
Drs. 17/2408, 17/2791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. CSU
Bericht zum Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus
Drs. 17/2513, 17/2790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. CSU
Umsetzung der Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags und des Deutschen Bundestags zum NSU
Drs. 17/2550, 17/2667 (ENTH) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut
Drs. 17/2201, 17/3074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht über den Tod eines Untersuchungshäftlings
Drs. 17/2214, 17/3073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>